



Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik, Ausgabe 09 | 2016



Die Themen

5. StatistikTage Bamberg|Fürth 2016:
Einkommensungleichheit und Armut

Paare in Bayern

Zeichenerklärung

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- nichts vorhanden oder keine Veränderung
- / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
- ... Angabe fällt später an
- x Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
- () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
- p vorläufiges Ergebnis
- r berichtigtes Ergebnis
- s geschätztes Ergebnis
- D Durchschnitt
- △ entspricht

Auf- und Abrunden

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100 % abweichen. Eine Abstimmung auf 100 % erfolgt im Allgemeinen nicht.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik
Jahrgang 147 (70)

Bestell-Nr. Z10001 201609
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise

monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für Statistik
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Bildnachweis

Titel: Bayerisches Landesamt für Statistik
Innen: Bayerisches Landesamt für Statistik
(wenn nicht anders vermerkt)

Papier

Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier,
chlorfrei gebleicht.

Preise

Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
zuzüglich Versandkosten
Datei kostenlos

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205, 0911 98208-270
Telefax 089 2119-3457

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-13580

- © **Bayerisches Landesamt für Statistik, München 2016**
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Urlaubszeit ist vorbei, der Alltag hat uns wieder. Dabei muss Routine ja nicht immer negativ sein, im Gegenteil: Manche Ereignisse erobern sich so schnell einen Platz im Jahresturnus, dass sie schon nach ganz kurzer Zeit als „Klassiker“ bezeichnet werden können. In aller Bescheidenheit will ich unsere StatistikTage Bamberg|Fürth in diese Kategorie einreihen.

Bereits zum fünften Mal fand Ende Juli 2016 diese inzwischen wirklich zu einer festen Tradition gewordene Veranstaltung statt. „Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland: Messung, Befunde und Maßnahmen“ lautete der Titel der diesjährigen Tagung. Themengestaltung wie Referentenauswahl waren wieder einmal ebenso anspruchsvoll wie zu kontroversen Diskussionen einladend. Doch genau das war und ist das Ziel der StatistikTage Bamberg|Fürth: Die Verknüpfung der amtlichen Statistik mit der Wissenschaft und ihre Konfrontation mit der Praxis. Wie jedes Jahr stand dabei neben der fachlichen Aufbereitung der Austausch zwischen den beteiligten Institutionen und Personen im Mittelpunkt. Die StatistikTage werden so immer mehr auch zu einem Instrument des Networkings.

Um die Bedeutung der Veranstaltung noch einmal zu würdigen, aber auch um denjenigen, die nicht teilnehmen konnten, einen Eindruck über die StatistikTage zu verschaffen, wird sich diese Ausgabe der statistischen Fachzeitschrift „Bayern in Zahlen“ schwerpunktmäßig der Veranstaltung in Bamberg widmen. Sie fand übrigens erstmalig in der Aula der Otto-Friedrich-Universität statt, einer ehemaligen Dominikanerkirche im Herzen der Bamberger Altstadt. Auch dieser Veranstaltungsort trug mit seinem tollen Ambiente zum Gelingen der StatistikTage 2016 bei – lassen Sie sich beim Lesen inspirieren.

So ganz ohne Fachstatistik wollen wir Sie aber nicht in den Sommerausgang schicken, zumal der Mikrozensus auch eine wichtige Datenquelle für die Messung der Armutsgefährdung von Haushalten und Familien darstellt, insofern also thematisch dieses Heft hervorragend abrundet. Speziell wollen wir diesmal die Lebenssituation von Paaren – d.h. von Ehepaaren und nichtehelichen Lebensgemeinschaften – in den Fokus rücken.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen

Herzlichst



Marion Frisch
Präsidentin
Bayerisches Landesamt für Statistik



Statistik aktuell

516 [Kurzmitteilungen](#)

Beiträge aus der Statistik

532 [5. StatistikTage Bamberg|Fürth 2016](#)

571 [Paare in Bayern – Ergebnisse des Mikrozensus 2015](#)

Historische Beiträge aus der Statistik

575 [Das Armenwesen und die Armengesetzgebung in europäischen Staaten
Königreich Bayern \(1840 bis 1867\)](#)

Bayerischer Zahlenspiegel

591 [Tabellen](#)

600 [Graphiken](#)

Neuerscheinungen

3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen



Gebiet, Flächennutzung, Bevölkerungsstand, natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderungen

Zahl der Ehescheidungen in Bayern nahm 2015 weiter ab

Im Jahr 2015 wurden in Bayern 24 247 Ehen geschieden. Damit ist die Zahl der Ehescheidungen in den letzten vier Jahren stetig gesunken, nämlich um rund 10% gegenüber dem Jahr 2011. Im Vergleich zum Rekordjahr 2003, als mit 29 992 Scheidungen der bisherige Höchststand registriert wurde, sind im Jahr 2015 die Scheidungen sogar um mehr als 19% zurückgegangen.

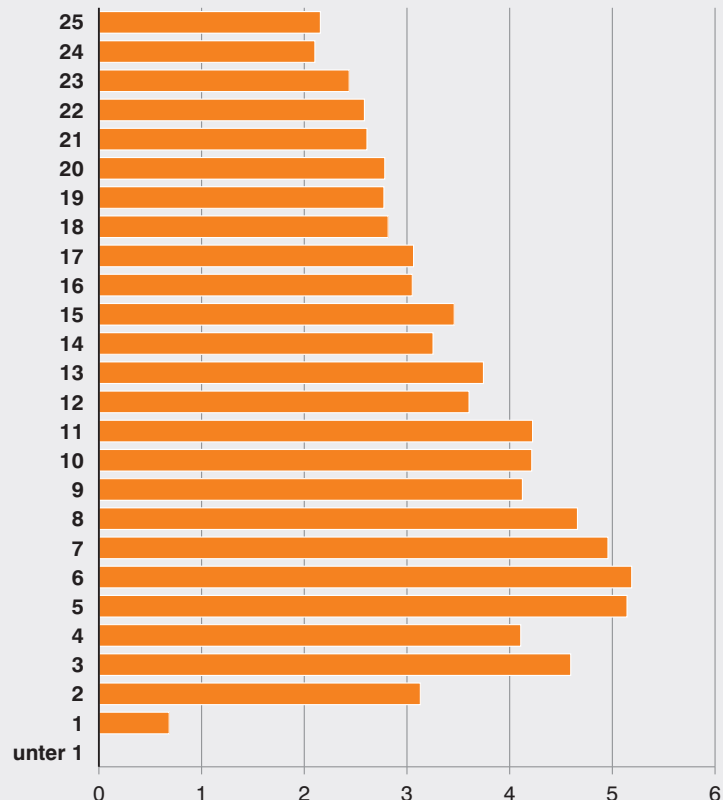
In rund 49% der Fälle (11 809) beantragte die Frau, in knapp 41% der Fälle (9 979) der Mann die Scheidung. Bei 10% aller gerichtlichen Ehelösungen (2 459) wurde das Verfahren gemeinsam beantragt. Bei über 87% aller von einem der beiden Ehepartner beantragten Scheidungen (20 978) wurde dem Verfahren durch den anderen Ehepartner zugestimmt.

Verhältnismäßig viele Ehen wurden in Bayern im Jahr 2015 zwischen dem fünften und dem achten Ehejahr geschieden. Am häufigsten von einer Scheidung betroffen waren Ehen mit einer Ehedauer von sechs Jahren. Nach dieser Ehedauer wurden 1 258 Ehen geschieden, was 5,2% der gesamten gerichtlichen Ehelösungen entspricht. Ein Anteil von rund 17% der geschiedenen Paare (4 043) hatte bei ihrer Scheidung bereits mindestens 25 Ehejahre miteinander verbracht. Die durchschnittliche Ehedauer im Scheidungsfall

lag im Jahr 2015 bei 14,8 Jahren. Bei rund 27% der Ehescheidungen im Jahr 2015 hatten die Ehepaare zum Zeitpunkt der Scheidung genau ein minderjähriges Kind zu versorgen. Der Anteil der geschiedenen Paare mit zwei oder mehr Kindern unter 18 Jahren belief sich auf 23%. Insgesamt waren im vergangenen Jahr 18 956 minderjäh-

rige Kinder von der Scheidung ihrer Eltern betroffen. Parallel zur Entwicklung der Scheidungsfälle seit 2011 ist auch die Gesamtzahl der von der Scheidung ihrer Eltern betroffenen Kinder leicht rückläufig. Im Jahr 2014 lag die Zahl der „Scheidungskinder“ noch bei 19 342 und somit etwas über deren Anzahl im Jahr 2015.

Scheidungen in den ersten 25 Ehejahren in Bayern 2015 in Relation zur Gesamtzahl an Scheidungen in Prozent





Bildung und Kultur

Zahl der Erstimmatrikulationen in Bayern 2015 weiter auf hohem Niveau

Die bayerischen Hochschulen verzeichneten im Wintersemester 2015/16 mit 376 488 Studierenden erneut einen Rekordwert. Deren Zahl stieg gegenüber dem vorangegangenen Wintersemester um 2,2%. Dabei hatten 66 290 junge Menschen erstmals ein Studium aufgenommen (+2,9%). Im gesamten Studienjahr 2015 (Sommersemester 2015 und Wintersemester 2015/16) betrug die Zahl der Erstimmatrikulationen 74 223 (+2,6%). Damit lag die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger zwar deutlich unter dem insbesondere durch den doppelten Abiturientenjahrgang hohen Wert des Studienjahres 2011 (85 867), aber weiterhin klar über den Studienjahren vor der G8-Einführung an den bayerischen Gymnasien (2010: 64 749; 2009: 59 081).

Der überwiegende Teil der Erstsemester waren im Studienjahr 2015 deutsche Staatsbürger (56 467 oder 76,1%). Davon hatten 43 566 (77,2%) ihre Hochschulzugangsberechtigung in Bayern erworben, 11 871 oder 21,0% in einem anderen Bundesland und 1 030 im Ausland. Fast ein Viertel (17 756 oder 23,9%) der Erstimmatrikulierten besaßen eine ausländische Staats-

Ausländische Studierende im 1. Hochschulsemester an Hochschulen in Bayern 2015 nach Fächergruppen



angehörigkeit. Die Mehrheit dieser Studienanfängerinnen und -anfänger brachte ihre Hochschulzugangsberechtigung aus dem Ausland mit (15 324 oder 86,3%), etwa 11,0% hatten sie in Bayern erworben.

Die meisten ausländischen Erstimmatrikulierten (12 585) wählten im Studienjahr 2015 eine Universität für ihr Studium aus, 4 905 von ihnen schrieben sich erstmalig an einer deutschen Fachhochschule ein. An den Kunsthochschulen waren

243 ausländische Studienanfängerinnen und -anfänger vertreten.

Bei den ausländischen Studienanfängerinnen und -anfängern war im Studienjahr 2015 ein Studium im Bereich der Ingenieurwissenschaften bzw. im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften am beliebtesten. Durch die Änderung der Fächersystematik zum Wintersemester 2015/16 sind Vorjahresvergleiche nur eingeschränkt möglich.

7,8% mehr Abschlussprüfungen im Jahr 2015 an Bayerns Hochschulen

Im Prüfungsjahr 2015 wurden an Bayerns Hochschulen insgesamt 77 492 Abschlussprüfungen erfolgreich abgelegt. Damit meldeten die Prüfungskanzleien 7,8% mehr bestandene Prüfungen als in der Vorperiode. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Promotion erwarben 2 100 Akademikerinnen und 2 489

Akademiker einen Dokortitel. Im Prüfungsjahr 2015 (Wintersemester 2014/15 und Sommersemester 2015) wurden an den Universitäten und Fachhochschulen in Bayern 77 492 Abschlussprüfungen erfolgreich abgelegt. Die Zahl der Studienabschlüsse erhöhte sich damit gegenüber dem

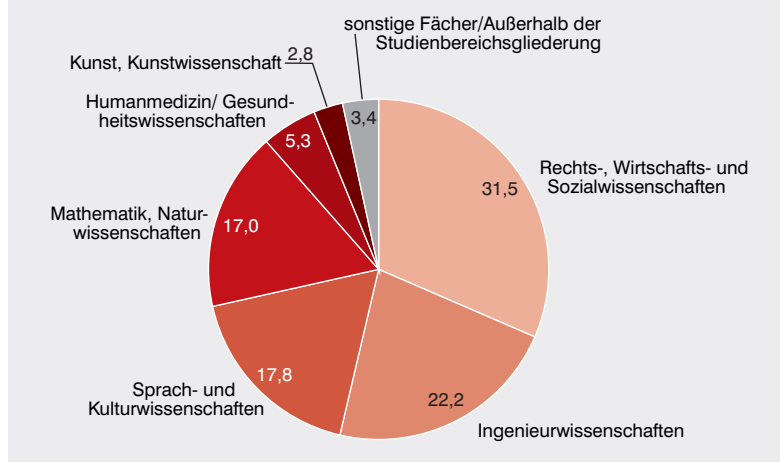
vorangegangenen Prüfungsjahr (71 880) um 7,8%. Knapp die Hälfte aller bestandenen Prüfungen (49,5%) wurde von Frauen abgelegt. Es waren 38 683 (49,9%) universitäre Abschlüsse und 25 813 (33,3%) Fachhochschulabschlüsse zu verzeichnen. 7 342 Studierende bestanden eine Lehramtsprüfung

erfolgreich, 4 589 Prüflingen wurde ein Dokortitel verliehen. 1 065 Studierende beendeten ihr Studium mit einem künstlerischen oder einem sonstigen Hochschulabschluss.

Die Lehramtsprüfungen waren mit einem Anteil von 76,1 % eine Domäne der Absolventinnen (5 588), wobei mit -0,5 % ein leichter Rückgang zum Vorjahr vorliegt. Insgesamt legten im Vergleich zum vorangegangenen Prüfungsjahr 2,1 % weniger Lehramtsstudierende ihre erste Staatsprüfung erfolgreich ab.

Überdurchschnittlich hoch fiel der Anteil der Absolventinnen auch bei künstlerischen und sonstigen Abschlüssen (536 oder 50,3 %) aus. Knapp die Hälfte der universitären Studienabschlüsse wurde von Frauen erworben (19 234 oder 49,7 %), bei Promotionen lag dieser Anteil bei 45,8 % (2 100 promovierte Frauen). Fachhoch-

Hochschulprüfungen in Bayern 2015 nach Fachbereichen in Prozent



schulabschlüsse wurden dagegen überwiegend von Männern erworben (14 902 oder 57,7 %).

In den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Technik) stieg die Zahl der erfolgreichen Abschlüsse um 9,6 %. Im Prüfungsjahr 2015 wurden in diesem Bereich

insgesamt 30 371 Abschlussprüfungen bestanden, darunter 8 593 (28,3 %) von Frauen. An den Fachhochschulen beträgt der Anteil der MINT-Abschlüsse 47,3 %, bei den universitären Abschlüssen beläuft er sich auf 38,1 %.

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

BAföG-Ausgaben in Höhe von 383 Millionen Euro für Schüler und Studierende in Bayern 2015

2015 bezogen in Bayern 110 454 junge Menschen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Das entspricht einem Rückgang von 8,8 % (10 594 Geförderte) gegenüber dem Vorjahr. Die Ausgaben für diese Ausbildungsförderung sanken von 416,8 Millionen Euro im Jahr 2014 auf 382,6 Millionen Euro im Jahr 2015 (-8,2 %).

Wie in den Vorjahren waren auch 2015 etwa 70,0 % der Geförderten Studierende an Hochschulen (77 234). Ihre Zahl ging gegenüber dem Vorjahr um 9,0 % zurück. Die Zahl der geförderten Schülerinnen und Schüler verringerte sich um 8,1 % auf 33 215. Der durchschnittliche Förderbetrag pro Kopf und Mo-

nat fiel indes im Jahr 2015 mit 447 Euro erneut höher aus als im Vorjahr (444 Euro).

Nicht in allen Fällen erstreckte sich die Förderung auf das ganze Jahr. 2015 wurden in Bayern im Durchschnitt monatlich 71 307 junge Menschen durch BAföG gefördert, darunter 51 475 Studierende. Bezogen auf die rund 346 432 Studierenden im Sommersemester 2015 entsprach das einem Anteil von 15,2 %.

Insgesamt lebten 2015 in Bayern 30,5 % der durch das BAföG Geförderten bei ihren Eltern; bei den Studierenden war es jeder fünfte (20,6 %), bei den Schülerinnen und Schülern mehr als die Hälfte (53,7 %).

46 489 oder 42,1 % der bayrischen BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger erhielten 2015 eine Vollförderung (-8,8 % gegenüber 2014). Der maximale Förderbetrag deckt hierbei den errechneten Gesamtbedarf in voller Höhe ab. Die Zahl der Teilgeförderten, bei denen Einkommen und/oder Vermögen auf den Bedarf angerechnet werden, sank auf 63 965 (-8,7 %).

Nach dem Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetz (BayAföG) wurden 2015 zusätzlich weitere 161 Personen gefördert (2014: 213 Personen).

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.



Soziales, Gesundheit

Auch 2016 stieg in Bayern die Zahl der Kinder in Kindertagesbetreuung

Am 1. März 2016 gab es in Bayern 9 272 Kindertageseinrichtungen, gegenüber 2015 mit 9 166 Einrichtungen war dies ein Plus von gut einem Prozent. In den Einrichtungen standen 596 129 Plätze zur Verfügung (+2%). Gestiegen ist auch die Zahl der betreuten Kinder von 519 673 im März 2015 auf 533 317 im März dieses Jahres (+2,6%).

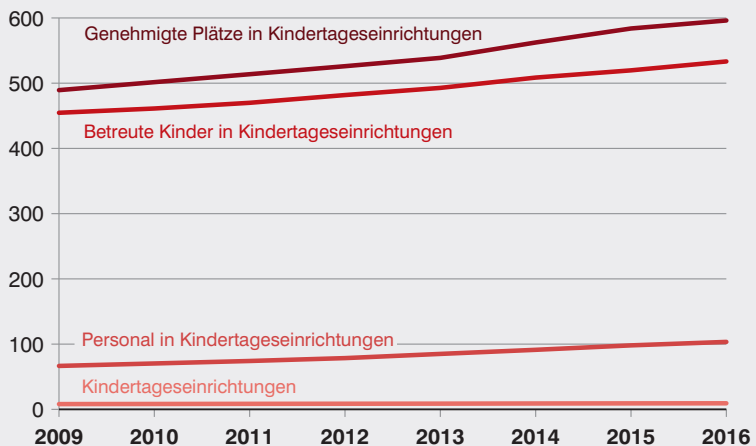
103 402 Personen waren in Kindertageseinrichtungen tätig, davon 85 098 überwiegend im pädagogischen Bereich, was einer Zunahme des pädagogischen Personals von knapp 5% gegenüber dem Vorjahr entspricht.

In der öffentlich geförderten Kindertagespflege gab es insgesamt 10 733 Kinder, die von 3 093 Tagespflegepersonen betreut wurden. Die Zahl der Kinder war damit gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert, die Zahl der Tagespflegepersonen dagegen nahm bereits das dritte Jahr in Folge ab.

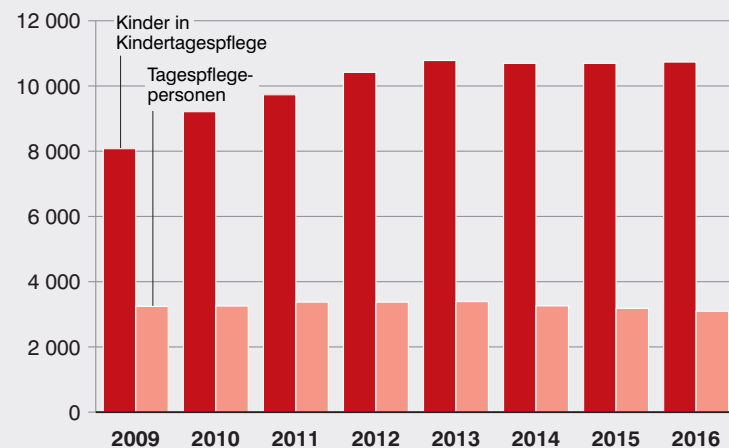
Insgesamt waren somit am 1. März 2016 in Bayern 542 596 Kinder in Kindertagesbetreuung (Kinder, die sowohl in einer Kindertageseinrichtung als auch in der öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut wurden, werden dabei nur einmal gezählt). Gegenüber 2015 mit 528 975 Kindern bedeutet dies ein Plus von rund 2,6%.

Bei den unter Dreijährigen war ein Plus von fast 3% auf 95 243 Kinder zu verzeichnen, was bayernweit eine Betreuungsquote von 27,2% ergibt.

Genehmigte Plätze, betreute Kinder und Personal in Kindertageseinrichtungen in Bayern seit 2009
in Tausend



Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege und Tagespflegepersonen in Bayern seit 2009



In folgenden bayerischen Städten/Landkreisen lagen die höchsten Betreuungsquoten für unter Dreijährige vor:

Landkreis Würzburg	40,1 %
Landkreis München	41,7 %
Landkreis Coburg	42,2 %
Stadt Erlangen	43,5 %

2015 leichter Anstieg der Fallzahlen in bayerischen Krankenhäusern

Die Zahl der vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten (Fallzahl) betrug im Jahr 2015 insgesamt 2,96 Millionen und stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um 12 684 (+0,4%). Parallel dazu sank die Zahl der insgesamt angefallenen Berechnungstage geringfügig um 19 892 auf 21,42 Millionen (-0,1%). Die durchschnittliche Dauer eines Krankenhausaufenthalts belief sich auf 7,2 Tage und ging damit im Vorjahresvergleich um 0,1 Tage zurück.

Im Jahr 2015 standen in den 360 bayerischen Krankenhäusern 76 000 Betten für die stationäre Versorgung zur Verfügung, das sind 93 mehr als im Vorjahr. Nahezu drei von vier Betten (71,3%) befanden sich in einem Kranken-

haus eines öffentlichen Trägers, 17,2% in einem privaten Krankenhaus und 11,5% in einem Krankenhaus mit einem freigemeinnützigen Träger.

Die Auslastung der aufgestellten Betten verringerte sich gegenüber dem Vorjahr von 77,4% auf 77,2%. Die Betten in öffentlichen Krankenhäusern waren zu 78,7% ausgelastet, die der freigemeinnützigen nur zu 73,6% und die der privaten Einrichtungen zu 73,4%.

Im Jahr 2015 waren 139 167 Vollkräfte (mit einem direkten Beschäftigungsverhältnis, ohne Schülerinnen und Schüler und Auszubildende sowie ohne Belegärzte, von Belegärzten angestellte Ärzte und ohne Zahnärzte)

in den bayerischen Krankenhäusern tätig. 115 334 Vollkräfte gehörten zum nichtärztlichen Dienst (darunter allein 49 796 Vollkräfte zum Pflegedienst) und 23 833 zum ärztlichen Dienst. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der in den bayerischen Krankenhäusern beschäftigten Vollkräfte im ärztlichen Dienst um 718 (+3,1%) und im nichtärztlichen Dienst um 2 550 (+2,3%) zu, während die Zahl der Pflegekräfte dagegen nur um 891 (+1,8%) anstieg.

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Weitere Ergebnisse enthält der voraussichtlich im Oktober 2016 erscheinende Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2015“ (Bestellnummer: A4200C 201500, nur als Datei).*

Bettenzahl und Patientenbewegung in bayerischen Krankenhäusern von 1991 bis 2015

Jahr	Krankenhäuser insgesamt	Aufgestellte Betten insgesamt	Patientenbewegung ¹			
			Fallzahl	Berechnungs-/ Belegungstage	durchschnittl. Verweildauer	Nutzungsgrad der Betten
	Anzahl		Tage		%	
1991	424	87 914	2 177 094	27 150 044	12,5	84,6
1992	421	87 318	2 243 193	27 042 539	12,1	84,6
1993	411	87 032	2 284 551	26 750 703	11,7	86,5
1994	410	87 021	2 342 743	26 495 982	11,3	83,4
1995	408	86 407	2 421 130	26 379 433	10,9	83,6
1996	406	85 609	2 459 269	25 724 153	10,5	82,1
1997	407	84 686	2 512 598	25 646 527	10,2	83,0
1998	409	84 230	2 586 709	25 790 075	10,0	83,9
1999	405	83 718	2 629 233	25 743 557	9,8	84,2
2000	406	83 484	2 661 234	25 531 675	9,6	83,6
2001	407	83 138	2 678 249	25 024 518	9,3	82,5
2002	400	82 540	2 668 938	24 400 575	9,1	81,0
2003	398	82 078	2 658 771	23 226 323	8,7	77,5
2004	387	79 674	2 550 443	21 597 421	8,5	74,1
2005 ²	385	80 077 ³	2 522 724 ⁴	21 312 162 ⁴	8,4 ⁴	75,2 ³
2006	381	76 182	2 529 978	21 052 305	8,3	75,7
2007	375	75 883	2 601 174	21 267 035	8,2	76,8
2008	379	75 499	2 674 573	21 311 376	8,0	77,1
2009	377	75 897	2 736 316	21 328 694	7,8	77,0
2010	373	75 789	2 762 631	21 284 761	7,7	76,9
2011	370	75 827	2 811 503	21 215 787	7,5	76,7
2012	369	75 944	2 856 218	21 222 170	7,4	76,4
2013	366	75 675	2 883 438	21 218 466	7,4	76,8
2014	364	75 907	2 946 628	21 435 606	7,3	77,4
2015	360	76 000	2 959 312	21 415 714	7,2	77,2

1 Einschließlich Stundenfälle.

2 Einmalig wurden im Berichtsjahr 2005 die gesunden Neugeborenen in den Grunddaten erhoben. Da die Angaben für gesunde Neugeborene nicht separat ausgewiesen werden können, sind Vergleiche mit den Vorjahren bzw. mit den Folgejahren nur bedingt möglich.

3 Die Zahl umfasst auch die Betten für Neugeborene.

4 Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die gesunden Neugeborenen bei dieser Kennzahl herausgerechnet.



Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Landwirtschaftlich genutzte Fläche in Bayern 2015 unverändert bei 3,2 Millionen Hektar

Nach vorläufigen Ergebnissen der diesjährigen repräsentativen Bodennutzungshaupterhebung beträgt die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Bayern rund 3 156 400 Hektar.

Bayerns Landwirtinnen und Landwirte bewirtschaften dabei rund 2 082 400 Hektar Ackerland. Mit 1 135 600 Hektar ist über die Hälfte der Ackerlandfläche mit Getreide zur Körnergewinnung (einschließlich Körnermais und Corn-Cob-Mix) bestellt. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier ein Rückgang von 3,5 % zu verzeichnen. Von der Anbaufläche für Getreide sind die wichtigsten Fruchtarten Weizen mit 541 300 Hektar und Gerste mit 332 300 Hektar. Dabei werden 98,2 % des Weizens als Winterkultur angebaut, bei der Gerste sind es 84,5 %.

Auf über einem Viertel des Ackerlands bzw. auf 575 200 Hektar wird Mais angebaut, davon wiederum 77,6 % als Silomais/Grünmais (446 500 Hektar) und 22,4 % als Körnermais/Mais zum Ausreifen einschließlich Corn-Cob-Mix (128 700 Hektar). Silomais/Grünmais hat einen Anteil von 72,9 % an den Pflanzen zur Grünernte. Insgesamt werden diese auf 29,4 % des Ackerlands angebaut (612 400 Hektar). Dies entspricht einem Zu-

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Bayern nach Hauptfruchtarten in 1 000 Hektar

Fläche und Anbaukultur (Hauptnutzungsart/Kulturart/Fruchtart)	Jeweilige Fläche im Jahr 2016 (vorläufig)	Jeweilige Fläche im Jahr 2015	Jeweilige Fläche im Jahr 2014
	1 000 ha		
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	3 156,4	3 153,6	3 141,2
Ackerland	2 082,4	2 067,7	2 075,6
darunter			
Getreide zur Körnergewinnung ¹	1 135,6	1 177,3	1 165,9
darunter			
Weizen	541,3	548,5	535,1
Roggen und Wintermenggetreide	34,4	35,4	41,5
Gerste	332,3	350,1	337,0
Pflanzen zur Grünernte	612,4	577,1	578,7
darunter			
Silomais/Grünmais	446,5	427,2	425,4
Hackfrüchte	99,4	90,2	100,9
darunter Kartoffeln	40,3	40,0	40,8
Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung ¹	31,2	20,8	16,6
Handelsgewächse	137,0	134,8	147,8
darunter Winterraps	113,6	103,8	122,2
stillgelegte Flächen mit Beihilfe-/Prämienanspruch ..	42,6	45,7	43,8
Dauergrünland zusammen	1 060,9	1 071,2	1 052,9

¹ Einschließlich Saatguterzeugung.

wachs von 6,1 % im Vergleich zum Vorjahr.

137 000 Hektar des Ackerlands sind mit Handelsgewächsen bestellt, den größten Teil davon umfasst mit 113 600 Hektar die Anbaufläche für Winterraps. Die Anbaufläche von Hackfrüchten (99 400 Hektar) besteht zu 40,5 % aus Kartoffeln (40 300 Hektar) und zu 59,0 % aus Zuckerrüben ohne Saatguterzeugung (58 700 Hektar). Hülsenfrüchte werden auf 31 200

Hektar angebaut, hier macht der Anbau von Erbsen mit 16 200 Hektar den größten Teil aus.

Etwa ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Flächen bzw. 1 060 900 Hektar entfällt auf Dauergrünland. Davon sind 67,0 % Wiesen (710 700 Hektar) und 29,5 % Weiden (313 000 Hektar).

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Getreideernte in Bayern 2016 geringfügig über dem langjährigen Durchschnitt

Die von den bayerischen Landwirten bewirtschaftete Getreidefläche (ohne Körnermais) verringerte sich nach dem vorläufigen Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung 2016 gegenüber dem Vorjahr um 3,0% bzw. 31 100 Hektar (ha) auf rund 1,01 Millionen ha. Die Flächenminderung verteilte sich etwa je zur Hälfte auf Winter- und Sommergetreide. So wurde der Anbau des ertragreicheren Wintergetreides binnen Jahresfrist um 15 700 ha bzw. 1,8% auf 879 500 ha verringert, wobei sich das Minus auf alle Winterkulturen erstreckte. Bei der wichtigsten Getreideart, dem Winterweizen, sank die Anbaufläche um 6 500 ha (-1,2%) auf 531 500 ha. Ähnlich hoch war die Flächenreduzierung mit 6 100 ha (-2,5%) auf knapp 240 000 ha bei der Wintergerste. Die Aussaat von Triticale wurde um 2 000 ha (-2,7%) auf 73 800 ha und von die Roggen (einschließlich Wintermenggetreide) um 1 000 ha (-2,9%) auf 34 400 ha verringert. Die Anbaufläche des Sommergetreides wurde um 15 400 ha bzw. 10,8% auf 126 500 ha verkleinert. Ursächlich hierfür war insbesondere der deutliche Rückgang der überwiegend als Braugerste verwendeten Sommergerste, deren Fläche gegenüber 2015 um 11 700 ha (-11,2%) auf den neuen Tiefstand von 92 600 ha sank. Auch Hafer erreichte mit 22 000 ha ein neues Anbautief, binnen Jahresfrist ein Minus von 1 800 ha (-7,6%).

Die Aussaat des Wintergetreides im Herbst 2015 konnte rechtzeitig erfolgen. Dem milden Winter ohne nennenswerte Auswinterungsschäden schloss sich zwar ein niederschlagsreiches kühles Frühjahr an, die Aussaat des Sommergetreides konnte jedoch in den trockenen wärmeren Phasen der ersten Aprilhälfte zügig durchgeführt werden.

Während im Juni im Süden Bayerns häufig Tiefdruckgebiete durchzogen, in deren Folge regionale Unwetter mit Starkregen, Hagel und Überschwemmungen auftraten, war es in Nordbayern gebietsweise zu trocken. Das wechselhafte Wetter mit Regen und schwülen Sonnentagen setzte sich im Juli bis in den August hinein fort, sodass die Erntearbeiten häufig unterbrochen und damit merklich beeinträchtigt wurden. Das feuchtwarme Wetter begünstigte zudem den Pilzbefall.

Aufgrund des unbeständigen Wetters stand mit Ausnahme der Wintergerste bis zuletzt noch ein beachtlicher Teil des Getreides auf den Feldern. Daher ist die diesjährige Hochrechnung noch mit einer größeren Unsicherheit behaftet. Nach den vom Bayerischen Landesamt für Statistik bisher ausgewerteten Ertragsmessungen im Rahmen der „Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung“ in Verbindung mit den Ertragsschätzungen der amtlichen Berichtersteller wird in Bayern beim Getreide (ohne Körnermais) mit einem Durchschnittsertrag von 69,9 Dezitonnen je Hektar (dt/ha) gerechnet. Dies ist etwas

weniger als im Vorjahr (70,5 dt/ha), im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2015 (66,0 dt/ha) aber ein Plus von 6%. Fast alle Getreidearten wiesen einen zum Teil deutlich über dem Durchschnitt liegenden Hektarertrag auf. Bei den beiden flächenstärksten Kulturen wurde das mehrjährige Mittel um knapp 3% (Winterweizen) bzw. um rund 13% (Wintergerste) übertroffen. Aufgrund der guten Hektarerträge bei nahezu allen Getreidearten kann in diesem Jahr trotz der reduzierten Anbaufläche mit einer geringfügig über dem Durchschnitt liegenden Erntemenge (ohne Körnermais) von 7 Millionen Tonnen gerechnet werden. Gegenüber der bisher dritthöchsten Ernte im Vorjahr (7,31 Millionen Tonnen) bedeutet dies zwar einen Rückgang um knapp 4%, der Durchschnitt der vergangenen sechs Jahre (6,87 Millionen Tonnen) wird jedoch um gut 2% übertroffen.

Nachfolgend sind die voraussichtlichen Erntemengen und durchschnittlichen Hektarerträge für Bayern im Jahr 2016 und im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2015 nach Getreidearten dargestellt.

Getreidearten (ohne Körnermais)	Erntemengen		Durchschnittliche Hektarerträge	
	2016	Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2015	2016	Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2015
	1 000 t		Dezitonnen je Hektar (dt/ha)	
Weizen zusammen	4 087,0	3 900,6	75,5	73,7
Wintergerste	1 687,6	1 521,1	70,4	62,2
Sommergerste	496,2	582,5	53,6	53,0
Hafer	104,3	135,2	47,5	47,0
Triticale	454,1	494,2	61,5	61,0
Roggen und Wintermenggetreide	193,8	214,8	56,4	49,6
Sonstige	10,4	25,0	47,0	46,3
Insgesamt	7 033,4	6 873,3	69,9	66,0

Ausführliche endgültige Ergebnisse enthält der voraussichtlich im Frühjahr 2017 erscheinende Statistische Bericht C II 1 „Ernte der

Feldfrüchte und des Grünlandes in Bayern 2016“ (Bestellnummer: C2102C 201700, nur als Datei).*

Fleischerzeugung in Bayern im ersten Halbjahr 2016 um vier Prozent gesunken

Von Januar bis Juni 2016 wurden in Bayern in gewerblichen Schlachtbetrieben sowie durch Hausschlachtungen 381 700 Tonnen (t) zum Verzehr geeignetes Fleisch (ohne Geflügel) erzeugt. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum war dies ein Minus von 15 800 t bzw. 4,0%. Auf Schweinefleisch entfielen fast 60% der gesamten Schlachtmenge. Gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres sank die Schweinefleischproduktion um 14 000 t bzw. 5,8% auf 228 400 t. Die Zahl der geschlachteten Schweine nahm hierbei wegen des etwas höheren durchschnittlichen Schlachtgewichts im gleichen Zeitraum um 6,3% (157 800 Tiere) auf 2,37 Millionen ab. Mit

106 000 t, was einem Anteil von 46,4% entspricht, stammte knapp die Hälfte der Schweinefleischproduktion aus Niederbayern. Jeweils knapp ein Sechstel des Schweinefleischs wurde in Oberfranken (37 800 t) und Oberbayern (37 500 t) erzeugt.

39,8% der Schlachtmenge entfielen auf die Rindfleischerzeugung. Mit 152 000 t war die produzierte Fleischmenge um 1,2% (1 800 t) niedriger als im ersten Halbjahr des Vorjahres. Die Zahl der geschlachteten Rinder nahm hierbei um 1,0% (4 600 Tiere) auf 439 500 ab. Der regionale Schwerpunkt der Rindfleischproduktion liegt im Süden Bayerns, und zwar in Oberbayern

mit 56 900 t (Anteil 37,5%) sowie in Schwaben mit 38 600 t (25,4%). Die verbleibende Schlachtmenge von gut 1 200 t verteilte sich insbesondere auf Schaffleisch (1 100 t) sowie in geringem Umfang auf Ziegen- und Pferdefleisch.

Recht unterschiedlich ist der Beitrag Bayerns zur Fleischerzeugung in Deutschland. Während beim Rindfleisch gut ein Viertel der Schlachtmenge aus Bayern stammt, liegt der Anteil beim Schweinefleisch lediglich bei rund 9%.

Hinweis

Eine Auswertung auf Kreisebene erfolgt nur für das endgültige Jahresergebnis.

Schlachtaufkommen aus gewerblichen Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft in Bayern im ersten Halbjahr 2016 nach Regierungsbezirken

Gebiet	Ins- gesamt	davon										
		Rinder zu- sammen	davon						Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde
			Ochsen	Bullen	Kühe	weibl. Rinder ¹	Kälber	Jung- rinder				
	Tonnen											
Oberbayern	94 736	56 942	808	26 122	17 761	11 833	277	141	37 506	252	21	16
Niederbayern	110 418	4 305	47	2 670	588	873	85	42	105 995	86	6	25
Oberpfalz	20 725	13 334	113	3 511	6 768	2 809	50	83	7 243	110	18	19
Oberfranken	58 736	20 887	47	7 434	9 924	3 341	66	75	37 796	35	6	13
Mittelfranken	33 037	13 771	49	5 091	5 583	2 920	104	25	19 007	243	7	9
Unterfranken	15 556	4 137	45	1 818	1 362	831	57	24	11 238	170	4	6
Schwaben	48 471	38 621	369	14 075	17 086	6 739	267	84	9 657	180	9	4
Bayern 1. Hj. 2016	381 679	151 996	1 476	60 721	59 073	29 346	906	474	228 443	1 076	72	92
1. Hj. 2015	397 489	153 826	1 494	65 871	56 623	28 329	994	515	242 392	1 048	67	156
Veränderung												
absolut	-15 810	-1 829	- 18	-5 150	2 450	1 017	- 88	- 40	-13 950	27	5	- 63
%	- 4,0	- 1,2	- 1,2	- 7,8	4,3	3,6	- 8,9	- 7,9	- 5,8	2,6	7,3	- 40,7

1 Ausgewachsene weibliche Rinder, die noch nicht gekalbt haben (Färsen).



Verarbeitendes Gewerbe

Gute Ergebnisse für das bayerische Bauhauptgewerbe im Juni 2016

Das bayerische Bauhauptgewerbe erzielte im Juni 2016 einen baugewerblichen Umsatz von insgesamt 1,39 Milliarden Euro, und damit ei-

nen deutlichen Umsatzzuwachs von 185,6 Millionen Euro bzw. 15,4% im Vergleich zum Vorjahresergebnis. Diese positive Entwicklung wur-

de mit Ausnahme des gewerblichen und industriellen Tiefbaus (-7,0% gegenüber Juni 2015 auf aktuell 134,1 Millionen Euro baugewerb-

Bauhauptgewerbe in Bayern im Juni 2016

Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen

Gebiet	Bauhauptgewerbe in Bayern im Juni 2016						
	insgesamt	davon					
		Wohnungs- bau	gewerbl. u. industr. Hoch- bau ¹	gewerbl. u. industr. Tief- bau	öffent- licher Hoch- bau	Straßen- bau	Tiefbau f. Gebiets- körper- schaften u. Sozialvers.
1 000 €							
Baugewerblicher Umsatz ²							
Oberbayern	333 106	117 858	70 488	34 094	17 011	60 818	32 837
Niederbayern	229 184	64 591	60 644	17 652	18 954	34 224	33 119
Oberpfalz	222 890	44 789	81 413	21 146	22 789	29 672	23 082
Oberfranken	114 653	18 278	49 051	6 986	10 832	14 345	15 160
Mittelfranken	109 664	37 950	19 411	21 367	7 264	10 584	13 089
Unterfranken	135 454	24 610	44 826	9 547	17 858	20 805	17 807
Schwaben	248 432	80 153	66 904	23 297	16 942	32 736	28 400
Bayern	1 393 383	388 230	392 737	134 089	111 650	203 184	163 494
Veränderung gegenüber Juni 2015 in Prozent	15,4	23,6	12,1	-7,0	21,7	28,3	9,9
Auftragseingänge							
Oberbayern	371 171	124 953	63 925	25 271	21 591	105 579	29 852
Niederbayern	208 487	51 649	56 482	10 373	9 661	43 864	36 459
Oberpfalz	260 798	40 452	148 029	11 862	26 512	15 203	18 741
Oberfranken	85 374	11 485	22 433	7 137	6 066	25 545	12 708
Mittelfranken	148 714	51 671	58 389	16 522	8 390	6 286	7 456
Unterfranken	239 083	20 221	32 449	127 093	10 901	24 333	24 087
Schwaben	202 338	61 219	59 823	13 212	18 354	30 201	19 529
Bayern	1 515 966	361 651	441 529	211 469	101 474	251 011	148 833
Veränderung gegenüber Juni 2015 in Prozent	28,2	23,7	39,7	33,0	4,1	25,9	26,1

1 Einschließlich landwirtschaftlicher Bau.

2 Ohne Umsatzsteuer.

licher Umsatz) von allen Bausparten getragen. Die entsprechenden Umsatzsteigerungen betrugen zwischen 9,9% (Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) sowie 28,3% (Straßenbau). Wenn man das aktuelle Umsatzergebnis des Wirtschaftssektors regional betrachtet, ist festzustellen, dass ausnahmslos alle Regierungsbezirke Bayerns höhere Umsätze als im Juni 2015 verbuchten. Die bauhauptgewerblichen Betriebe mit Sitz in Niederbayern (+28,0%), in der Oberpfalz (+19,2%) bzw. in Schwaben (+18,6%) punktet dabei im Mittel relativ am stärksten sowie überdurchschnittlich.

Die Auftragseingänge im bayerischen Bauhauptgewerbe beliefen sich im Juni 2016 auf einen Gesamtwert von 1,52 Milliarden Euro

und übertrafen damit das Vorjahresergebnis sogar um 333,9 Millionen Euro bzw. 28,2%. Für dieses Plus zeichneten sich alle Bausparten verantwortlich, darunter überdurchschnittlich der gewerbliche und industrielle Hoch- sowie Tiefbau (+39,7% bzw. +33,0%). Der herausragende Zuwachs beim gewerblichen und industriellen Tiefbau ist insbesondere auf einen Großauftrag zurückzuführen, der die Verlegung der Glasfaserkabel für ein flächendeckendes schnelles Internet in fünf nordhessischen Landkreisen zum Gegenstand hat.

Wenngleich relativ schwächer als der gesamte baugewerbliche Umsatz und der Gesamtwert der Auftragseingänge, übertraf auch der aktuelle Personalstand des Wirtschaftssektors das Juni-Ergebnis

des Vorjahres. Mit 83 804 tätigen Personen waren Ende Juni 2016 insgesamt 2,5% mehr Personen im Bauhauptgewerbe beschäftigt als vor einem Jahr. Diese Beschäftigten arbeiteten an 22 Arbeitstagen (Juni 2015: 21 Arbeitstage) insgesamt 10,0 Millionen Stunden (+8,4%), wofür eine Bruttoentgeltsumme in Höhe von 274,5 Millionen Euro zur Zahlung anstand (+5,9%).

Hinweis

Die Berichterstattung basiert auf den Ergebnissen des Monatsberichts im Bauhauptgewerbe. Im Rahmen dieser Erhebung werden die bauhauptgewerblichen Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen befragt.

Ausführliche Ergebnisse bis auf Kreisebene enthält der Statistische Bericht „Bauhauptgewerbe in Bayern im Juni 2016“ (Bestellnummer: E2100C 201606, nur als Datei).*



Handel und Dienstleistungen

Olympia in Rio: Brasilien als Handelspartner Bayerns

Bayern exportierte im Jahr 2015 Waren im Wert von knapp 1,3 Milliarden Euro nach Brasilien. Nach vorläufigen Ergebnissen impor-

tierte Bayern zeitgleich Waren im Wert von rund 445 Millionen Euro aus Brasilien. Brasilien lag damit auf Rang 26 der Bestimmungslän-

der bayerischer Exporte und auf Rang 44 der Ursprungsländer bayerischer Importe.

Außenhandel Bayerns mit Brasilien seit 1970					
Jahr	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel		Export- (+) / Import- (-) überschuss
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- zeitraum	
	1 000 €	%	1 000 €	%	1 000 €
1970	69 673	x	22 637	x	47 036
1971	97 377	39,8	11 756	- 48,1	85 621
1972	123 026	26,3	17 533	49,1	105 493
1973	149 774	21,7	26 218	49,5	123 556
1974	202 710	35,3	32 864	25,4	169 847
1975	191 248	- 5,7	37 721	14,8	153 527
1976	190 701	- 0,3	51 149	35,6	139 552
1977	153 983	- 19,3	51 819	1,3	102 164
1978	140 509	- 8,8	53 624	3,5	86 884
1979	151 612	7,9	61 002	13,8	90 610
1980	159 070	4,9	69 469	13,9	89 601
1981	158 997	0,0	76 577	10,2	82 420
1982	144 676	- 9,0	85 846	12,1	58 830
1983	108 936	- 24,7	88 699	3,3	20 237
1984	467 177	328,9	115 249	29,9	351 928
1985	166 183	- 64,4	108 215	- 6,1	57 967
1986	207 081	24,6	73 318	- 32,2	133 763
1987	164 589	- 20,5	83 567	14,0	81 022
1988	258 611	57,1	105 948	26,8	152 663
1989	188 299	- 27,2	131 909	24,5	56 390
1990	201 481	7,0	132 682	0,6	68 798
1991	190 199	- 5,6	143 906	8,5	46 293
1992	231 758	21,9	133 941	- 6,9	97 817
1993	400 842	73,0	125 828	- 6,1	275 014
1994	449 258	12,1	146 721	16,6	302 537
1995	582 407	29,6	149 518	1,9	432 889
1996	649 255	11,5	136 361	- 8,8	512 894
1997	842 719	29,8	152 682	12,0	690 037
1998	773 925	- 8,2	181 396	18,8	592 529
1999	628 228	- 18,8	166 829	- 8,0	461 399
2000	653 128	4,0	249 181	49,4	403 947
2001	865 486	32,5	227 197	- 8,8	638 289
2002	701 426	- 19,0	237 486	4,5	463 940
2003	558 614	- 20,4	243 005	2,3	315 609
2004	725 045	29,8	349 259	43,7	375 786
2005	767 039	5,8	297 722	- 14,8	469 317
2006	770 802	0,5	425 451	42,9	345 351
2007	917 949	19,1	473 760	11,4	444 189
2008	1 145 674	24,8	470 998	- 0,6	674 676
2009	931 809	- 18,7	453 656	- 3,7	478 153
2010	1 431 981	53,7	428 010	- 5,7	1 003 971
2011	1 595 303	11,4	498 046	16,4	1 097 257
2012	1 630 642	2,2	635 042	27,5	995 600
2013	1 745 953	7,1	459 626	- 27,6	1 286 327
2014	1 441 269	- 17,5	419 022	- 8,8	1 022 247
2015 ¹	1 278 758	- 11,3	445 016	6,2	833 742

1 Vorläufige Ergebnisse.

Entgegen dem allgemeinen Aufwärtstrend im bayerischen Außenhandel, entwickelte sich der Außenhandel mit Brasilien in den letzten Jahren instabil. Die bayerischen Exporte nach Brasilien nahmen in den letzten beiden Jahren (2014: -18%; 2015: -11%) und auch in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres (-11%) ab. Nach einem Rückgang im Jahr 2014 (-9%) stiegen die Importe aus Brasilien 2015 zwar (+6%), in den ersten fünf Monaten 2016 sanken sie jedoch wieder (-6%).

In allen Jahren seit 1970 lagen die Exporte von Bayern nach Brasilien

deutlich über den Importen Bayerns aus Brasilien.

Die wichtigsten Exportgüter Bayerns im Handel mit Brasilien im Jahr 2015 waren mit einem Anteil von 28% „Maschinen“ gefolgt von „Fahrgestellen, Karosserien, Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (13%), „Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“ (9%) und „Personenkraftwagen und Wohnmobilen“ (8%). Auf der Einfuhrseite stand „Leder“ mit einem Anteil von 13% an der Spitze der bayerischen Importe aus Brasilien. Zu den wichtigsten Importgütern zähl-

ten ferner „elektronische Bauelemente“ (11%), „Maschinen“ (10%) sowie „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (8%).

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung

Ausführliche Ergebnisse zum Außenhandel Bayerns enthalten die Statistischen Berichte „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Berichtsmonat“ (Bestellnummer: G3000C, nur als Datei) und „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns – endgültige Ergebnisse im Berichtsjahr“ (Bestellnummer: G3002C, nur als Datei).*

Bayerische Waren auch 2016 in der Welt begehrt

Nach vorläufigen Ergebnissen exportierte die bayerische Wirtschaft in den ersten sechs Monaten 2016 Waren im Wert von knapp 91,6 Milliarden Euro, dies sind 4,8% mehr als im Vorjahreszeitraum. 57% der Exporte wurden in die EU-Mitgliedsstaaten geliefert, 35% aller Exporte wurden in die Euro-Länder ausgeführt. Im ersten Halbjahr 2016 importierte Bayerns Wirtschaft Waren im Wert von rund 81,8 Milliarden Euro (+3,6%). 62% der Importe bezog Bayerns Wirtschaft aus den Ländern der Europäischen Union, 36% der Importe kamen aus den Ländern der Euro-Zone.

Die höchsten Exportergebnisse erzielte Bayerns Wirtschaft in den ersten sechs Monaten 2016 im Handel mit den USA (10,1 Milliarden Euro), dem Vereinigten Königreich (7,7 Milliarden Euro), China (7,5 Milliarden Euro), Österreich

(7,3 Milliarden Euro), Frankreich (6,3 Milliarden Euro) und Italien (5,9 Milliarden Euro). Die wichtigsten Importländer Bayerns waren Österreich (7,6 Milliarden Euro), China (7,1 Milliarden Euro), die Tschechische Republik (6,5 Milliarden Euro) und die USA (5,8 Milliarden Euro).

„Personenkraftwagen und Wohnmobile“ (19,9 Milliarden Euro), „Maschinen“ (13,8 Milliarden Euro) und „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (7,2 Milliarden Euro) erzielten in den ersten sechs Monaten 2016 den höchsten Exportwert. Die bedeutendsten Importgüter waren „Maschinen“ (8,7 Milliarden Euro), „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ (7,2 Milliarden Euro), „Personenkraft-

wagen und Wohnmobile“ (5,3 Milliarden Euro), „Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“ (5,2 Milliarden Euro) und „Elektronische Bauelemente“ (5,0 Milliarden Euro).

Im Juni 2016 erzielte Bayerns Wirtschaft ein Exportvolumen von über 16,6 Milliarden Euro (+8,2% gegenüber dem Vorjahresmonat) und ein Importvolumen von über 14,1 Milliarden Euro (+4,0%).

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juni 2016“ (Bestellnummer: C3000C 201606, nur als Datei).*

Außenhandel Bayerns im Juni und im Jahr 2016
 Vorläufige Ergebnisse

Erdteil/Ländergruppe/Land	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahres- zeitraum
	1 000 €	%	1 000 €	%
Juni				
Europa	10 602 786	7,8	9 936 073	8,1
dar. EU-Länder (EU-28)	9 331 945	8,0	8 835 348	11,1
dar. Euro-Länder	5 786 159	8,2	5 153 792	9,9
dar. Frankreich	1 152 275	7,2	576 700	6,9
Italien	1 070 107	12,4	970 873	8,0
Österreich	1 351 200	11,0	1 312 853	8,2
Vereinigtes Königreich	1 356 461	5,2	472 362	0,7
Tschechische Republik	574 310	13,3	1 110 741	26,7
Afrika	246 681	4,1	222 422	- 25,0
Amerika	2 484 126	4,6	1 145 370	- 1,2
dar. USA	1 931 582	6,1	985 376	- 2,6
Asien	3 141 924	12,2	2 832 047	- 4,0
dar. Volksrepublik China	1 341 468	9,2	1 237 448	- 2,0
Australien-Ozeanien	164 302	20,6	11 750	17,5
Verschiedenes ¹	1 703	- 2,0	1	- 97,1
Insgesamt	16 641 522	8,2	14 147 663	4,0
Januar bis Juni				
Europa	58 938 255	6,7	57 724 463	6,3
dar. EU-Länder (EU-28)	52 066 506	6,8	50 520 059	7,4
dar. Euro-Länder	32 232 924	7,7	29 314 603	5,6
dar. Frankreich	6 344 011	5,8	3 217 505	- 0,1
Italien	5 911 816	8,6	5 575 400	8,4
Österreich	7 301 613	9,7	7 552 352	2,0
Vereinigtes Königreich	7 672 303	0,3	2 750 466	- 2,7
Tschechische Republik	3 158 486	9,6	6 473 855	21,8
Afrika	1 327 853	- 5,3	1 129 260	- 31,0
Amerika	13 170 306	- 3,9	6 892 726	2,6
dar. USA	10 129 408	- 5,0	5 843 345	1,5
Asien	17 192 846	5,7	15 974 111	- 1,6
dar. Volksrepublik China	7 537 100	1,9	7 067 224	1,3
Australien-Ozeanien	929 021	20,7	71 988	13,4
Verschiedenes ¹	10 176	40,9	204	•
Insgesamt	91 568 456	4,8	81 792 751	3,6

¹ Schiffs- und Flugzeugbedarf, hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.


Tourismus
Fünf Prozent mehr Gästeankünfte und Übernachtungen in Bayern im ersten Halbjahr 2016

Nach vorläufigen Ergebnissen der Monatserhebung im Tourismus stieg die Zahl der Gästeankünfte in den bayerischen Beherbergungsbetrieben* in den ersten sechs Monaten 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,2% auf über 15,9 Millionen, die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich um 4,9% auf fast 40,8 Millionen.

Von einem leichten Rückgang bei den Gästeankünften der Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime abgesehen, meldeten alle Betriebsarten für die ersten sechs Monate 2016 gestiegene Gäste- und Übernachtungszahlen. Die höchsten Zuwächse gegenüber dem Vorjahr verzeichneten dabei die Ferienzentren, -häuser, -woh-

nungen (Gästeankünfte: +9,6%; Übernachtungen: +8,8%) und die Hotels (Gästeankünfte: +7,3%; Übernachtungen: +7,7%).

Die Zahl der Gästeankünfte und Übernachtungen nahm im ersten Halbjahr 2016 in allen sieben bayerischen Regierungsbezirken zu. Die Zahl der Gästeankünfte

Bayerns Fremdenverkehr im Juni und von Januar bis Juni 2016

Vorläufige Ergebnisse

Betriebsart — Herkunft — Gebiet	Juni				Januar bis Juni			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent
Hotels	1 646 649	4,9	3 327 533	2,4	8 348 261	7,3	17 374 437	7,7
Hotels garnis	519 357	- 0,8	1 163 713	- 3,6	2 619 848	2,6	5 858 110	2,3
Gasthöfe	368 847	- 2,8	743 108	- 3,4	1 644 700	2,7	3 406 292	2,9
Pensionen	141 559	- 3,0	409 747	- 4,2	683 060	3,2	1 966 729	3,0
Hotellerie zusammen	2 676 412	2,2	5 644 101	- 0,2	13 295 869	5,5	28 605 568	5,7
Jugendherbergen und Hütten	114 011	0,6	254 833	0,8	473 462	2,2	1 123 150	2,7
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	154 571	4,7	440 033	3,6	781 469	- 0,4	2 292 019	0,2
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen	116 887	0,2	635 608	- 2,3	633 087	9,6	3 209 292	8,8
Campingplätze	168 184	- 20,8	451 671	- 30,2	530 396	4,1	1 609 848	1,1
Vorsorge- und Reha-Kliniken	39 513	3,3	682 196	2,6	232 117	6,4	3 913 655	1,5
Insgesamt	3 269 578	0,7	8 108 442	- 2,2	15 946 400	5,2	40 753 532	4,9
davon aus dem								
Inland	2 471 747	0,7	6 532 914	- 3,1	12 188 572	5,3	32 956 341	4,6
Ausland	797 831	0,7	1 575 528	1,4	3 757 828	5,0	7 797 191	6,0
davon Oberbayern	1 487 433	2,7	3 418 857	- 1,5	7 344 157	5,1	17 036 498	4,7
darunter München	627 766	4,1	1 218 464	0,3	3 273 307	3,9	6 531 257	3,4
Niederbayern	265 041	- 2,6	1 016 775	- 4,4	1 404 494	4,8	5 419 755	3,0
Oberpfalz	192 385	2,5	472 187	3,9	918 969	5,8	2 324 479	7,9
Oberfranken	204 480	5,6	473 236	1,8	915 352	8,2	2 252 970	6,6
Mittelfranken	375 136	- 0,5	741 183	- 0,8	1 769 100	4,1	3 642 761	6,3
darunter Nürnberg	162 217	5,7	290 816	6,7	794 375	7,3	1 500 779	10,8
Unterfranken	287 060	- 1,3	668 584	- 5,6	1 301 530	3,6	3 214 324	0,4
Schwaben	458 043	- 4,1	1 317 620	- 4,8	2 292 798	6,3	6 862 745	6,8

wuchs in Oberfranken (+8,2%) am stärksten, den höchsten Zuwachs bei den Übernachtungen gab es in der Oberpfalz (+7,9%).

Im Juni 2016 stieg die Zahl der Gästeankünfte der gut 12 100 geöffneten Beherbergungsbetriebe in Bayern gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,7% auf knapp 3,3 Millionen, die Zahl der Übernachtungen sank hingegen um 2,2% auf rund 8,1 Millionen. Im Ausländerreiseverkehr stiegen Gästeankünfte und Übernachtungen (Gästeankünfte: +0,7%; Übernachtungen: +1,4%), im Inländerreiseverkehr nahm hingegen die Zahl der Übernachtungen ab (Gästeankünfte: +0,7%; Übernachtungen: -3,1%).

tungen sank hingegen um 2,2% auf rund 8,1 Millionen. Im Ausländerreiseverkehr stiegen Gästeankünfte und Übernachtungen (Gästeankünfte: +0,7%; Übernachtungen: +1,4%), im Inländerreiseverkehr nahm hingegen die Zahl der Übernachtungen ab (Gästeankünfte: +0,7%; Übernachtungen: -3,1%).

* Geöffnete Beherbergungsstätten mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich geöffnete Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Juni 2016“ (Bestellnummer: G41003 201606, Preis der Druckausgabe: 17,60 €).*

**Verkehr****7,7% mehr Kfz-Neuzulassungen in Bayern im ersten Halbjahr 2016**

Nach der Kraftfahrzeugstatistik des Kraftfahrt-Bundesamts wurden im ersten Halbjahr 2016 in Bayern 405 524 Kraftfahrzeuge (Kfz) mit amtlichen Kennzeichen neu zugelassen und somit 7,7% mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Pkw-Neuzulassungen stiegen um 8,0% auf 342 571 Fahrzeuge. Davon nutzen 158 555 Fahrzeuge Benzin (+11,8%), 178 125 Diesel (+4,6%) und 5 891 andere Kraftstoffarten wie Gas, Elektro, Hybrid (+15,1%). Der Anteil der neu zugelassenen

zulassungen stiegen um 8,0% auf 342 571 Fahrzeuge. Davon nutzen 158 555 Fahrzeuge Benzin (+11,8%), 178 125 Diesel (+4,6%) und 5 891 andere Kraftstoffarten wie Gas, Elektro, Hybrid (+15,1%). Der Anteil der neu zugelassenen

Diesel lag bei 52,0%, der Anteil der Benzin bei 46,3%. Bei den sonstigen Kraftstoffarten war die Hybridtechnik mit 4 423 Fahrzeugen am stärksten vertreten. Der Zuwachs gegenüber 2015 lag hier bei 26,9%.

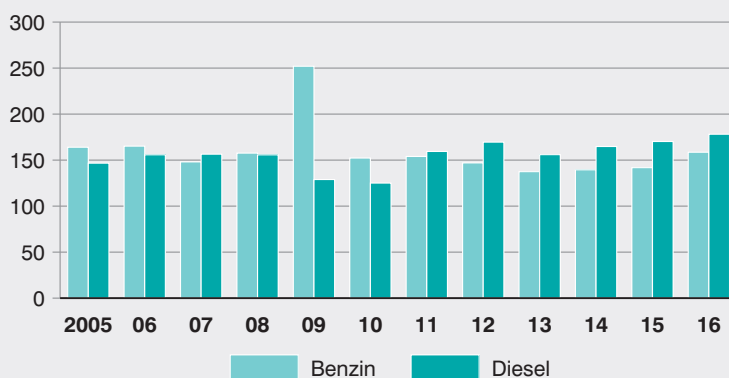
Neuzulassungen und Besitzumschreibungen von Kraftfahrzeugen in Bayern von Januar bis Juni 2016						
Fahrzeugklasse ----- Kraftstoffart	Neuzulassungen			Besitzumschreibungen		
	Januar bis Juni			Januar bis Juni		
	2015	2016	Veränderung 2016 gegenüber 2015	2015	2016	Veränderung 2016 gegenüber 2015
	insgesamt		%	insgesamt		%
Krafträder	25 653	27 471	7,1	55 431	56 345	1,6
Personenkraftwagen	317 171	342 571	8,0	579 262	592 430	2,3
davon angetrieben mit						
Benzin	141 818	158 555	11,8	362 890	366 998	1,1
Diesel	170 234	178 125	4,6	209 945	218 532	4,1
anderen Kraftstoffarten	5 119	5 891	15,1	6 427	6 900	7,4
darunter Hybridtechnik	3 485	4 423	26,9	1 398	1 802	28,9
Kraftomnibusse	708	839	18,5	531	574	8,1
Lastkraftwagen	22 425	24 729	10,3	24 125	25 902	7,4
Zugmaschinen	9 080	8 394	- 7,6	17 182	17 128	- 0,3
Sonstige Kfz	1 337	1 520	13,7	1 217	1 310	7,6
Kraftfahrzeuge insgesamt	376 374	405 524	7,7	677 748	693 689	2,4
Kraftfahrzeuganhänger	27 269	28 720	5,3	29 325	30 307	3,3

Die Neuzulassungen stiegen nicht nur bei Pkw, sondern beinahe im gesamten Fahrzeugbestand: Kraft-
räder legten um 7,1 % zu, Kraft-
omnibusse um 18,5 %, Lastkraft-
wagen um 10,3 %. Die Zulassungs-
zahlen bei Zugmaschinen sanken
dagegen um 7,6 %.

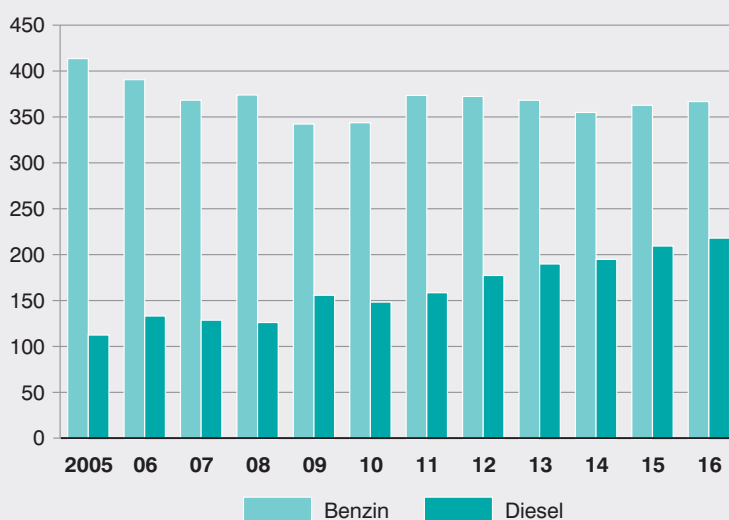
Nicht nur die Neuzulassungen,
auch die Besitzumschreibungen
von Kfz nahmen gegenüber dem
Vorjahr zu, und zwar um 2,4 % auf
693 689. Die Halterwechsel der
Pkw stiegen dabei insgesamt um
2,3 % auf 592 430, darunter Ben-
ziner um 1,1 %, Diesel-Pkw um
4,1 %.

Quelle:
Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg, Fahrzeug-
zulassungen (FZ), Neuzulassungen (FZ 8)
bzw. Besitzumschreibungen (FZ 9) von Kraft-
fahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern
– Monatsergebnisse Januar 2015 – Juni 2015
und Januar 2016 – Juni 2016
(www.kba.de/ - Statistik).

**Pkw-Neuzulassungen in Bayern im ersten Halbjahr seit 2005
nach ausgewählten Kraftstoffarten
in Tausend**



**Pkw-Besitzumschreibungen in Bayern im ersten Halbjahr
seit 2005 nach ausgewählten Kraftstoffarten
in Tausend**





Bauen, Wohnen, Umwelt, Energie

36 739 Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern im ersten Halbjahr 2016

Von den Bauämtern in Bayern wurden im ersten Halbjahr 2016 Baugenehmigungen (einschließlich Genehmigungsfreistellungen) für insgesamt 36 739 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden erteilt. Damit wurde das entsprechende Genehmigungsvolumen des Vorjahreszeitraums um 7 767 Wohnungen bzw. 26,8 % weit übertraffen. Die meisten dieser Wohnungen, und zwar 32 412 bzw. 88,2 % (erstes Halbjahr 2015: 24 920 bzw. 86,0 %), sollen in neu-

en Wohngebäuden (einschließlich Wohnheime) entstehen. In neuen gewerblichen Hochbauten sind 527 Wohnungen projektiert und durch Um- oder Ausbau bestehender Gebäude sind insgesamt 3 800 Wohnungen geplant (-24,6 % bzw. +13,3 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2015). Von den im ersten Halbjahr 2016 in neuen Wohngebäuden geplanten 32 412 Wohnungen betreffen 15 990 bzw. 49,3 % den Geschosswohnungsbau (Bau von Wohngebäuden

mit drei oder mehr Wohnungen; +37,7 %) und 13 461 bzw. 41,5 % den Eigenheimbau (Bau von Wohngebäuden mit einer oder zwei Wohnungen; +11,8 %). In neuen Wohnheimen sollen aktuell 2 961 Wohnungen entstehen gegenüber vergleichbaren 1 269 Wohnungen im ersten Halbjahr 2015.

Bei Betrachtung des aktuellen Genehmigungsvolumens auf Ebene der Regierungsbezirke ist festzu-

Wohnungsbaugenehmigungen in Bayern von Januar bis Juni 2015 und 2016

Bezeichnung	Wohnungsbaugenehmigungen ¹ in Bayern			
	Januar bis Juni 2015	Januar bis Juni 2016	Veränderung 2016 gegenüber 2015	
	Anzahl			%
Nach Gebäudearten				
Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt	28 252	36 016	7 764	27,5
davon				
in neuen Wohngebäuden zusammen	24 920	32 412	7 492	30,1
davon				
in Wohngebäuden mit 1 Wohnung	9 958	10 989	1 031	10,4
in Wohngebäuden mit 2 Wohnungen	2 082	2 472	390	18,7
in Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen	11 611	15 990	4 379	37,7
in Wohnheimen	1 269	2 961	1 692	133,3
durch Baumaßnahmen				
an bestehenden Wohngebäuden	3 332	3 604	272	8,2
Wohnungen in Nichtwohngebäuden insgesamt	720	723	3	0,4
davon				
in neuen Nichtwohngebäuden	699	527	- 172	- 24,6
durch Baumaßnahmen				
an bestehenden Nichtwohngebäuden	21	196	175	833,3
Insgesamt	28 972	36 739	7 767	26,8
Nach Regierungsbezirken				
Oberbayern	10 981	13 533	2 552	23,2
Niederbayern	3 140	3 774	634	20,2
Oberpfalz	2 745	3 647	902	32,9
Oberfranken	1 575	2 418	843	53,5
Mittelfranken	3 524	4 146	622	17,7
Unterfranken	2 279	3 335	1 056	46,3
Schwaben	4 728	5 886	1 158	24,5
Bayern	28 972	36 739	7 767	26,8
Kreisfreie Städte	9 206	12 695	3 489	37,9
darunter Großstädte ²	6 846	9 723	2 877	42,0
Landkreise	19 766	24 044	4 278	21,6

1 Einschließlich Genehmigungsfreistellungen.

2 München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt, Würzburg, Fürth, Erlangen.

stellen, dass wie im ersten Halbjahr 2015 die meisten Wohnungsbaufreigaben für Oberbayern, Schwaben und Mittelfranken erfolgten. Während dabei ausnahmslos alle sieben Regierungsbezirke Bayerns ein höheres Genehmigungsvolumen erfuhren, konnten die Oberpfalz (+32,9%), Oberfranken (+53,5%) sowie Unterfranken

(+46,3%) relativ am stärksten sowie überdurchschnittlich punkten. Zudem ist im aktuellen Berichtszeitraum die Anzahl an Wohnungsbaufreigaben in den kreisfreien Städten (+37,9% auf 12 695 Wohnungen) relativ stärker gestiegen als in den Landkreisen (+21,6% auf 24 044 Wohnungen).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baugenehmigungen in Bayern im Juni 2016“ (Bestellnummer: F21013 201606, Preis der Druckausgabe: 8,40 €).*

* Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

5. StatistikTage Bamberg|Fürth 2016

Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland: Messung, Befunde und Maßnahmen

Am 21. und 22. Juli 2016 fanden die 5. StatistikTage Bamberg|Fürth unter dem Titel „Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland: Messung, Befunde und Maßnahmen“ statt. Experten aus amtlicher und wissenschaftlicher Statistik sowie Referenten aus angrenzenden Forschungs- und Praxisbereichen informierten Fachwelt und Öffentlichkeit rund um das Thema. Organisiert wurde die Tagung im Rahmen des Statistik Netzwerks Bayern vom Bayerischen Landesamt für Statistik und von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Programm

Grußworte

- Präsidentin Marion Frisch,
Bayerisches Landesamt für Statistik
- Präsident Prof. Dr. Dr. habil. Godehard Ruppert,
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

I. Messung und Ausmaß von Einkommensungleichheit und Armut

- Dr. Markus M. Grabka: *Messung von Einkommensungleichheit und Armut*
- Dr. Jörg Drechsler und Prof. Hans Kiesl: *Armutsquotenberechnung aus gerundeten Einkommensangaben: Probleme und Lösungsmöglichkeiten*
- Christian Globisch und Dr. Christina Wübbecke: *„EU-SILC“ und „EVS“: reichhaltige Daten für die Armutforschung*
- Prof. Mark Trappmann: *PASS – Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“*
- Dr. Kerstin Bruckmeier und Dr. Torsten Lietzmann: *Verwaltungsdatennutzung in der wissenschaftlichen Armutforschung: Stichprobe integrierter Grundsicherungsbiografien*
- Dr. Julie Korbmacher: *SHARE – The Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe*

II. Zeitliche und räumliche Betrachtungen

- Jonas Beste und Prof. Mark Trappmann: *Arbeitsmarktvermittelte Abgänge aus dem SGB II*
- Prof. Uwe Blien, Prof. Jan Mutl und Dr. Katja Wolf: *Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das regionale Lohnniveau*



III. Altersarmut

- Markus Holler: *Konsum und Teilhabe von Älteren*
- PD Dr. Martin Brüssig und Lina Zink: *Risikofaktoren für und Schutzmechanismen gegen eine niedrige Rente im Alter. Empirische Analysen auf der Grundlage abgeschlossener Versicherungsbiografien*

IV. Kausale Beziehungen und Maßnahmen zur Verringerung von Armut

- Dr. Andreas Haupt und Prof. Gerd Nollmann: *Der Anstieg von Armut in Deutschland*
- Prof. Christoph Butterwegge: *Irrwege aus der Armut*
- Jürgen Wiemers: *Bestimmung des Regelbedarfs: Vorgehensweise und methodische Kritik*
- Bernhard Christoph: *Materielle Lebensbedingungen und Armutslagen von SGB-II-Leistungsempfängern: Messansätze und empirische Ergebnisse*



Statistik Netzwerk Bayern

Permanent wachsende Anforderungen an die Statistik sind ohne intensive Zusammenarbeit zwischen amtlicher und wissenschaftlicher Statistik nicht erfolgreich zu bewältigen. Das Bayerische Landesamt für Statistik erweitert seine Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung und fördert diese durch gemeinsame Veranstaltungen und Projekte. Zu diesem Zweck wurde im Februar 2013 das Statistik Netzwerk Bayern als Plattform für den gegenseitigen Austausch von Wissen und Erfahrung gegründet.

Mitglieder des Statistik Netzwerks Bayern sind:

- Bayerisches Landesamt für Statistik
- Otto-Friedrich-Universität Bamberg
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
- Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg
- Institut für Statistik der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Institut für Geographie und Geologie der Julius-Maximilians-Universität Würzburg
- Universität Augsburg
- Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
- ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Weitere Netzwerkpartner können werden:

- Hochschulen und Fachhochschulen in Bayern sowie deren Einrichtungen und Lehrstühle/Professuren
- Forschungseinrichtungen mit Sitz in Bayern, auch soweit sie unselbständige Teile einer juristischen Person des öffentlichen oder des privaten Rechts sind.

Institutionen mit Sitz außerhalb Bayerns können je nach Forschungsinteresse und Projektlage als kooperierende Institutionen in die Arbeit des Statistik Netzwerks Bayern einbezogen werden. Im Gegensatz zu Netzwerkpartnern nehmen sie nicht an der Steuerung des Netzwerks teil. Sie können aber an den Angeboten und Veranstaltungen des Netzwerks teilhaben und werden regelmäßig über dessen Aktivitäten informiert.

Wichtige Veranstaltungen des Statistik Netzwerks Bayern:

Im Rahmen des Statistik Netzwerks Bayern organisierte das Bayerische Landesamt für Statistik gemeinsam mit der Otto-Friedrich-Universität Bamberg am 21. und 22. Juli 2016 zum fünften Mal die StatistikTage Bamberg|Fürth. Das Thema in diesem Jahr lautete „Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland: Messung, Befunde und Maßnahmen“. Experten der amtlichen Statistik sowie Wissenschaftler aus dem Bereich der empirischen Armutsforschung präsentieren die Ergebnisse ihrer Arbeiten und stellen sie zur interdisziplinären Diskussion.

Die Themen der vier vorangegangenen StatistikTage Bamberg|Fürth:

- 2012 „Methoden und Potenziale des Zensus 2011“
- 2013 „Ursachen und Folgen des demographischen Wandels“
- 2014 „Regionale Disparitäten: Lebensverhältnisse im Vergleich“
- 2015 „Empirische Bildungsforschung: Datengrundlagen und Ergebnisse“

Kontaktadresse bei Fragen oder Interesse an einer Beteiligung am Netzwerk:

Statistik Netzwerk Bayern

c/o Bayerisches Landesamt für Statistik

81532 München

statistiknetzwerk@statistik.bayern.de



**Grußworte
der Präsidentin des Bayerischen Landesamts für Statistik,
Frau Marion Frisch**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie ganz herzlich zu den StatistikTagen Bamberg|Fürth 2016. Ich freue mich sehr, dass wir, das Bayerische Landesamt für Statistik und die Universität Bamberg, in diesem Jahr in Kooperation mit dem IAB in Nürnberg nun bereits zum fünften Mal diese Tagung ausrichten. Damit können wir durchaus behaupten, dass die Bamberger StatistikTage inzwischen zu einer kleinen aber feinen, festen Institution gewachsen sind.

In diesem Jahr befinden wir uns allerdings aufgrund von Bauarbeiten in einer neuen Umgebung und zwar der Aula der Universität Bamberg. Ich bin mir aber sicher, dass diese beeindruckenden Räumlichkeiten der Tagung ein besonderes Flair verleihen.

Besonders begrüßen und mich für die Unterstützung bedanken, darf ich Herrn Prof. Ruppert, den Präsidenten der Otto Friedrich Universität Bamberg. Herr Prof. Ruppert wird Ihnen in seiner Ansprache einige interessante Informationen zur Aula

geben. Wir sind schon sehr gespannt, Herr Prof. Ruppert.

Ich möchte mich auch bei den Initiatoren und Organisatoren der StatistikTage Frau Prof. Susanne Rässler und Herrn Dr. Michael Fürnrohr sehr herzlich bedanken. Sie und Ihre zahlreichen Helfer haben auch in diesem Jahr wieder eine perfekt organisierte Tagung mit einem interessanten und spannenden Tagungsprogramm auf die Beine gestellt. Recht herzlichen Dank dafür!

Ebenfalls herzlich begrüßen möchte ich die Referenten, die ihre methodischen Arbeiten und ihre wissenschaftlichen Ergebnisse mit uns teilen und diskutieren wollen. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und Engagement an unserer Tagung. Ich bin mir sicher, dass wir heute und morgen spannende Vorträge und ebenso spannende Diskussionen erleben dürfen.

Die StatistikTage Bamberg|Fürth beschäftigen sich in diesem Jahr mit dem Thema „Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland“. Ein Thema,

das auch in der amtlichen Statistik eine große Bedeutung hat. Die amtliche Statistik erhebt vielfältige Daten zum Thema Einkommensungleichheit und Armut, die für die Sozialpolitik, die Sozialberichterstattung und die wissenschaftliche Forschung von großer Bedeutung sind. Einen Teil dieser Daten gewinnen wir dabei direkt von den Haushalten selbst im Rahmen von Haushaltsbefragungen. Eine andere wichtige Quelle sind Verwaltungsdaten von Sozialbehörden und Beratungsstellen.

Zu den beiden wichtigsten amtlichen Haushaltsbefragungen, die Daten zum Thema Armut liefern, gehören zweifellos die europäische Erhebung „EU-SILC“, die in Deutschland unter dem Titel „Leben in Europa“ durchgeführt wird und die amtliche Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – kurz EVS.

Der hauptsächliche Zweck der EU-SILC ist es, der Europäischen Kommission und den EU-Mitgliedstaaten europaweit vergleichbare Daten über Armut, soziale Ausgrenzung und Lebensbedingungen zur Verfügung zu stellen. Zu deren Hauptnutzern gehören Politik, Verwaltung und Verbände, aber auch die Wissenschaft, die diese Daten sehr zahlreich insbesondere für ländervergleichende Studien zu den Lebensbedingungen der Bevölkerung in Europa verwendet.

Die amtliche Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – kurz EVS – liefert Informationen zu den materiellen Lebensverhältnissen der Bevölkerung in Deutschland. Unter dem Motto „Wo bleibt mein Geld?“ wurden private Haushalte letztmals 2013 zur Teilnahme an dieser Befragung aufgerufen. Die teilnehmenden Haushalte müssen dabei einiges an gutem Willen mitbringen, schließlich müssen sie drei Monate lang akribisch Buch über ihre Einnahmen und Ausgaben führen. Die daraus entstehenden Daten fließen ein in die Berechnung des Verbraucherpreisindex und in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Außerdem bilden sie die Grundlage, um den Regelsatz für das Arbeitslosengeld II alle fünf Jahre neu festzusetzen.

Zu beiden Statistiken werden Sie Mitarbeiter meines Hauses in einem Vortrag später noch ausführlicher informieren.

Im Sinne einer Vernetzung zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft wünsche ich uns nun, dass in den folgenden Diskussionen neue Ideen für Projekte entstehen. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen amtlicher und wissenschaftlicher Statistik ist in der heutigen Zeit ohnehin nicht mehr wegzudenken. Aus diesem Grund haben wir auch im Jahr 2013 das Statistik Netzwerk Bayern ins Leben gerufen, welches stets bemüht ist, Workshops und Veranstaltungen zu aktuellen Themen zu organisieren und damit die Zusammenarbeit zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft zu fördern.

Ich wünsche Ihnen nun viele inspirierende Vorträge, neue Erkenntnisse, anregende Diskussionen und Gespräche. Ich freue mich auf zwei erlebnisreiche Tage in Bamberg und gebe das Wort nun weiter an Herrn Prof. Ruppert.



Grußworte

**des Präsidenten der Otto-Friedrich-Universität Bamberg,
Prof. Dr. Dr. habil. Godehard Ruppert**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer!

Es ist mir eine große Freude, Sie zu den fünften StatistikTagen Bamberg|Fürth begrüßen zu dürfen – und es ist mir zugleich eine Ehre, dass ich dies, wie letztes Jahr versprochen, in unserer general-sanierten AULA, einer ehemaligen Dominikanerkirche, tun darf.

Das Thema, das Sie hier zwei Tage lang bearbeiten, ist von großer gesellschaftlicher Relevanz für unsere Zukunft. Deutschland und Europa sind in einem Veränderungsprozess begriffen, dessen Folgen wir heute noch gar nicht absehen können. Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt werden mit darüber entscheiden, ob unsere Zukunft friedlich sein kann, denn soziale Ungleichheit ist einer der Hauptgründe für sozialen Unfrieden. Es ist nicht unsere Aufgabe, Politik zu betreiben, aber es liegt in unserer Verantwortung, der Politik gute und valide Zahlen zur Verfügung zu stellen, damit sie Armut bekämpfen und geeignete Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung entwickeln kann.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine ertragreiche Tagung „Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland: Messung, Befunde und Maßnahmen“ und viele anregende Gespräche an diesem außergewöhnlichen Ort.



Eine (fast) weiße Welt – die AULA der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Weiß ist die Welt der Universitätsveranstaltungen in Bamberg seit kurzem: Die 3-stufige Generalsanierung der ehemaligen Dominikanerkirche mit neuer Innenraumgestaltung ist ein Plädoyer für die Ausdrucks- und Wirkungsformen dieser Farbe.

„Weiß ist das tragende gestalterische Element in Hauptraum, Chor und Seitenschiffen und sorgt hier für einen notwendigen Kontrast, aber auch für Einklang und Ausgewogenheit zu und zwischen den restaurierten Wandmalereien und den neu eingesetzten Langfenstern“, erläutert Universitätspräsident Prof. Dr. Dr. habil. Godehard Ruppert die Sanierungsmaßnahme, die vom Landesamt für Denkmalpflege begleitet wurde. Die Öffentlichkeit konnte sich am 9. November 2015 beim Dies Academicus erstmals von der Wirkung der rund 9 Millionen Euro teuren Generalsanierung überzeugen. Die ehemalige Dominikanerkirche, die vor 16 Jahren in die Verwaltung der Universität überging, kann nun wieder als Tagungs- und Vortragsraum, als Konzertsaal oder auch als Prüfungsraum dienen.



Auf eine Nutzungsart ist Godehard Ruppert besonders stolz. „Viele traditionsreiche Universitäten im Ausland besitzen eine Assembly Hall, also einen Festsaal für akademische Ehrungen und Feierlichkeiten, die der Bedeutung der Universität als Ort akkumulierten Wissens angemessen Ausdruck verleiht“, erläutert der Präsident. „Mit unserer AULA holen wir diesen Ort, den es bislang hierzulande noch nicht gibt, nach Deutschland.“

Es ist ein großes Plus der Universität, dass sie die ehemalige Dominikanerkirche nicht nur nutzt, sondern auch aus eigener Kraft erforscht und instand zu halten hilft: Seit 2002 arbeiten Studierende und Lehrende an der Professur für Restaurierungswissenschaften in der Baudenkmalpflege daran, die über 600 Jahre Nutzungs- und Malereigeschichte, die sich in den Fresken verbirgt, zu sichten und zu konservieren.

AULA vereint Tradition und Moderne

Die AULA ist also mehr als ein multifunktional nutzbarer Veranstaltungsraum. In ihr manifestiert sich das Selbstverständnis der Universität Bamberg, Gegensätze zu vereinen, Altes und Neues, Traditionelles und Moderne. Der Farbe Weiß ist es zu verdanken, dass dieses prägende Identitätsmerkmal nicht nur im Nutzungskonzept, sondern auch in der Raumgestaltung abgebildet wird. Denn nur durch ihre Helligkeit können die alten Elemente der denkmalgeschützten Bausubstanz wie Vertiefungen oder Erhebungen sichtbar zur Geltung kommen.



Ein weiterer Gegensatz wird in den 8,5 Meter hohen, natürlich weißen Cella-Wänden harmonisiert, die neben der Farbgebung, den Wandmalereien, den Langfenstern und der komplett unterirdisch verlegten Haustechnik zu den augenscheinlichsten Besonderheiten der neuen Innenraumgestaltung gehören. Die jeweils 3,5 bis 4 Tonnen schweren Cella-Wände sind eine bewegliche Abtrennvorrichtung, die den ehemaligen Kirchenraum neu erleben lässt und die Raumakustik positiv beeinflusst.

Langfenster als weitere gestalterische Besonderheit

Auch der Dachstuhl genießt die besondere Aufmerksamkeit von Denkmalpflegern und Restauratoren. Er soll in Form eines Lehrpfads der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Stabilisierungs- und Eindeckungsmaßnahmen des Dachstuhls sind Teil der II. Sanierungsstufe, zu der auch die Erneuerung der Langfenster gehört. Sie gingen aus einem Künstlerwettbewerb hervor, den Günter Grohs gewann, und sind nicht-gegenständlich, sondern mit einer geometrisch-linearen Struktur gestaltet.

Durch die bunten Ornamente der insgesamt drei Glasebenen eines jeden Fensters und deren Abstand zueinander entsteht eine optisch-farbige Vielfalt, die sich je nach Standort und Blickwinkel im Raum unterschiedlich zeigt. Im Zusammenspiel mit der weißen Wandfarbe entsteht so keine sakrale Stimmung, sondern eine feierliche Atmosphäre. Sie gibt einen Hinweis darauf, wie eine harmonische Verbindung mehr sein kann als die Summe ihre Einzelteile. Nicht nur im Selbstverständnis der Universität Bamberg. Auch bei der Farbe Weiß.

Text und Bilder: Otto-Friedrich-Universität Bamberg



Die Otto-Friedrich-Universität Bamberg im Überblick

Die Otto-Friedrich-Universität Bamberg wurde bereits im Jahre 1647 gegründet und ist Studienstätte für derzeit insgesamt 13 378 Studierende (Erst- und Neueinschreibungen: 2 897). Der Anteil weiblicher Studierender beträgt fast 62 % (8 286), der Anteil ausländischer Studierender rund 8 % (1 068).^{*} Das aktuelle Studienangebot umfasst 28 Bachelor- und 55 Masterstudiengänge sowie Studiengänge der Lehrämter – von der Grundschule bis zum Gymnasium.

Den Namen „Otto-Friedrich“ trägt die Universität Bamberg seit 1988. Die Namensgebung erfolgte zu Ehren des Universitätsgründers Fürstbischof Melchior OTTO Voit von Salzburg und des späteren Stiftervaters Fürstbischof FRIEDRICH Karl von Schönborn.

Die Universität hat aktuell vier Fakultäten: „Geistes- und Kulturwissenschaften“, „Humanwissenschaften“, „Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik“ sowie „Sozial- und Wirtschaftswissenschaften“ mit dem Lehrstuhl „Statistik und Ökonometrie“, dem Bindeglied zum „Statistik Netzwerk Bayern“ und zu den „StatistikTagen Bamberg|Fürth“.

^{*} Wintersemester 2015/16.

Quellen: Otto-Friedrich-Universität Bamberg
www.uni-bamberg.de



Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stellt sich vor

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) erforscht den Arbeitsmarkt, um politische Akteure auf allen Ebenen kompetent zu beraten. Ökonomen, Soziologen und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weiterer sozialwissenschaftlich und methodisch ausgerichteter Disziplinen schaffen durch exzellente, national wie international vernetzte Forschung die Basis für eine empirisch informierte Arbeitsmarktpolitik.

Damit tragen wir im Rahmen unseres gesetzlichen Auftrags zu einem besseren Verständnis der Funktionsweise des Arbeitsmarkts, der Erwerbschancen und der Lebensbedingungen in einer sich dynamisch verändernden Welt bei. Forschungs- und Publikationsfreiheit garantieren, dass unabhängiger und damit auch kritischer Rat erteilt werden kann.

Unser Institut wurde 1967 als Forschungseinrichtung der damaligen Bundesanstalt für Arbeit gegründet und ist seit 2004 eine besondere Dienststelle der Bundesagentur für Arbeit (BA). Das IAB hat seinen Sitz in Nürnberg. Durch unser Regionales Forschungsnetz sind wir zudem bundesweit an zehn Standorten präsent.

Quellen: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
www.iab.de/de/ueberblick.aspx

Messung von Einkommensungleichheit und Armut

Dr. Markus M. Grabka, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung



Dr. Markus M. Grabka

Zur Person:

Studium der Soziologie und Informatik an der TU Berlin, Promotion zum Dr. p.h. im Rahmen eines DFG-finanzierten Graduiertenkollegs an der TU Berlin. Seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin in der Abteilung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP). Zu seinen Aufgaben zählt die regelmäßige Berichterstattung zur Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die OECD. Er ist Mitglied im Wissenschaftlichen Gutachtergremium der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung und der Gesundheitsökonomie.

Abstract:

Der Vortrag hat zum Ziel, grundlegende Probleme der Messung von Einkommensungleichheit und relativem Armutsrisiko zu thematisieren. Hierbei werden unter anderem folgende Aspekte angesprochen, wie die Frage, was ist eine geeignete Datengrundlage zur Messung von Einkommensungleichheit und relativem Armutsrisiko? Wo liegen die Vor- bzw. Nachteile von Querschnitts- gegenüber Paneldaten? Welche Stichprobenverfahren sind zu präferieren? Sollte ein Oversampling bestimmter Teilgruppen der Bevölkerung gewählt

werden? Welcher Interviewmode ist geeignet? Was ist die Analysepopulation und welche Auswirkung hat dies auf die Analyseergebnisse? Welche Messfehler können auftreten (zum Beispiel Item-, Units als auch partial Unit-Non-response) und wie sollte damit umgegangen werden? Welcher Referenzzeitpunkt bzw. welche Referenzperiode ist zu wählen (Monat, Jahr, Permanentes Einkommen)? Wie ist das zugrundeliegende Einkommenskonzept definiert (Empfehlungen der Canberra Group)? Wie werden nicht-monetäre Einkommenskomponenten berücksichtigt? Wie wirkt sich die Wahl der Bedarfsgewichtung auf die Analyseergebnisse aus? Wie sollten Ergebnisse präsentiert werden? Was sind geeignete Indikatoren zur Beschreibung von Einkommensungleichheit (Gini, Entropie-Maße, CV, Perzentils-Ratios, Dezile)? Welche alternativen Konzepte sind geeignet „Armut“ in einem Land zu beschreiben?

Ausgewählte Folien zum Vortrag
„Messung von Einkommens-
ungleichheit und Armut“.

Die komplette Präsentation
finden Sie unter
[www.statistik.bayern.de/
medien/wichtigethemen/
grabka_einkommensungleich-
heit_und_armut.pdf](http://www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/grabka_einkommensungleichheit_und_armut.pdf)



1 Definition von Armut

Was ist „Armut“?

„Armut“ ist ein Zustand gravierender sozialer Benachteiligung mit der Folge einer Mangelversorgung mit materiellen Gütern und Dienstleistungen

Konzepte von „Armut“:

- 1) Absolute Armut
- 2) Bekämpfte Armut
- 3) Relative Armut

3



2 Datengrundlage

Qualitativ hochwertige bevölkerungsrepräsentative Mikrodaten

- Registerdaten für die Gesamtbevölkerung nicht vorhanden
- Steuerstatistik: nicht repräsentativ, da konditional auf die Steuererklärung
- Surveydaten:
 - Amtliche Statistik: EVS (alle 5 Jahre), EU-SILC, Mikrozensus, PASS, (SIAB)
 - Nicht-Amtliche Statistik: PHF (nur Brutto), SHARE (nur 55+), SOEP
- Generelle Einschränkung: Bevölkerung in privaten Haushalten (exklusive institutionalisierte Haushalte)
- Stichprobenziehung: Zufallsstichprobe mit Oversampling von schwer befragbaren Teilgruppen der Bevölkerung?

11



8 Fazit

- Analysen zur relativen „Einkommensarmut“ basieren auf Stichproben die eine Schätzungenauigkeit aufweisen. Im Falle des SOEP beträgt der Unsicherheitsbereich rund 1 -1,6 PP.
- Bei Verwendung unterschiedlicher Annahmen können auch bei der selben Stichprobe nennenswerte Ergebnisunterschiede auftreten (hier 6,2%-15,1%)
- Auch für weitere Charakteristika (z.B. Alter) kann die Aussage der Ergebnisse aufgrund unterschiedlicher Definitionen substantiell variieren.
- Messfehler und deren Korrektur können die Variabilität weiter erhöhen
- Fundierte Aussagen über „absolute Armut“ derzeit faktisch nicht möglich
- Alternativen: materielle Deprivation (Fragebogen im SOEP harmonisiert)

36



Armutsquotenberechnung aus gerundeten Einkommensangaben: Probleme und Lösungsmöglichkeiten

Dr. Jörg Drechsler, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Prof. Hans Kiesel, Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg



Prof. Hans Kiesel (Vortragender)

Zu den Personen:

Jörg Drechsler ist seit 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg und seit 2015 Adjunct Assistant Professor im „Joint Program in Survey Methodology“ an der University of Maryland, USA. Er studierte Betriebswirtschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg und wurde 2009 von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg promoviert. Im Jahr 2015 habilitierte er sich im Fach Statistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Forschungsinteressen umfassen: Vertraulichkeit von Daten (data confidentiality), multiple Imputation und Datenverknüpfung (record linkage).

Hans Kiesel, Studium der Mathematik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen, Promotion in Statistik an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, danach Beschäftigungen beim Statistischen Bundesamt in Wiesbaden und am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg; seit 2010 Professor für Mathematik mit Schwerpunkt Statistik an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg (Forschungsinteressen: Stichproben- und Gewichtungungsverfahren, statistisches Matching).

Abstract:

Bei der Berechnung von Armuts- oder Ungleichheitsmaßen aus Befragungsdaten gibt es unter-

schiedliche methodische Probleme: Befragte verweigern die Antwort (fehlende Daten), antworten bewusst oder unbewusst nicht korrekt (Messfehler) oder geben ihr Einkommen nicht exakt, sondern nur über eine Intervallangabe preis (letzteres kann auch – wie im Mikrozensus – durch den Fragebogen bedingt sein).

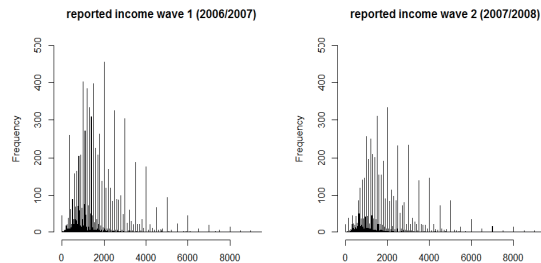
Wie haben uns in unserer Untersuchung auf einen bisher in der Literatur eher vernachlässigten Aspekt konzentriert, nämlich das so genannte „Heaping“, d. h. das Runden auf „glatte“ (z. B. durch 100 oder 500 teilbare) Werte. Berechnet man mit den so gerundeten Werten Armutsquoten, sind die Ergebnisse verzerrt. Wir schlagen daher vor, die gerundeten Angaben durch eine mehrfache Imputation zu „entrunden“ und Armutsquoten mit den imputierten Daten zu berechnen, um einer Verzerrung der Schätzung entgegenzuwirken. Weil man Einkommensangaben nicht ansieht, wie stark sie tatsächlich gerundet wurden, ist eine gemeinsame Modellierung der Einkommensverteilung und des Rundungsmechanismus nötig. Unproblematisch ist dann die gleichzeitige Behandlung (über ein bayesianisches Imputationsverfahren) von gerundeten Angaben, Intervallangaben und fehlenden Werten. Wir stellen in diesem Vortrag unser Verfahren vor und zeigen am Beispiel der Erhebung „Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung (PASS)“, dass sich die geschätzte Armutsquote mit gerundeten bzw. „entrundeten“ Daten durchaus stark unterscheiden kann.

Ausgewählte Folien zum Vortrag
„Armutsquotenberechnung aus
gerundeten Einkommensanga-
ben: Probleme und Lösungs-
möglichkeiten“.

Die komplette Präsentation
finden Sie unter
[www.statistik.bayern.de/
medien/wichtigethemen/
drechsler+kiesl_armutsquoten-
berechnung.pdf](http://www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/drechsler+kiesl_armutsquotenberechnung.pdf)



Panelerhebung PASS (Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung)



Heaping tritt in vielen Anwendungen auf:

- Alter von Kleinkindern (Heitjan und Rubin 1990)
- Zigarettenkonsum (Wang und Heitjan 2008)
- Arbeitslosigkeitsdauer (Wolff und Augustin 2003, van der Laan und Kuijvenhoven 2011)
- Blutdruck (de Lusignan et al. 2004)
- Anzahl der Sexualpartner (Roberts und Brewer 2001)



Zusammenfassung

- Nonresponse und Rundung bei Einkommensangaben können zu Verzerrungen führen
- Imputation kann helfen, Verzerrungen zu vermeiden
- beliebige Analysen nach Imputation möglich
- Modellannahmen müssen sorgfältig überprüft werden
- Rundung unter Umständen nicht der einzige Messfehler
- andere Arten von Messfehlern werden (bisher) nicht korrigiert

„EU-SILC“ und „EVS“: reichhaltige Daten für die Armutsforschung

Christian Globisch und Dr. Christina Wübbeke, Bayerisches Landesamt für Statistik



Christian Globisch



Dr. Christina Wübbeke

Zu den Personen:

Christian Globisch hat nach seinem Abschluss als Diplom-Kaufmann an der Universität Erlangen-Nürnberg im Jahre 2008 als Referent im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung in München angefangen und war fünf Jahre lang für die Durchführung des Zensus 2011 in Bayern zuständig. Im Anschluss widmete er sich als Referent der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013. Seit 1. Januar 2015 leitet er im Bayerischen Landesamt für Statistik das Sachgebiet 45 „Freiwillige Haushaltsbefragungen und Rechtspflege“

Christina Wübbeke arbeitete nach ihrem Abschluss als Diplom-Sozialwirtin zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für empirische Soziologie (IfeS) in Nürnberg. 2004 promovierte sie. Von 2004 bis 2015 war sie am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) überwiegend im Forschungsbereich „Erwerbslosigkeit und Teilhabe“ tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte lagen auf den Arbeitsmarktperspektiven Älterer und auf Fragen der Alterssicherung. Seit 2015 arbeitet sie als Referentin im Bayerischen Landesamt für Statistik im Sachgebiet 45 „Freiwillige Haushaltsbefragungen und Rechtspflege“.

Abstract:

Eine besondere Stärke der beiden amtlichen Erhebungen „EU-SILC“ und „EVS“ besteht darin, dass sie Armutsanalysen über den Aspekt der Einkommensarmut hinaus ermöglichen. Dabei bilden beide Befragungen jeweils unterschiedliche Facetten der Armut ab und unterscheiden sich auch in Design und Methoden deutlich voneinander:

EU-SILC – die „European Union Statistics on Income and Living Conditions“

- erlaubt einen multidimensionalen Ansatz der Armutsmessung. Erfasst sind:
 - Einkommen (sehr detailliert),
 - materielle Deprivation,
 - Wohnsituation und Wohnumgebung,
 - Gesundheit und Zugang zum Gesundheitswesen,
 - Bildung und
 - Arbeitsmarktbeteiligung.
- bildet eine wichtige Grundlage für die Sozialberichterstattung und für sozialpolitische Entscheidungen auf nationaler und EU-Ebene.
- dient insbesondere der Überprüfung des Fortschritts der EU-Mitgliedstaaten im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung (ein Kernziel der Europa-2020-Strategie).
- wird in Deutschland als jährliche (rotierende) Panelbefragung privater Haushalte durchgeführt.
- basiert auf einer Netto-Zufallsstichprobe von rund 13 000 freiwillig teilnehmenden Haushalten in Deutschland.

Die EVS – die „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“

- ist die wichtigste Datenquelle für Analysen der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Deutschland.
- erlaubt sowohl eine direkte als auch eine indirekte Messung der materiellen Armut.
- bildet die Basis für die Berechnung des Regelbedarfs in der Grundsicherung und für die Ermitt-

lung des Wägungsschemas des Verbraucherpreisindex.

- wird in Deutschland alle fünf Jahre als Querschnitterhebung durchgeführt
- verlangt von den freiwillig teilnehmenden Haushalten u. a., ihre Einnahmen und Ausgaben über ein Quartal hinweg detailliert in einem Haushaltsbuch festzuhalten.
- basiert auf einer Netto-Quotenstichprobe von rund 60 000 Haushalten in Deutschland und ist damit die größte Erhebung dieser Art innerhalb der EU.

Beide Datensätze stehen der Wissenschaft über das Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Verfügung.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „EU-SILC und EVS: reichhaltige Daten für die Armutsforschung“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/globisch+wübbeke_eu-silc+evs.pdf



EU-SILC: Analysepotenziale für die Armutsforschung

► EU-SILC: "European Union Statistics on Income and Living Conditions"

► Primärer Zweck der Erhebung: Erfassung von Armut

- Ziel: EU-weit harmonisierte Daten zu Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union (EU)
 - Zur Überprüfung des Fortschritts der EU-Staaten bei der Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung ("Europa 2020"-Strategie)
 - Künftig von Bedeutung für die Verteilung der Mittel aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds)
- Förderperiode 2014-2020: Zuweisung von 27,5 Mrd. € an Deutschland
- Wichtige Datenquelle auch der nationalen Sozialberichterstattung

3

EVS: Analysepotenziale für die Armutsforschung

► EVS: "Einkommens- und Verbrauchsstichprobe"

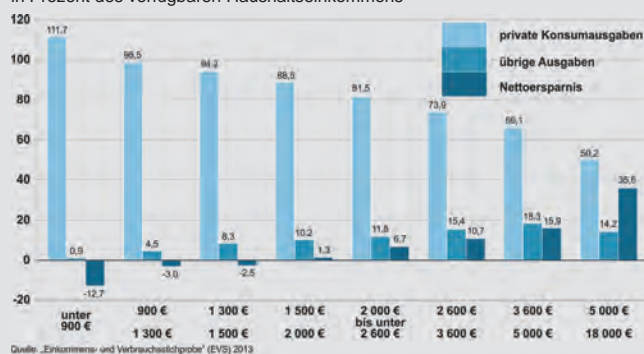
► Wichtigste Datenquelle für Analysen der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Deutschland

- Kernstück "Haushaltsbuch"
 - Haushalte führen ein Quartal lang detailliert Buch über ihre Einnahmen und Ausgaben.
- Zusätzliche Erhebungsteile umfassen:
 - Wohnsituation
 - Ausstattung des Haushalts mit langlebigen Gebrauchsgütern
 - Vermögen und Schulden
 - Käufe von Nahrungsmitteln, Getränke und Tabakwaren im Detail

14

EVS: Ausgewählte Inhalte

Einkommensverwendung Alleinlebender in Deutschland 2013 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen in Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens



19

PASS – Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“

Prof. Mark Trappmann, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Otto-Friedrich-Universität Bamberg



Prof. Mark Trappmann

Zur Person:

Mark Trappmann, Prof. Dr., leitet seit 2007 den Forschungsbereich „Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ und die gleichnamige Längsschnitterhebung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Zudem ist er seit 2012 Professor für Soziologie, insbesondere Survey-Methodologie, an der Universität Bamberg.

Abstract:

Mit dem „Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS) baut das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) einen neuen Datensatz für die Arbeitsmarkt-, Sozialstaats- und Armutsforschung in Deutschland auf, der eine neue empirische Grundlage für Wissenschaft und Politikberatung schafft. Die Studie ist im Rahmen der SGB-II-Forschung am IAB angesiedelt, deren gesetzlicher Auftrag es ist, die Wirkungen der Leistungen zur Eingliederung und der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts des SGB II zu untersuchen. Sie erlaubt jedoch aufgrund des komplexen Stichprobendesigns auch die Beantwortung von Fragen, die über diesen Rahmen weit hinausgehen. Durch seine hohen Fallzahlen und die jährliche Periodizität ist PASS eine neue zentrale Quelle für die Untersuchung des Arbeitsmarkts, der Armut und der Situation von SGB-II-Leistungsempfängern in Deutschland. Zentrale Fragestellungen, die mit dem Panel beantwortet werden können sind:

- Welche Wege führen aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II?
- Wie verändert sich die soziale und wirtschaftliche Lage der Haushalte im Leistungsbezug?
- Wie entwickeln sich Bewältigungsprozesse und Handlungsorientierungen betroffener Personen?
- Wie gestalten sich Kontakte zu den Trägern der Grundsicherung und wie sieht die institutionelle Handlungspraxis aus?

Aber auch über den Kernbereich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit hinaus bietet das PASS ein breites Fragenspektrum, das z. B. auch zahlreiche soziodemographische Merkmale oder subjektive Indikatoren (wie Zufriedenheit, Ängste und Sorgen, Erwerbsorientierung) beinhaltet.

Darüber hinaus steht PASS als eine mit administrativen Daten verknüpfte Version zur Verfügung: PASS-ADIAB. Damit können die Befragungsdaten gemeinsam mit den für die PASS-Teilnehmer verfügbaren administrativen Daten analysiert werden. Beide Datensätze sind für externe Wissenschaftler über das Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zugänglich.

Ausgewählte Folien zum Vortrag
„PASS – Panel „Arbeitsmarkt
und soziale Sicherung““.

Die komplette Präsentation
finden Sie unter
[www.statistik.bayern.de/
medien/wichtigethemen/
trappmann_pass.pdf](http://www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/trappmann_pass.pdf)



Hintergrund

- Hartz-Reformen, 4. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz-IV“), Sozialgesetzbuch zweites Buch (SGB II), seit Januar 2005 in Kraft
- Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zu einer Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II)
- IAB hat gesetzlichen Auftrag zur Wirkungsforschung (§55 SGB II)
- PASS wurde als Teil dieser Forschung ab 2006 aufgebaut
- Anspruch: Zwar auf spezifische gesetzliche Lage fokussieren, aber Einbettung in breiteren Kontext der Arbeitsmarkt-, Sozialstaats- und Armutsforschung

3

Studiendesign

- Fokussierung auf Dynamik: Jährliche Befragung von Haushalten seit 2007 (derzeit 10. Welle im Feld)
- Bedarfsgemeinschafts- bzw. Haushaltskontext: In jedem Haushalt Interviews mit allen Personen ab 15 Jahren
- Ausreichende Fallzahlen für Analyse von Subgruppen (Aufstocker, U25, Alleinerziehende, Migranten)
- Mixed-Mode Befragung (CAPI/CATI)
- Erhebungsinstrumente: Deutsch, Russisch, Türkisch (bis W9) und Arabisch (ab W10)
- Verknüpfung mit administrativen Daten des IAB
- Grundgesamtheit der Studie nicht allein auf ALG II Leistungsempfänger beschränkt, auch Stichprobe der Wohnbevölkerung

9

Verfügbare Daten

- Befragungsdaten als Scientific Use File (SUF) für Nutzer an nicht-kommerziellen Forschungseinrichtungen verfügbar (faktisch anonymisiert)
 - Derzeit Welle 8 (2014) verfügbar
 - Welle 9 erscheint voraussichtlich im November
- PASSadIAB: Datenzugang über Gastaufenthalte im FDZ und anschließende Datenfernverarbeitung
 - Verknüpfung mit administrativen Daten der BA: Variablenkranz des SIAB (Erwerbshistorien, Betriebsinformationen, Leistungsbezug)
 - Derzeit bis Welle 8 (2014) verfügbar
 - administrative Daten umfassen Zeitraum 1975-2014
 - Standorte Nürnberg, Berlin, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Mannheim, Hannover, Ann Arbor, Cornell, Berkeley, Los Angeles, University of Essex, Harvard, Princeton

17

Verwaltungsdatennutzung in der wissenschaftlichen Armutsforschung: Stichprobe integrierter Grundsicherungsbiografien

Dr. Kerstin Bruckmeier und Dr. Torsten Lietzmann, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung



Dr. Torsten Lietzmann (Vortragender)

Zu den Personen:

Kerstin Bruckmeier studierte von 1998 bis 2004 Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Von 2004 bis 2014 war sie am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) als wissenschaftliche Mitarbeiterin beschäftigt. Zwischen 2012 und 2015 war sie zudem als Post-Doc am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Public Management des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) tätig, wo sie 2012 ihre Promotion abschloss. Seit 2015 leitet sie die Forschungsgruppe Dynamik in der Grundsicherung am IAB. Zu ihren Forschungsthemen gehören Inanspruchnahme von Sozialleistungen und Bewegungen im Sozialleistungsbezug sowie Anreiz- und Verteilungswirkungen sozialrechtlicher Regelungen.

Torsten Lietzmann studierte von 1998 bis 2004 Soziologie mit Schwerpunkt empirische Sozialforschung an der Universität Bamberg und war anschließend bis 2008 bei TNS Emnid (Bielefeld) in der Marktforschung tätig. Seit Mai 2008 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im IAB in der Forschungsgruppe „Dynamik in der Grundsicherung“. Er schloss im Jahr 2014 seine Promotion an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg ab. Seine Forschungsschwerpunkte sind die dynamische Armuts- und Leistungsbezugsforschung sowie geschlechtsspezifische Muster von Leistungsbezug und Erwerbstätigkeit.

Abstract:

Mit der Umsetzung des vierten Bausteins der umfassendsten Arbeitsmarktreformen der letzten Jahrzehnte in Deutschland, der sog. Hartz-IV-Reform, im Jahr 2005 hat sich das soziale Sicherungssystem in Deutschland grundlegend gewandelt. Durch die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe zur bedarfsgeprüften Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II wurde der Übergang von einem drei- zu einem zweigliedrigen sozialen Sicherungssystem besiegelt. Neben den aktivierenden Elementen v. a. aus dem Bereich der Arbeitsförderung ist das neue Mindestsicherungssystem das zentrale Element in der staatlich organisierten Armutsbekämpfung. Die passiven Leistungen der Grundsicherung sollen ein Leben unterhalb des gesetzlich definierten soziokulturellen Existenzminimums verhindern. Seit seiner Einführung im Jahr 2005 unterstützte die Grundsicherung über 16 Millionen Menschen.

Mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhielt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) den gesetzlichen Auftrag, dessen Wirkungen regelmäßig und zeitnah zu untersuchen. Eine der zentralen Herausforderungen für das neue Forschungsfeld war der Aufbau von Datensätzen aus den Verwaltungsdaten zum Leistungsbezug mit dem Ziel eine geeignete Datenbasis für die wissenschaftliche Sozialleistungs-forschung zu erschaffen. Mittlerweile stehen erstmalig in Deutschland umfangreiche Individualdaten aus der amtlichen Sozialverwaltung als Längsschnittdaten zur Erforschung der Dauer von Grundsicherungsleistungen zur Verfügung. Das IAB plant diese Daten externen Forscherinnen und Forschern über das Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im IAB unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Normen zugänglich zu machen. Dazu wurden am IAB die Integrierten Grundsicherungsbiografien entwickelt. Die Integrierten Grundsicherungsbiografien SGB II bestehen aus Daten zum Leistungsbezug nach SGB II von Personen und ihren Haushalten. Zusätzlich werden

personenbezogene Informationen zu Erwerbstätigkeit, Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Arbeitsuche und Arbeitslosengeld-I-Bezug aus anderen IAB-Datenprodukten hinzugespielt. Die Daten werden als 10%-Stichprobe der historisierten Daten zu Leistungsbeziehern und ihren Haushalten für die Forschungs- und Leistungsbezugsforschung zeichnet sich der Datensatz durch hohe Fallzahlen sowie umfassende und genaue Informationen zu Haushaltskontext, Leistungsbezug, Erwerbstätigkeit und Maßnahmenteilnahme in einer Verlaufsperspektive aus. In diesem Beitrag wird nach einer Übersicht über die Datengrundlage und die Zugangsmöglichkeiten das Analysepotential beispielhaft anhand einiger ausgewählter Fragestellungen aufgezeigt.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Verwaltungsdatennutzung in der wissenschaftlichen Armutsforschung: Stichprobe integrierter Grundsicherungsbiografien“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/bruckmeier_lietzmann.pdf



Grundsicherung für Arbeitsuchende



- Mit der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II werden erwerbsfähige Hilfebedürftigen und ihren Familien unterstützt, wenn sie das gesetzlich festgelegte Existenzminimum nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können.
- In den ersten zehn Jahren seit Einführung der Grundsicherung bis Ende 2014 empfingen insgesamt 16,65 Millionen Personen zumindest zeitweilig Leistungen.
- 2014 waren im Jahresdurchschnitt ca. 6,1 Mio. Personen – etwa 9,5 Prozent der Bevölkerung bis zur Regelaltersgrenze – im Leistungsbezug.
- Bedeutendste Leistung innerhalb der bedarfsgeprüften Sozialleistungen.
- Amtliche Daten zur Grundsicherung bilden einen Teil des Niedrigeinkommensbereichs in Deutschland und der dahinterliegenden Strukturen und Prozesse ab.

2

Abgrenzung zu anderen Datenprodukten



Prozessdaten

Vorteile gegenüber Befragungsdaten (SOEP, PASS)

- höhere Fallzahlen
- präzisere Zeitrauminformationen
- keine Non-Response-Ausfälle
- keine Panel-Attrition
- Generelle Einschränkungen
- abhängig von administrativen Erfassungs- und Übertragungssystemen
- Eingeschränktes Merkmalspektrum
- Lieferausfälle einzelner Grundsicherungsträger

Integrierte Grundsicherungsbiografien

Abgrenzung zu anderen IAB-Prozessdaten

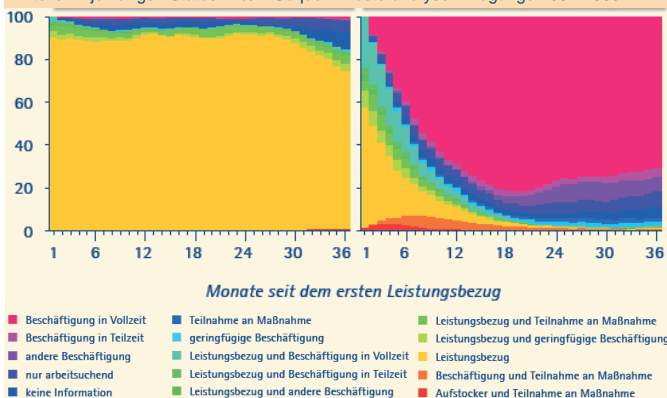
- im Gegensatz zu den integrierten Erwerbsbiografien (IEB):
 - alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft enthalten
 - liefert detaillierte Informationen zum Haushaltskontext
- im Gegensatz zur Leistungshistorik Grundsicherung (LHG):
 - Verknüpfung mit Informationen zu Erwerbstätigkeit, Maßnahmenteilnahme und Arbeitsuche
 - Bereitstellung für externe Forscher/innen

7

Erwerbsbiografien von Grundsicherungsempfängern



Verlauf in den ersten drei Jahren nach erstem Zugang in den Leistungsbezug
Anteile im jeweiligen Status in % – Sequenzmusteranalyse – Zugänge 2007-2009



Titel der Folie

10

SHARE – The Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe

Dr. Julie Korbmacher, Munich Center for the Economics of Aging,
Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik



Dr. Julie Korbmacher

Zur Person:

Julie Korbmacher arbeitet seit 2008 für die zentrale Koordination des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE), erst am Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel und seit 2011 am Munich Center for the Economics of Aging (MEA) des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik. Seit Oktober 2014 leitet sie die Abteilung 'SHARE Research Projects', welche verschiedene Zusatzprojekte wie die Verknüpfung der Umfragedaten mit administrativen Daten oder die Erhebung biometrischer Daten des SHARE koordiniert. Ihr Forschungsinteresse liegt hauptsächlich in methodologischen Fragestellungen, zum Beispiel zu Interviewer-Effekten und Datenqualität. Dabei steht der Einfluss der Interviewer auf die Entscheidung der Zielpersonen, an der Befragung bzw. bestimmten Zusatzprojekten innerhalb der Befragung teilzunehmen, im Vordergrund. Ihr Studium der Sozialwissenschaften absolvierte sie 2008 an der Universität Mannheim. 2014 beendete sie ihre Promotion im Fach Statistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Abstract:

Der Beitrag stellt den Datensatz SHARE vor und zeigt dessen Potential zur Messung von Armut und Einkommensungleichheit auf. Der Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) ist eine multidisziplinäre Längsschnitt-

studie zur Erforschung sozialer, wirtschaftlicher und gesundheitlicher Lagen alternder Menschen in Europa. Er wurde erstmals 2004 als repräsentative Befragung der Bevölkerung in der Altersgruppe 50plus in 11 europäischen Ländern erhoben. Mittlerweile stehen Daten aus 20 europäischen Ländern und Israel zur Verfügung und es wurden rund 123 000 Menschen in mehr als 293 000 Interviews befragt. Die aufbereiteten Daten und deren Dokumentation stehen weltweit allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern kostenfrei zur Verfügung. SHARE ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Pfeiler des Europäischen Forschungsraums geworden.

Von besonderer Bedeutung für die Erforschung von Einkommensungleichheit und Armut stellt das Projekt SHARE-RV dar, welches die Umfragedaten der deutschen Teilstichprobe mit ausgewählten administrativen Daten der Deutschen Rentenversicherung direkt verknüpft. Durch diese Verknüpfung entsteht ein umfassender Datensatz, der zusätzlich zu den sehr detaillierten Umfragedaten auch amtliche Prozessdaten derselben Person enthält. Diese Prozessdaten sind besonders interessant für die Messung von Armutsrisiken, da sie die komplette Erwerbshistorie der Befragten monatsgenau abbilden. Durch die Verknüpfung mit SHARE, können diese detaillierten Informationen im Haushaltskontext betrachtet und um wichtige biographische Lebensereignisse erweitert werden.

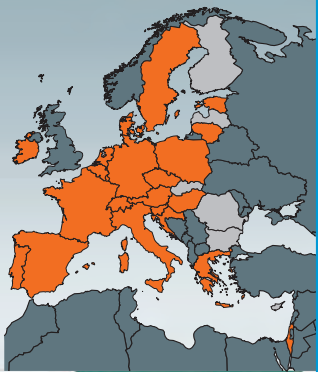
Ausgewählte Folien zum Vortrag
„SHARE – The Survey of Health,
Ageing and Retirement in
Europe“.


Die komplette Präsentation
finden Sie unter
[www.statistik.bayern.de/
medien/wichtigethemen/
korbmacher_share.pdf](http://www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/korbmacher_share.pdf)




Die Umfrage

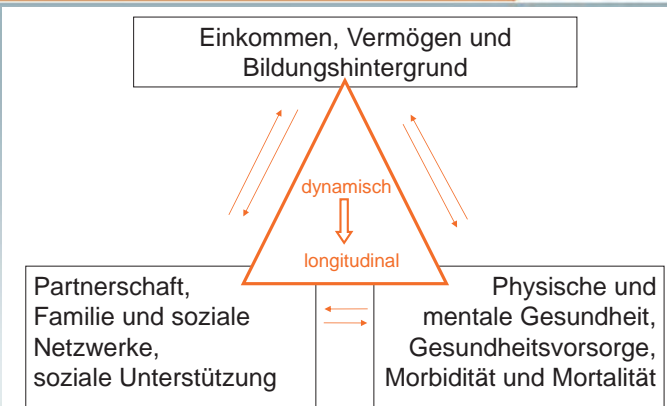
- Länderübergreifend: 20 Europäische Länder + Israel
- Multidisziplinär
- Panelstudie: Befragung alle 2 Jahre (seit 2004)
- Personen über 50 Jahre + Partner im gleichen Haushalt
- Bisher 5 Wellen verfügbar
 - 4 prospektiv:
 - 1 retrospektiv (SHARELIFE)









Das ganze Bild des Alterns erfassen







Datenzugang

Alle Daten sind für Wissenschaftler frei zugänglich:

- SHARE: www.share-eric.eu
- SHARE-RV: <http://www.share-eric.eu/data-access-documentation/record-linkage-share-rv.html>





Arbeitsmarktvermittelte Abgänge aus dem SGB II

Jonas Beste und Prof. Mark Trappmann, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung



Jonas Beste (Vortragender)

Zur Person:

Jonas Beste ist seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Bereich der Panelstudie „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS). Von 2002 bis 2006 studierte er Sozialwissenschaften (B.A.) an der Universität Siegen und von 2006 bis 2008 Sozialwissenschaften (M.A.) an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Armuts- und Einkommensforschung sowie der Survey Methodologie.

Mark Trappmann, Prof. Dr., leitet seit 2007 den Forschungsbereich „Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ und die gleichnamige Längsschnitterhebung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Zudem ist er seit 2012 Professor für Soziologie, insbesondere Survey-Methodologie, an der Universität Bamberg.

Abstract:

Veränderungen in der Erwerbssituation einer Person haben eine zentrale Bedeutung für Abgänge aus dem SGB-II-Leistungsbezug. Auf der Grundlage der Panelerhebung „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS), wird in dieser Studie untersucht, welche Faktoren mit Abgängen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende in eine Erwerbstätigkeit assoziiert sind. Hierbei wird ins-

besondere die Prävalenz von multiplen Vermittlungshemmnissen und deren Einfluss auf die Abgangschancen betrachtet. Zu den relevanten Arbeitsmarkthemmnissen zählen fehlende Schul- und Berufsabschlüsse, gesundheitliche Einschränkungen, geringe Deutschkenntnisse, ein höheres Lebensalter, Betreuungspflichten gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen und der Langzeitbezug von Grundsicherungsleistungen. Zudem weist die Mehrheit der Grundsicherungsempfängerinnen und -empfänger gleich mehrere dieser Hemmnisse auf. Diese Kombination aus der hohen Prävalenz multipler Hemmnisse mit sehr geringen Abgangschancen für Personen, die viele Hemmnisse auf sich vereinen, ist eine Erklärung für die vergleichsweise geringe Dynamik im SGB II. Die Analyse lehnt sich stark an die Arbeit von Achatz und Trappmann (2011) an, erweitert diese aber an einigen Punkten aufgrund der in Folge der Verfügbarkeit von inzwischen acht Erhebungswellen besseren Datenlage.

Ausgewählte Folien zum Vortrag
„Arbeitsmarktvermittelte Abgänge aus dem SGB II“.

Die komplette Präsentation steht zu einem späteren Zeitpunkt zu Verfügung.

Abgänge aus der Grundsicherung

- Nach einem Jahr gelingt etwa einem Viertel der Ausstieg (PASS)
- Dabei steht einem sehr dynamischen Segment eine große Gruppe dauerhafter Leistungsbezieher gegenüber
- Etwa zwei Drittel der erwerbsfähigen Grundsicherungsbezieher sind Langzeitleistungsbezieher (Statistik der BA 2016)
- Etwas weniger als die Hälfte der Abgänge (Personen) in sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit (PASS)
- Bei Jüngeren (U25) Übergänge in Ausbildung/ Studium.
- Bei Älteren (Ü55) Übergänge in Rente

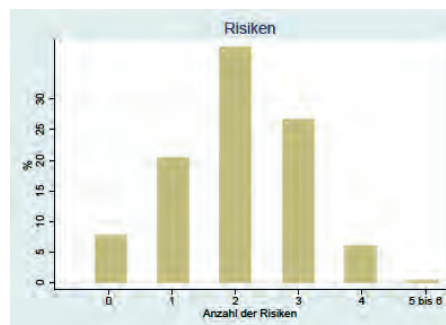
1

Hemmnisse bei Übergängen in bedarfsdeckende Erwerbstätigkeit

- höheres Alter (ab 51 Jahren),
- gesundheitliche Einschränkungen,
- Langzeitleistungsbezug,
- Mutter sein,
- fehlende Ausbildungsabschlüsse und
- Sprachdefizite

2

Kumulation von Hemmnissen bei Grundsicherungsempfängern



3

Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das regionale Lohnniveau

Prof. Uwe Blien und Dr. Katja Wolf, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Prof. Jan Mutl, EBS Universität für Wirtschaft und Recht



Prof. Uwe Blien (Vortragender)

Zu den Personen:

Uwe Blien beendete 1980 sein Studium der Volkswirtschaftslehre und Soziologie mit dem Diplom. 1986 promovierte er zum Doktor der Wirtschaftswissenschaft an der Universität Regensburg. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Regensburg sowie am Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim. 1999 habilitierte er für Volkswirtschaftslehre an der Universität Kaiserslautern. 1990 begann er seine Tätigkeit für das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Seit 2002 ist er Leiter des Forschungsbereichs „Regionale Arbeitsmärkte“. Seit 2008 ist er außerdem Professor an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Von 2010 bis 2014 war er erster Vorsitzender der „Gesellschaft für Regionalforschung“ (GfR), der deutschsprachigen Sektion der European Regional Science Association (ERSA). Seine aktuellen Forschungsinteressen gelten u. a. der regionalen Lohnentwicklung, der regionalen Evaluation von Arbeitsmarktpolitik und den Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die regionale Beschäftigung.

Katja Wolf studierte von 1992 bis 1998 Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg (Dipl.-Volkswirtin). 1999/2000 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im IAB im Arbeitsbereich „Statistische Analysen und regionale Arbeitsmarktfor-

schung“. In den Jahren 2002–2004 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie der Universität Erlangen-Nürnberg. Seit Abschluss ihrer Promotion im März 2004 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im IAB. Ihre aktuellen Forschungsinteressen sind u. a. Evaluation von Arbeitsmarktpolitik und regionale Lohnentwicklung.

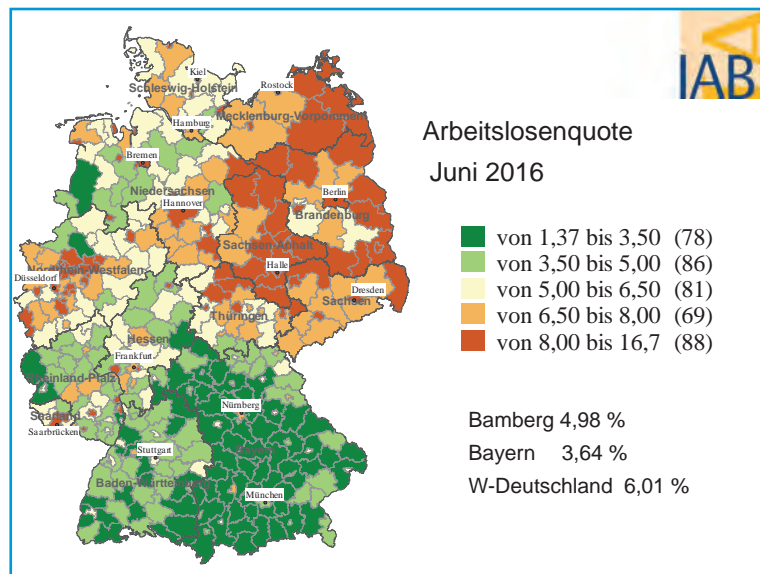
Jan Mutl, Prof. PhD, lehrt und forscht seit 2011 im Bereich Immobilienökonomie an der EBS Business School. Er ist seit Januar 2015 Leiter des Real Estate Management Institutes (REMI) der EBS Business School. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der empirischen Wirtschaftsforschung insbesondere mit Immobilienbezug, sowie in theoretischer Ökonometrie, wo er an statistischen Methoden für Raum-, Zeit- und Panel-datenmodelle arbeitet.

Abstract:

Für die regionalen Arbeitsmärkte der Bundesrepublik Deutschland sind große Lohnunterschiede maßgeblich, die bis zu 100% erreichen. Für diese Unterschiede gibt es eine Reihe von Gründen, die unter anderem mit der Qualifikations-, der Betriebsgrößen- und der Industriestruktur in Verbindung stehen. Darüber hinaus gibt es Effekte der regionalen Arbeitslosigkeit, die ebenfalls zu den regionalen Lohndifferenzen beitragen. Im Westen der Republik führt eine Verdoppelung der regionalen Arbeitslosigkeit zu 4% bis 5% weniger Lohn. Dieser Unterschied besteht fort auch bei Kontrolle (oder „Herausrechnung“) vieler individueller und betrieblicher Merkmale. Er führt dazu, dass durch Arbeitslosigkeit benachteiligte Regionen ein zweites Mal negativ betroffen werden, denn in ihnen ist auch das Lohnniveau niedriger.

Ausgewählte Folien zum Vortrag
„Auswirkungen von Arbeitslosigkeit
auf das regionale Lohnniveau“.

Die komplette Präsentation
finden Sie unter
[www.statistik.bayern.de/
medien/wichtigethemen/
lohnk163.pdf](http://www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/lohnk163.pdf)



Zur Bedeutung eines möglichen Zusammenhangs von Arbeitslosigkeit und Entlohnung

- Die Ansprüche der Arbeitskräfte an das Sozialprodukt werden beschränkt: „Übermäßige“ Lohnforderungen haben Arbeitslosigkeit zur Konsequenz.
- Auf regionaler Ebene sind Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit ein zweites Mal durch relativ niedrige Löhne negativ betroffen.
- Dementsprechend sind die Erwerbsaussichten von Arbeitskräften in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit zusätzlich durch niedrige Löhne beschränkt.
- Diese Zusammenhänge setzen Rahmenbedingungen für die Politik.

6

Schlussfolgerungen

- Die Existenz der „Lohnkurve“ ist ein wesentliches Element der sozialen Ungleichheit in Deutschland und in anderen Ländern: Zwei wesentliche Dimensionen regionaler Ungleichheit sind miteinander verknüpft.
- Reine Analysen auf der Makroebene ignorieren dieses Problem.
- Lohnanstiege werden begrenzt durch die Entstehung von Arbeitslosigkeit.

18

Konsum und Teilhabe von Älteren

Markus Holler, Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie



Markus Holler

lung der materiellen Teilhabemöglichkeiten bzw. der materiellen Teilhabe im Zeitverlauf.

Zur Person:

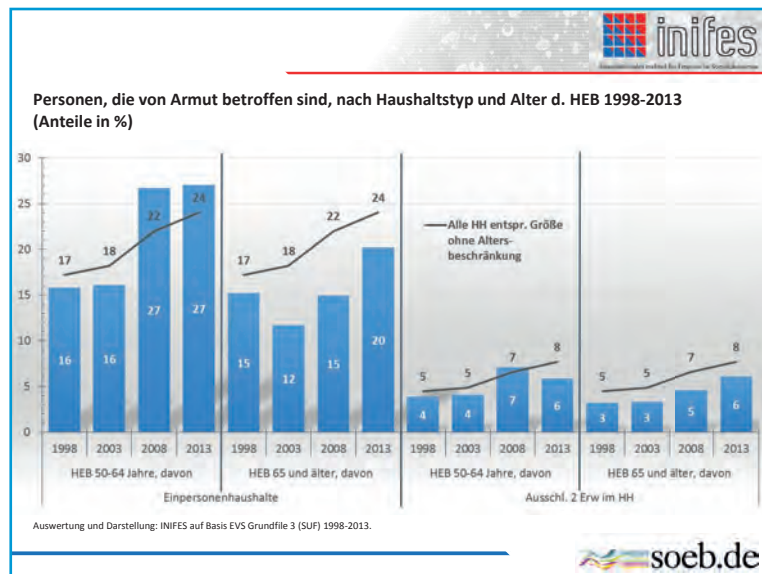
Markus Holler, M. A., studierte Soziologie und ist seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES). Im Rahmen seiner Tätigkeit war er an verschiedenen Projekten der Sozial- und Armutsberichterstattung beteiligt und u. a. mit der Auswertung amtlicher Mikrodaten betraut. Weitere Arbeitsgebiete von Herrn Holler sind die Themengebiete Arbeitsbedingungen und Ältere.

Abstract:

Neben Konzepten der indirekten Armutsmessung, die monetäre Ressourcen und darunter vor allem das Einkommen in den Fokus der Untersuchung stellen, sind auch das Vermögen sowie die direkte Messung der Ressourcenverwendung von Bedeutung für die Analyse von materieller Teilhabe. In einem Teilvorhaben des aktuell noch laufenden, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten dritten Berichts zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland (soeb 3), wird auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamtes 1998–2013 die Ressourcenausstattung (Einkommen und Vermögen) und Ressourcenverwendung von Haushalten untersucht, deren Haupteinkommen von Personen ab 50 Jahren bezogen wird. Dargestellt werden Unterschiede zwischen soziodemographischen Gruppen und die Entwick-

Ausgewählte Folien zum Vortrag
„Konsum und Teilhabe von
Älteren“.

Die komplette Präsentation
finden Sie unter
[www.statistik.bayern.de/
medien/wichtigethemen/
holler_konsum_und_teilhabe_
von_Aelteren.pdf](http://www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/holler_konsum_und_teilhabe_von_Aelteren.pdf)



Zusammenfassung 1/2

- Keine generell überdurchschnittliche Armutsquote von Älteren (aber: demografisch wachsende Gruppe)
- Ausnahme: 50-64-Jährige Einpersonenhaushalte (ab 2008)
- Altersarmut (und Armut insgesamt) ist gestiegen (v.a. 2003-2008)
 - 50-64-Jährige und ab 65-Jährige Einpersonenhaushalte mit ungünstiger Einkommensentwicklung
 - 50-64-Jährige Ein- und Zweipersonenhaushalte mit ungünstiger Vermögensentwicklung (relativ und preisbereinigt)
 - Zweipersonenhaushalte mit HEB ab 65 Jahren weniger betroffen
 - Leichte Tendenz zu abnehmender Schutzfunktion des Haushalts
- Risikogruppe Arbeitslose (50-64 Jahre)
- Risikogruppe Ruhestand im Alter 50-64 Jahre

Zusammenfassung 2/2

- Sparquoten bei ab 65-Jährigen HEB seit 2003 ↓ (zunehmendes Entsparen)
- 50-64-Jährige Einpersonenhaushalte: Konsum- u. Sparquote recht stabil, aber ungünstige Einkommensentwicklung
- 50-64-Jährige Zweipersonenhaushalte: Konsumquote ↓ Sparquote ↗
- Grundbedürfnisse und Ausgaben für soziale Teilhabe: v.a. bei 50-64-Jährigen Einpersonenhaushalten Einschränkungen der Teilhabemöglichkeiten
- Einzelne Konsumverwendungszwecke:
 - große Bedeutung der Wohnkosten
 - Arbeitslose und HEB im Ruhestand von 50-64:
 - deutliche Einschränkungen bei sozialer Teilhabe v.a. seit 2003
 - steigender Anteil v.a. bei Wohnkosten und Nahrungsmitteln v.a. seit 2003

**Risikofaktoren für und Schutzmechanismen gegen eine niedrige Rente im Alter.
Empirische Analysen auf der Grundlage abgeschlossener Versicherungsbiographien**
PD Dr. Martin Brüssig und Lina Zink, Institut Arbeit und Qualifikation



Lina Zink (Vortragende)

Zu den Personen:

Martin Brüssig, Dipl. Soziologie, Dr. phil., Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Universität Duisburg-Essen, leitet dort die Forschungsabteilung „Arbeitsmarkt – Mobilität – Integration“. Forschungsschwerpunkte: Alterserwerbstätigkeit, Arbeitsmarktpolitik, Soziale Sicherung.

Lina Zink, M.A. Soziologie und Geschichte, Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Universität Duisburg-Essen, Mitarbeiterin in der Forschungsabteilung „Arbeitsmarkt – Mobilität – Integration“. Forschungsschwerpunkte: Alterssicherung und Arbeitsmarktpolitik.

Abstract:

Die Rentenreformen der vergangenen beiden Jahrzehnte, der Strukturwandel auf Arbeitsmärkten und veränderte Erwerbsbiografien haben Diskussionen über die Leistungsfähigkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung befördert. Die aktuellen Diskussionen berücksichtigen jedoch zu wenig, welche Versicherungsverläufe konkret zu niedrigen Rentenansprüchen geführt haben. Für die sozialpolitische Diskussion ist es aber von erheblicher Bedeutung, ob niedrige Renten etwa aufgrund von langjähriger Teilzeittätigkeit mit guten Stundenlöhnen, aufgrund langjähriger Vollzeittätigkeit im Niedriglohnbereich oder aufgrund von Einkommenslücken entstanden sind. Für die sozialwissenschaftliche Diskussion

sind Fragen zur Mobilität im Erwerbsverlauf und zur Dauerhaftigkeit von Erwerbsunterbrechungen bzw. von Phasen mit niedrigen bzw. unstetigen Erwerbseinkommen von großem Interesse.

Der Vortrag stellt Ergebnisse aus einem laufenden Projekt vor, in dem Erwerbsverläufe von Männern und Frauen mit niedrigen Altersrenten untersucht werden. Besonderes Gewicht liegt auf einer möglichst genauen Betrachtung der drei für den Rentenanspruch maßgeblichen Komponenten „Versicherungsdauer“, „Erwerbseinkommen“ und „Arbeitszeit“.

Die Ergebnisse beruhen auf einer außerordentlich reichhaltigen Datengrundlage (BASiD 2007), die der Wissenschaft seit Anfang 2012 zur Verfügung steht. Gegenüber anderen Datensätzen zeichnet sich BASiD durch ein erweitertes Merkmalspektrum hinsichtlich erwerbsverlaufsbezogener Risiken sowie durch die für Sozialdaten typische hohe Genauigkeit der erfassten Merkmale und große Fallzahl von Versicherungsverläufen aus.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Risikofaktoren für und Schutzmechanismen gegen eine niedrige Rente im Alter. Empirische Analysen auf der Grundlage abgeschlossener Versicherungsbiographien“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/brussig+zink_niedrige_rente_im_alter.pdf



UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Offen im Denken

IAQ

Fragen

- Projektfragen:
 - Wer ist (nicht) vor niedrigen Renten geschützt?
 - Was sind Determinanten von niedrigen Renten trotz vieljähriger Versicherung?
 - Welche Versicherungsverläufe führen in niedrige Renten?
- Heute:
 - Welche Risikofaktoren für und Schutzmechanismen gegen eine niedrige Altersrente sind zu identifizieren?
 - Was ist daraus für die Verhinderung niedriger Renten abzuleiten?

5



UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Offen im Denken

IAQ

Fazit

- Der grundsätzlichen Logik der GRV folgend, sind Zeiten in der Rentenversicherung risikosenkend. Allerdings ist die Schutzwirkung einiger Zustände - vor allem von Alg II/Alhi – nicht ausreichend.
- Die Verhinderung früher Renteneintritte durch Abschläge funktioniert bei Beziehenden (dann) niedriger Renten nicht.
- Faktoren der Erwerbstätigkeit (Arbeitszeit/Einkommen) sind wichtige Ansatzpunkte zur Verhinderung niedriger Renten, die nicht das Rentenrecht betreffen.
- Beziehende niedriger Renten sind nicht vornehmlich erwerbsferne Personen.
- Hinter niedrigen Renten stehende Rentenbiographien sind verschieden. Eine Lösung für alle ist nicht möglich.

16

Der Anstieg von Armut in Deutschland

Dr. Andreas Haupt und Prof. Gerd Nollmann, Karlsruher Institut für Technologie



Dr. Andreas Haupt



Prof. Gerd Nollmann

Zu den Personen:

Andreas Haupt, Dr. phil., geb. 1983, Studium der Soziologie, Philosophie und Linguistik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit 2008 akademischer Mitarbeiter am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Promotion 2014 am KIT. Seit 2015 Leiter der Nachwuchsgruppe „Economic Inequality and Labor Markets“ am KIT. Forschungsschwerpunkte: Armut und Reichtum, Lohnungleichheit und Berufe, Experimentelle Spieltheorie.

Gerd Nollmann, Prof. Dr. phil., geb. 1967, Bankkaufmann, Studium der Sozialwissenschaften und Philosophie 1991–1996, Promotion 1996, Lektor und Programmleiter Westdeutscher Verlag/Gabler/Deutscher Universitäts-Verlag 1996–2000, Marketing- und Vertriebsleiter Vandenhoeck & Ruprecht 2000–2001, derzeit Professor für Soziologie am Karlsruher Institut für Technologie. Forschungsschwerpunkte: Sozialstrukturanalyse, Einkommensungleichheit, Arbeits- und Finanzmarktsoziologie.

Abstract:

Seit den 1990er Jahren ist die Armutsrisikoquote in Deutschland deutlich gestiegen. Wir diskutieren, wie dieser Anstieg erklärt werden kann, und zeigen, dass die Erklärung erhöhter Armutsrisikquoten Veränderungen ökonomischer Lagen und veränderte Populationshäufigkeiten von Haushalts-

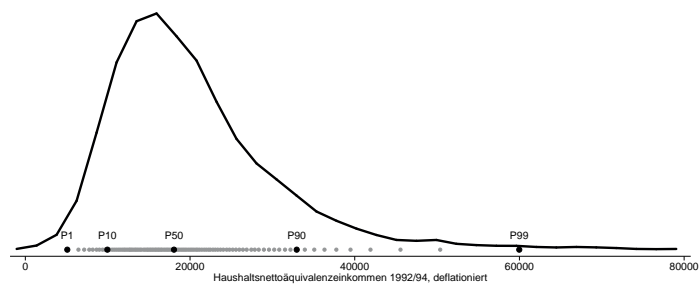
typen simultan betrachten muss. Die Dekomposition unbedingter Quantilregressionen ist dafür ein geeignetes Instrument. Auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels werden Hypothesen zum Einfluss von Arbeitsmarkt, Demografie und öffentlichen Umverteilungen geprüft. Hinter dem jüngsten Anstieg der Armutsrisikoquote verbergen sich überlagernde Prozesse. Während die Verschärfung des Armutsrisikos ganz überwiegend dem Arbeitsmarkt zuzurechnen ist, haben Rentenpolitik und demografische Faktoren die Armutsrisikoquote markant gedämpft. Öffentliche Umverteilungen weisen insgesamt einen überraschend geringen Einfluss auf die Armutsrisikoquote auf.

Ausgewählte Folien zum Vortrag
„Der Anstieg von Armut in
Deutschland“.

Die komplette Präsentation
finden Sie unter
[www.statistik.bayern.de/
medien/wichtigethemen/
haupt+nollmann_anstieg_von_
armut_in_deutschland.pdf](http://www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/haupt+nollmann_anstieg_von_armut_in_deutschland.pdf)

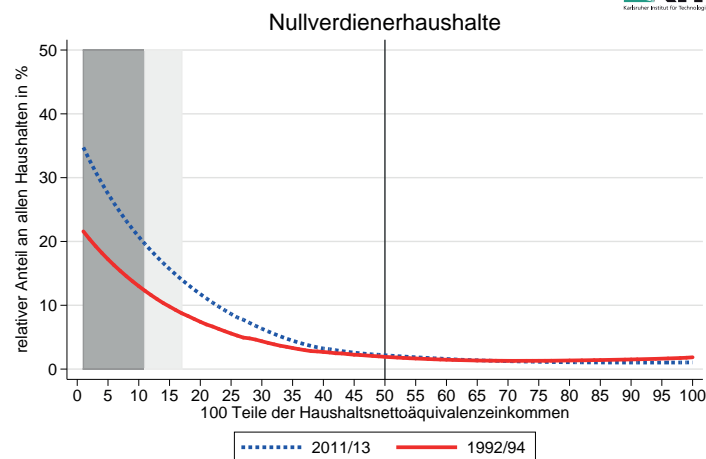


Armut in Deutschland



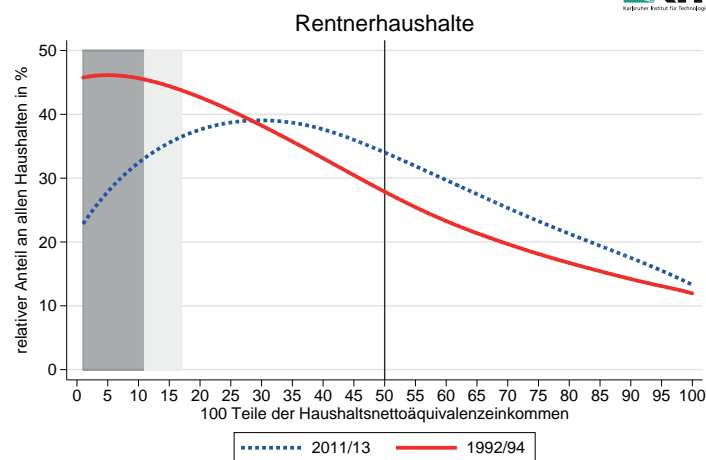
6.7.2016 1/6

Armut und Nullverdiener



6.7.2016 4/6

Armut und Rentner



6.7.2016 5/6

Irrwege aus der Armut

Prof. Christoph Butterwegge, Universität zu Köln



Prof. Christoph Butterwegge

Zur Person:

Christoph Butterwegge, Prof. Dr. rer. pol., lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Forschungsschwerpunkte: Sozialstaatsentwicklung und Armut; Rechtsextremismus, Rassismus und (Jugend-)Gewalt; Migrations- und Integrationspolitik. Jüngste Buchveröffentlichungen: *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, 5. Aufl. Wiesbaden 2014; *Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?*, 2. Aufl. Weinheim/Basel 2015; *Reichtumsförderung statt Armutsbekämpfung. Eine sozial- und steuerpolitische Halbzeitbilanz der Großen Koalition*, Wiesbaden 2016

Abstract:

Heftig umstritten ist nicht bloß, was Armut in einem reichen Land wie der Bundesrepublik bedeutet, sondern auch, mit welchen Maßnahmen ihr am effektivsten zu begegnen wäre. In der (Medien-)Öffentlichkeit gelten Arbeit und Bildung als die beiden am ehesten geeigneten Mittel, um die Armut zu verringern und deren Neuentstehung zu verhindern. Davon künden Slogans wie „Sozial ist, was Arbeit schafft“ oder „Aufstieg durch Bildung“, die fast über alle Parteigrenzen hinweg auf breite Zustimmung stoßen und den politischen Umgang mit Armut hierzulande entscheidend bestimmen. Als mögliche Ergänzung des bestehenden Sozialstaates, wenn nicht als Ersatz für diesen wird oft das bedingungslose Grundeinkommen genannt,

von dem sich seine Befürworter eine auskömmliche Existenz für alle Gesellschaftsmitglieder versprechen.

Alle drei Strategien der Armutsbekämpfung hält der Referent für Irrwege: erstens die Vorstellung, über einen „aktivierenden Sozialstaat“ mehr Beschäftigung erreichen und so die Armut der Erwerbslosen beseitigen zu können; zweitens das sehr populäre Konzept, den Armen durch Errichtung einer „Bildungsrepublik“ bessere Aufstiegschancen zu eröffnen; drittens die ebenso alte wie aktuelle, wenngleich eher utopisch anmutende Idee, die Armut mit Hilfe eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), das allen Wohnbürger(inne)n unabhängig von ihrer materiellen Situation gezahlt wird, aus der Welt schaffen zu können.



In seinem Vortrag beschreibt Prof. Dr. Butterwege drei Strategien der Armutsbekämpfung. Alle drei Strategien hält er für Irrwege, so auch die Strategie, mit Hilfe des „Bedingungslosen Grundeinkommens“ die Armut aus der Welt schaffen zu können. Worum es sich beim „Bedingungslosen Grundeinkommen“ handelt, beschreiben nachfolgende Erklärungen:

Bedingungsloses Grundeinkommen

Kurzerklärung

Nach der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens erhalten erwachsene oder auch minderjährige Mitglieder einer politischen, funktionalen oder ideellen Gemeinschaft einen festgelegten finanziellen Betrag, ohne Pflicht zur Rückzahlung und ohne direkte Gegenleistung.

Ausführliche Erklärung

1. Allgemein:

Nach der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens erhalten erwachsene oder auch minderjährige Mitglieder einer politischen, funktionalen oder ideellen Gemeinschaft einen festgelegten finanziellen Betrag, ohne Pflicht zur Rückzahlung und ohne direkte Gegenleistung. Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Kindergeld fallen i. d. R. weg. Eine alternative Idee ist das bedingungslose Grundeigentum, nach der jeder Mensch ein Grundstück oder ein Gebäude übereignet bekommt.

2. Ziele und Beispiele:

Das bedingungslose Grundeinkommen soll den Lebensunterhalt der Mitglieder der Gemeinschaft sichern. Gerade in Zeiten zunehmender Automatisierung und Autonomisierung als Effekte der Digitalisierung, wie sie in der Industrie 4.0 entstehen, sind radikale bzw. innovative Ansätze gefragt. Solidarisches Bürgergeld (Thomas Straubhaar) und Transfergrenzenmodell bzw. Ulmer Modell (Helmut Pelzer) sind bekannte Beispiele dafür. Sie streben nicht zuletzt die Umformung und Vereinfachung des Steuersystems an. Die Sharing Economy scheint ebenfalls eine Antwort auf die Umwälzungen zu sein, bedient aber in erster Linie den „Plattform-Kapitalismus“ (Sascha Lobo).

3. Kritik und Ausblick:

Vorteile beim bedingungslosen Grundeinkommen sind Unabhängigkeit von Organisationen und Personen, Freiheit in der Lebensgestaltung und Sorglosigkeit bei der Existenzsicherung. Die Motivation zur Wertschöpfung nimmt zu, Kreativität kann entdeckt und ausgelebt, Lebenszeit für eigene Interessen genutzt werden. Dem Stellenabbau in einer von Agenten und Robotern bestimmten Arbeitswelt wird ein Grundversorgungssystem entgegengesetzt, das nicht nur die direkt Betroffenen entlastet. Ein Nachteil ist die scheinbare Ungerechtigkeit durch gleichmäßige Ausschüttung. Manche mögen auch kein Interesse daran zeigen, einer Beschäftigung nachzugehen, und von einem unstrukturierten Alltag überfordert sein. Zur Einordnung und Beurteilung der Auswirkungen sind Politik- und Wirtschaftsethik gefragt.

Literaturhinweis

Häni, D./Kovc, P.: Was fehlt, wenn alles da ist?: Warum das bedingungslose Grundeinkommen die richtigen Fragen stellt, Zürich, 2015.

Quelle: Springer Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Bedingungsloses Grundeinkommen, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/-2046180806/bedingungsloses-grundeinkommen-v2.html>

Bestimmung des Regelbedarfs: Vorgehensweise und methodische Kritik

Jürgen Wiemers, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung



Jürgen Wiemers

Zur Person:

Jürgen Wiemers studierte von 1991 bis 1997 Volkswirtschaftslehre an der Universität Paderborn. Von 1997 bis 2001 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl „Ökonometrie und Statistik“ der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Im Anschluss war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) tätig. Seit Oktober 2005 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Abstract:

Entscheidungen über die Höhe der Sozialleistungen nach dem SGB II und XII – auch als Regelbedarfe bezeichnet – sind grundsätzlich normativ geprägt. Die Frage, welche Höhe der Regelbedarfe angemessen ist, kann daher letztlich nur im politischen Raum entschieden werden. Das Verfahren zur Bestimmung der Regelbedarfe ist allerdings einer methodischen Betrachtung zugänglich. Der Vortrag beschreibt zunächst das derzeit verwendete Verfahren zur Regelbedarfsermittlung, das als Statistikmodell mit Warenkorb-Elementen charakterisiert werden kann. Im Anschluss daran werden die Möglichkeiten und Grenzen der Regelbedarfsermittlung im Rahmen des Statistikmodells sowie Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung des Modells diskutiert.

Ausgewählte Folien zum Vortrag
„Bestimmung des Regelbedarfs:
Vorgehensweise und metho-
dische Kritik“.

Die komplette Präsentation
finden Sie unter
[www.statistik.bayern.de/
medien/wichtigethemen/
wiemers_regelbedarfe.pdf](http://www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/wiemers_regelbedarfe.pdf)



Hintergrund



- Ermittlung der Regelbedarfe für Leistungen nach dem SGB II/SGB XII war in den letzten Jahren heftig umstrittenes Thema
 - Angemessene Höhe der Regelleistungen für Erwachsene und Kinder?
 - Ausgestaltung der Methode der Regelbedarfsermittlung
- Urteil des BVerfG im Jahr 2010
 - Höhe der Regelleistungen zwar „nicht evident unzureichend“
 - Aber: Methodik in einigen Punkten verfassungswidrig
 - Forderung nach einer konsistenten, transparenten und bedarfsgerechten Regelbedarfsermittlung
 - Gesetzreform: Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz (RBEG, 1.1.2011)

Hintergrund

2

Das „Statistikmodell“ der Bedarfsermittlung



- Grundannahme des Statistikmodells: Tatsächliche mittlere Ausgaben unterer Einkommensgruppen spiegeln soziokulturelles Existenzminimum wider
 - Glaubwürdigkeit der Annahme hängt von der Wahl der Referenzgruppe ab
 - Vorteile des Statistikmodells im Vergleich zum Warenkorbmodell
 - Vergleichsweise wenige normative Setzungen
 - Automatische Anpassung an veränderte Konsumstrukturen
- ⇒ Führt zu überzogenen Erwartungen daran, was das Statistikmodell leisten kann. Der Regelbedarf auf Basis eines Statistikmodells beruht letztlich ebenfalls auf normativen Setzungen

Das „Statistikmodell“ der Bedarfsermittlung

4

Fazit



- Im Kern ist die Ermittlung der Regelbedarfe eine Sache normativer Entscheidungen; die Verwendung des „Statistikmodells“ (im Gegensatz zum „Warenkorbmodell“) ändert daran nichts
- Statistische Analysen können den politischen Streit um die angemessene Höhe des Regelbedarfs nicht ersetzen. Sie können ihn bestenfalls versachlichen
- Statistische Analysen können zu einer höheren Konsistenz des Statistikmodells beitragen (Beispiel: Verteilungsschlüssel, Dudel et al. 2014)

Fazit

18

Materielle Lebensbedingungen und Armutslagen von SGB-II-Leistungsempfängern: Messansätze und empirische Ergebnisse

Bernhard Christoph, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung



Bernhard Christoph

Zur Person:

Nach seinem Abschluss in Sozialwissenschaften an der HU-Berlin war Bernhard Christoph zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA, heute Gesis) und dem Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung (MZES). Seit Mitte 2006 ist er am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg beschäftigt. Dort ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich E1 „Bildungs- und Erwerbsverläufe“ sowie Leiter der Arbeitsgruppe Berufsforschung. Er arbeitet u. a. zu beruflichen Tätigkeitsinhalten, Armutsmessung sowie erhebungsmethodologischen Fragestellungen.

Abstract:

Die Empfänger von Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB-II gehören sicherlich zu den Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik, die in besonderer Weise von Einschränkungen ihrer materiellen Lebensbedingungen betroffen sind. Allerdings dürften insgesamt betrachtet die aus Einkommensunterschieden resultierenden Differenzen in den materiellen Lebensbedingungen der Leistungsempfänger relativ überschaubar und zu nicht unerheblichen Teilen aus den gesetzlichen Regelungen abzuleiten sein. Neben Einkommensdifferenzen die sich aufgrund unterschiedlicher Haushaltsgrößen bzw. Strukturen ergeben, sollte das Einkommen der Leistungs-

empfänger lediglich aufgrund gesetzlich klar definierter Sachverhalte variieren, wie beispielsweise wegen erhöhter Bedarfe (z.B. bei Alleinerziehenden), durch den Erhalt von Aufwandsentschädigungen (z.B. im Rahmen von sogenannten „1-Euro-Jobs“) oder durch sonstige Zuverdienste (im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Freibeträge). Andere ebenfalls lebensstandardrelevante Aspekte werden hingegen aus der Einkommensperspektive nicht oder nur unzureichend erfasst: hierzu gehören z. B. Unterschiede in der Konsumgütersausstattung zu Beginn des Leistungsbezugs. Diese sind nicht zuletzt deshalb von Relevanz, weil eventuell notwendige Ersatzanschaffungen langlebiger Konsumgüter während des Leistungsbezugs nicht unproblematisch sein können. Ein weiterer für den Lebensstandard nicht unerheblicher Faktor dürfte sein, ob bzw. in welchem Umfang die Betroffenen noch über Schonvermögen oder andere Ressourcen (wie z. B. Unterstützungsleistungen durch Verwandte) verfügen, die zumindest temporär zu einer Verbesserung ihres Lebensstandards beitragen können.

Aus allen diesen Gründen dürfte eine nicht einkommensbasierte Untersuchung der materiellen Lebensbedingungen von SGB-II-Leistungsempfängern ein nicht unerhebliches analytisches Potential aufweisen. Am Anfang der Präsentation wird es daher zunächst um unterschiedliche Ansätze zur Erfassung materieller Lebensbedingungen und darauf aufbauende Möglichkeiten zur Armutsdefinition gehen.

Die anschließenden empirischen Analysen stellen dann Beispiele für die Anwendung der zuvor besprochenen Ansätze dar. Dabei werden die materiellen Lebensbedingungen der SGB-II-Leistungsempfänger zunächst mit Daten der IAB-Studie Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS) anhand des sogenannten Deprivationsansatzes (vgl. z. B. Townsend 1979; Mack/Lansley 1985; Andreß/Lipsmeier 1995, 2001; Lipsmeier 1999) untersucht, der die materielle Lage über die Verfügbarkeit bzw. die Nicht-Verfügbarkeit un-

terschiedlicher Güter operationalisiert.

Eine weitere Möglichkeit zur Erfassung der materiellen Lebensbedingungen ist die Untersuchung von Konsumausgaben (vgl. z.B. Meyer/Sullivan 2003, 2011; Noll 2007). Daher werden im zweiten Teil der empirischen Analysen die Ausgaben und Ausgabenstrukturen der SGB-II-Leistungsempfänger mithilfe der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des statistischen Bundesamtes untersucht, bevor im abschließenden Fazit nochmals zusammenfassend die Relevanz nicht einkommensbasierter Lebensstandard- und Armutsmaße für die Untersuchung der materiellen Lebensbedingungen der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II herausgearbeitet wird.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Materielle Lebensbedingungen und Armutslagen von SGB-II-Leistungsempfängern: Messansätze und empirische Ergebnisse“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/christoph_sgb_ii_leistungsempfänger.pdf



Zur empirischen Erfassung von materiellen Lebensbedingungen und Armut: Ansätze und Konzepte



1. Erfassung der materiellen Lebensbedingungen

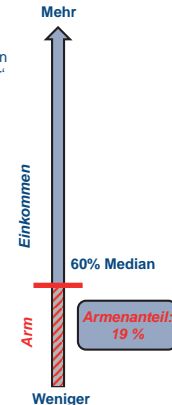
Messung der Dimension der materiellen Lebensbedingungen, welche es erlaubt, die untersuchten Personen im Sinne eines ‚Weniger‘ oder ‚Mehr‘ anzuordnen.

2. Definition der Armutsschwelle

Eine Methode finden, innerhalb der entstehenden Reihung zwischen Armen und Nicht-Armen zu unterscheiden.

3. Konstruktion eines Armutsindex

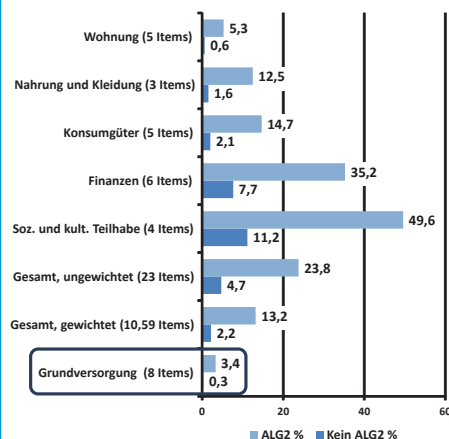
Konstruktion eines Index als Armutsmaß, das die Informationen der vorherigen Schritte in geeigneter Weise zusammenfasst.



Quelle: eigene Darstellung nach Sen (1976); Townsend (1979)

7

Vergleich des Lebensstandards zwischen Leistungsempfängern und übriger Bevölkerung



- Positiv ist, dass gerade im Bereich der Grundversorgung – also bei den Gütern, die von der Bevölkerung als zentral erachtet werden, nur eine vergleichsweise geringe Versorgungslücke existiert.

Anmerkung: Alle Angaben in Prozent der im jeweiligen Index insgesamt enthaltenen Items, die der jeweiligen Gruppe fehlen

15

Zusammenfassung und Fazit



- Eine Stärke von Deprivations- und Konsummaßen ist es, dass man mit Ihnen auch analysieren kann, in welchen Lebensbereichen sich materielle Einschränkungen besonders niederschlagen. Dies wäre auf Basis von Einkommensanalysen nicht möglich.
- Dabei kommt man mit beiden Maßen zu einem vergleichbaren Ergebnis: die Leistungen des SGB II reichen aus, um den grundlegenden Bedarf der Leistungsempfänger abzudecken. Im Bereich der kulturellen und sozialen Teilhabe gibt es jedoch deutliche Einschränkungen.
- Ein solches inhaltlich gleichlautendes Ergebnis auf Basis komplett unterschiedlicher Methoden und bei Verwendung verschiedener Datensätze zu erhalten ist ungewöhnlich und unterstützt die Plausibilität der Ergebnisse.
- Darüber hinaus haben die konsumbasierten Analysen gezeigt, dass schon geringe Verbesserungen auf der Ressourcenseite (z.B. Aufstocker, Mehrbedarfzuschläge) zu einer deutlichen Verbesserung auf der Ausgabenseite und damit zu einer Reduzierung des Armutsrisikos führen.
- Andererseits sind insbesondere Leistungsempfänger ohne Zugriff auf weitere Ressourcen (Einkünfte wie auch Ersparnisse) einem besonders hohen Armutsrisiko ausgesetzt.
- Insgesamt kann man also auf Basis dieser Ergebnisse durchaus diskutieren, ob es mithilfe der Grundsicherungsleistungen gelingt, den Auftrag des SGB II einzulösen, über den Regelbedarf neben den grundlegenden Bedürfnissen der Leistungsempfänger auch „in vertretbarem Umfang“ ihre „Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft“ zu gewährleisten (vgl. § 20, Abs. 1 SGB II).

30

Impressionen von den StatistikTagen Bamberg|Fürth 2016







Paare in Bayern – Ergebnisse des Mikrozensus 2015

Verena Parusel, M.Sc.

Der Mikrozensus liefert als jährliche Stichprobe von 1 % der Haushalte in Deutschland unter anderem Ergebnisse zu Haushalten und Familien. Im Rahmen dieses Beitrages soll die Lebenssituation von Paaren – d. h. von Ehepaaren und nichtehelichen Lebensgemeinschaften – in den Fokus gerückt werden. Hierbei zeigten sich für das Jahr 2015 insbesondere Unterschiede im Hinblick auf die Altersstruktur der verheirateten und unverheirateten Paare sowie auf die Beteiligung am Erwerbsleben und die Einkommenssituation der in den verschiedenen Partnerschaftsformen lebenden Personen.

Seit 1957 wird in der Bundesrepublik Deutschland jährlich der Mikrozensus durchgeführt. Hierzu wird eine Stichprobe von 1 % aller Haushalte gezogen, sodass in Bayern im Jahr 2015 ca. 125 000 Personen in rund 60 000 Haushalten befragt wurden. Die Ergebnisse der Befragung wurden anschließend auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet. Der Mikrozensus liefert nicht nur Daten zu Themenbereichen wie beispielsweise Bildung und Erwerbstätigkeit, sondern insbesondere auch zu Haushalten und Familien. Im Rahmen dieses Artikels werden schwerpunktmäßig die Zahlen zu Paaren in Bayern dargestellt.

Im Jahr 2015 lebten in den insgesamt 6,30 Millionen Haushalten in Bayern 2,78 Millionen Ehepaare, rund 383 000 nichteheliche Lebensgemeinschaften und knapp 12 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.¹ Insgesamt gab es damit 3,17 Millionen Paare in Bayern.² Betrachtet man den prozentualen Anteil einzelner Partnerschaftsformen, so waren knapp 88 % der Paare in Bayern miteinander verheiratet, während sich etwa 12 % in einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft befanden. Die Ehe kann somit nach wie vor als klar dominierende Lebensform angesehen werden. Bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften ist zudem festzuhalten, dass 28 % der Männer und 30 % der Frauen früher schon verheiratet gewesen waren oder zum Zeitpunkt der Befragung in Trennung lebten. Im Detail waren hier jeweils 2 % der Männer und Frauen noch mit einem frühe-

ren Partner oder einer früheren Partnerin verheiratet, 21 % der Frauen und 23 % der Männer hatten bereits eine Scheidung hinter sich und 7 % der Frauen bzw. 3 % der Männer waren verwitwet.

Deutliche Unterschiede zwischen Altersklassen erkennbar

Durch den Vergleich von Paaren einzelner Altersklassen werden sehr deutliche Unterschiede in Bezug auf die Lebensform erkennbar. Von allen Paaren, bei denen beide Partner das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, waren gut 57 % verheiratet, während 43 % ohne Trauschein zusammenlebten. Bei Paaren, bei denen beide Partner zwischen 35 und 65 Jahre alt waren, lag der Anteil der Verheirateten bei über 91 %, sodass nur knapp 9 % eine nichteheliche Lebensgemeinschaft bildeten. Bei den Paaren ab 65 Jahren lag dieser Wert sogar noch höher: 97 % dieser Paare lebten verheiratet zusammen. Somit scheint der Ehe bei den jüngeren Jahrgängen weniger Bedeutung zuzukommen; jedoch ist bei diesen nicht außer Acht zu lassen, dass sich die Paare zu einem späteren Zeitpunkt doch noch für eine Eheschließung entscheiden könnten.

Betrachtet man die Haushaltszusammensetzung bei Paaren in Bayern, so zeigen die Ergebnisse des Mikrozensus, dass im Jahr 2015 bei 49 % der Ehen und bei 28 % der Lebensgemeinschaften Kinder³ mit im Haushalt lebten. Bezieht man sich hierbei nur auf

¹ Aufgrund der geringen Fallzahlen können für Bayern im Rahmen des Mikrozensus keine fachlich differenzierten Aussagen zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften erfolgen. Die weiteren Auswertungen beziehen sich daher ausschließlich auf gegen- geschlechtliche Paare.

² Sämtliche Summen dieses Artikels wurden auf Basis von ungerundeten Werten gebildet.

³ Als „Kinder“ zählen im Mikrozensus ledige Personen ohne Lebenspartner oder -partnerin und ohne eigene Kinder im Haushalt, die mit mindestens einem Elternteil in einer Familie zusammenleben (auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder). Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht nicht.

Kinder unter 18 Jahren, so lagen die Werte bei 34 % (Ehepaare) bzw. 24 % (nichteheliche Lebensgemeinschaften). Hieraus wird auch noch einmal deutlich, dass ein Zusammenhang zwischen der Form der Partnerschaft und dem Alter vorliegt. So haben Ehepaare deutlich häufiger bereits erwachsene Kinder, während dies bei Lebensgemeinschaften im Vergleich seltener vorkommt. Auch die Zahl der Kinder zeigte hier klare Differenzen auf: 45 % aller Ehepaare mit minderjährigen Kindern hatten ein Kind unter 18 Jahren, 43 % zwei und 12 % mindestens drei minderjährige Kinder. Bei den Paaren ohne Trauschein lagen diese Werte bei 68 %, 26 % und 6 %, d. h. mehr als zwei Drittel der unverheirateten Eltern hatten nur ein Kind unter 18 Jahren. Insgesamt kann festgehalten werden: Ehepaare haben statistisch gesehen mehr Kinder sowie auch deutlich häufiger bereits erwachsene Kinder als unverheiratete Paare. Dies spiegelt sich auch in den Durchschnittszahlen zur Haushaltsgröße wider. In den 1,36 Millionen Familien, die sich aus Ehepaaren und ihren Kindern zusammensetzen, fanden sich im Schnitt 3,7 Familienmitglieder. Die 108 000 Familien von nichtehelichen Lebensgemeinschaften bestanden hingegen nur aus durchschnittlich 3,4 Personen. Bei den rund 949 000 Familien von Ehepaaren mit Kindern unter 18 Jahren lag die durchschnittliche Zahl der minderjährigen Kinder bei 1,7, bei den 94 000 unverheirateten Paaren fiel diese mit 1,4 deutlich geringer aus. Beleuchtet man diesen Sachverhalt aus Sicht der ledigen Kinder unter 18 Jahren, so stellt man fest, dass knapp 79 % der Kinder mit verheirateten Eltern zusammenleben und bei nur 6 % der Eltern eine nichteheliche Lebensgemeinschaft besteht. Die verbleibenden 15 % der noch nicht volljährigen Kinder wachsen bei Alleinerziehenden auf. Zu den genannten Ergebnissen soll noch einmal erwähnt sein, dass mit „Kindern“ laut Mikrozensus Personen gemeint sind, die mit mindestens einem Elternteil in einer Familie zusammenleben. Nachkommen, die bereits aus dem Haushalt ausgezogen sind, werden hier nicht berücksichtigt, sodass in diesem Kontext keine Aussagen zur konkreten Kinderzahl von Ehepaaren und nichtehelichen Lebensgemeinschaften getroffen werden können.

Weiterhin ist auf Basis der Zahlen des Mikrozensus 2015 erkennbar, dass Ehepaare, bei denen Kinder vorhanden sind, nahezu ausschließlich gemeinsame

Kinder unter 18 Jahren haben (99 %), während dies bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften weniger selbstverständlich ist. Hier haben nur etwa drei Viertel der Paare gemeinsame minderjährige Kinder (76 %), bei den restlichen Partnerschaften leben Kinder nur des Mannes bzw. nur der Frau in der Familie. Die „Patchwork-Familie“ ist daher tendenziell eher ein Phänomen unverheirateter Paare. Aufgrund der Tatsache, dass minderjährige Kinder bei einer Trennung in den meisten Fällen bei der Mutter verbleiben und den Müttern oftmals das überwiegende oder alleinige Sorgerecht zugesprochen wird, bringen Frauen deutlich häufiger Kinder in die neue Beziehung mit als Männer. Bei den meisten Lebensgemeinschaften, die keine gemeinsamen Kinder hatten, waren somit Kinder der Frau, jedoch keine Kinder des Mannes vorhanden. Diese Konstellation machte insgesamt 19 % der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern aus.

Frauen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften sind häufiger in Vollzeit tätig

Die Mikrozensus-Erhebung liefert unter anderem auch Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit einzelner Haushaltsmitglieder. Aus diesen Ergebnissen geht hervor, dass im Jahr 2015 bei den Ehepaaren in Bayern zwei Drittel der Männer (66 %) und 57 % der Frauen erwerbstätig waren. Hierbei waren insgesamt 59 % der Männer und 49 % der Frauen aktiv erwerbstätig.⁴ Allerdings wird in diesem Kontext ein deutlicher Unterschied in Bezug auf die Arbeitszeit sichtbar: Während neun von zehn Männern Vollzeit arbeiteten (92 %), war dies nur bei einem Drittel der aktiv erwerbstätigen Frauen der Fall (34 %) (vgl. Abbildung 1).

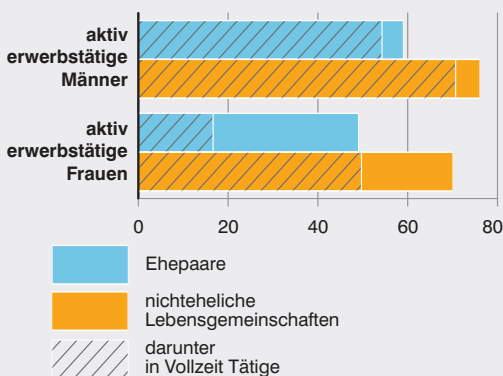
Ein etwas anderes Bild zeigt sich, wenn man ausschließlich Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren betrachtet. In diesen Familien waren 86 % der Männer sowie 61 % der Frauen und damit insgesamt ein höherer Anteil an Personen aktiv erwerbstätig, was wohl insbesondere in Zusammenhang mit dem Alter der Ehepartner betrachtet werden muss. Der Anteil der Erwerbstätigen in Vollzeit lag in diesem Falle bei 96 % (Männer) und 20 % (Frauen).

Bei Paaren ohne Trauschein gingen im Vergleich zu den Ehepaaren deutlich mehr Personen einer Er-

⁴ Zu den aktiv Erwerbstätigen zählen alle Erwerbstätigen, die in der Berichtswoche zum Mikrozensus gearbeitet haben. In der Berichtswoche vorübergehend Beurlaubte zählen nicht zu den aktiv Erwerbstätigen.

werbstätigkeit nach. So übten 85 % der Männer und 82 % der Frauen einen Beruf aus, insgesamt 76 % (Männer) und 70 % (Frauen) waren hierbei aktiv erwerbstätig. Diese Werte lagen damit deutlich über denen der Ehepaare (aktiv erwerbstätige Männer: +17 Prozentpunkte, Frauen: +21 Prozentpunkte). Auch arbeiteten hier deutlich mehr Frauen in Vollzeit. Dies waren 71 % aller aktiv erwerbstätigen Frauen (Vergleichswert Ehepaare: 34 %), sodass dieser Anteil mehr als doppelt so hoch ausfiel wie bei verheirateten Frauen. Bei den Männern fielen die Werte in etwa identisch aus (Ehepaare: 92 %, nichteheliche Lebensgemeinschaften: 93 %) (vgl. Abbildung 1).

Abb. 1
Aktiv erwerbstätige und in Vollzeit tätige Männer und Frauen in Bayern 2015 nach Typ der Paarbeziehung
in Prozent

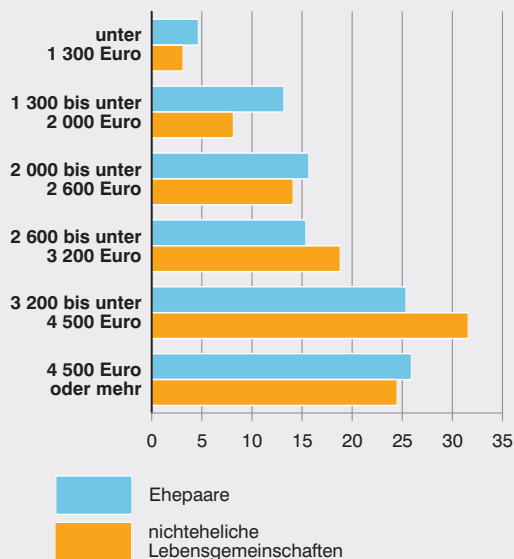


Bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren waren über 91 % der Männer und knapp 78 % der Frauen erwerbstätig, wobei insgesamt 80 % der Männer und 60 % der Frauen ihre Erwerbstätigkeit aktiv ausübten. Bei den Männern arbeiteten hiervon 93 % in Vollzeit, während es bei den Frauen 32 % waren. Die Differenz zu den verheirateten Paaren lag somit im Hinblick auf die aktiv erwerbstätigen Personen bei +5 Prozentpunkten (Männer) bzw. +17 Prozentpunkten (Frauen) und in Bezug auf die in Vollzeit tätigen Personen bei -3 Prozentpunkten (Männer) sowie +12 Prozentpunkten (Frauen). In Bezug auf Paare mit minderjährigen Kindern kann damit festgehalten werden, dass unverheiratete Frauen deutlich häufiger aktiv erwerbstätig waren und auch in Vollzeit arbeiteten als verheiratete Frauen.

Einkommenssituation unverheirateter Paare tendenziell besser als die von Ehepaaren

Einen weiteren Indikator für die Lebenssituation von Paaren stellt das monatliche Haushaltsnettoeinkommen dar. Die Ergebnisse des Mikrozensus 2015 zeigten dabei leichte Unterschiede zwischen der Einkommenssituation von Ehepaaren und nichtehelichen Lebensgemeinschaften (vgl. Abbildung 2). Tendenziell finden sich verheiratete Paare etwas häufiger als unverheiratete in den niedrigeren Einkommensklassen bis unter 2 600 Euro, während nichtehelichen Lebensgemeinschaften monatlich etwas mehr Geld zur Verfügung steht. Insbesondere in der Einkommensklasse von 3 200 Euro bis unter 4 400 Euro zeichneten sich dabei große Unterschiede zwischen den beiden Paartypen ab; hier finden sich knapp ein Drittel der Lebensgemeinschaften (32 %) und ein Viertel der Ehepaare (25 %) wieder. Dabei sind stets die bereits erwähnten Differenzen in der Altersstruktur und der Erwerbsbeteiligung der Partner im Hinterkopf zu behalten. Die oberste Einkommensklasse von 4 500 Euro oder mehr ist von beiden Partnerschaftstypen etwa gleich stark besetzt (Ehepaare: 26 %, nichteheliche Lebensgemeinschaften: 24 %).

Abb. 2
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in Bayern 2015 nach Typ der Paarbeziehung
in Prozent



Fazit

Im Rahmen der Ergebnisse des Mikrozensus 2015 ließen sich einige zentrale Aussagen zu Ehepaaren und nichtehelichen Lebensgemeinschaften treffen. So zeigte sich, dass die Partner in nichtehelichen Lebensgemeinschaften tendenziell jünger waren als jene, die in einer Ehe lebten. Auch in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen fielen deutliche Unterschiede auf. Frauen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften sind demnach u. a. häufiger in Vollzeit tätig. Aufgrund der allgemein stärkeren

Erwerbsbeteiligung von Personen, die unverheiratet zusammenleben, ergab sich für diese auch eine tendenziell bessere Einkommenssituation. Alles in allem sind demnach durchaus Unterschiede in den Lebensumständen von Ehepaaren und nichtehelichen Lebensgemeinschaften erkennbar.

In der nächsten Ausgabe von „Bayern in Zahlen“ folgt ein Artikel von Frau Dipl.-Soz. Britta Heiles, der sich – ebenfalls basierend auf den Ergebnissen des Mikrozensus 2015 – mit der Lebenssituation von Alleinerziehenden befassen wird.



Der nachfolgende historische Beitrag über das **Armenwesen im Königreich Bayern** von Prof. Dr. jur. Franz Makowiczka ist ein Auszug aus dem 1870 von Prof. Dr. jur. Arwed Emminghaus herausgegebenen Sammelwerk „Das Armenwesen und die Armengesetzgebung in europäischen Staaten“ (Verlag F. A. Herbig, Berlin 1870). Der Sammelband ist bei der Bayerischen Staatsbibliothek als Digitalisat verfügbar unter: http://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb10766427_00337.html
Das für seine Zeit innovative Konvolut zum Thema „Armut“ enthält diverse Aufsätze zur Situation der Armen in deutschen und ausgewählten außerdeutschen Staaten Europas.

In der 14-seitigen Abhandlung zum Armenwesen und zur Armengesetzgebung im Königreich Bayern beschreibt Professor Makowiczka vor allem die Situation der Armen in der Zeit von 1840 bis 1867 nach Anzahl und Verteilung im Königreich mit seinen acht Kreisen und zehn größeren Städten. Als Grundlage nutzt er vor allem Daten des Statistischen Bureaus in München, veröffentlicht in den „Beiträgen zur Statistik des Königreiches Bayern“, die bis heute als „Beiträge zur Statistik Bayerns“ herausgegeben werden.

Prof. Dr. jur. Franz Makowiczka

Rechtswissenschaftler, Nationalökonom und Philosoph, Verfasser juristischer und ökonomischer Schriften
Abgeordneter des Bayerischen Landtags, Ehrenbürger von Erlangen

Geboren 1811 in Hagensdorf bei Komotau im Königreich Böhmen, lebte und wirkte Franz Makowiczka an vielen Orten. Zeit seines Lebens war er politisch aktiv, war Abgeordneter des Bayerischen Landtags, Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung und setzte sich für die deutsche Einheit ein, die für ihn 1870/71 mit dem Ende des deutsch-französischen Kriegs einherging. Gestorben ist Prof. Dr. Makowiczka 1890 in Erlangen, wo er 1877 zum Ehrenbürger ernannt wurde. Heute ist Erlangen die Partnerstadt von Chomutov, dem damaligen Komotau.

Lebensstationen

Geboren 07.05.1811 in Hagensdorf bei Komotau (Königreich Böhmen)
Gestorben 22.01.1890 in Erlangen (Königreich Bayern, Mittelfranken)

Ausbildung

Schulzeit in Komotau
1829–35 Studium der Philosophie und Rechtswissenschaft an der Universität in Prag
1836 Promotion zum Dr. jur. in Prag

Berufliche Etappen

1844 Adjunkt des Juridisch-Politischen Studiums in Prag
1845–46 Supplent der Lehrkanzel der politischen Wissenschaften und der österreichischen Gesetzeskunde an der Universität in Prag
1846–49 Professor in Krakau (Lehrbeauftragter für Statistik) und Prag
1849–50 Redakteur der „Deutschen Zeitung aus Böhmen“ in Prag
1850–52 Dozent und Privatdozent der Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften in Prag
1852–90 Professor für Staatswissenschaften an der Universität in Erlangen
(lehrte Nationalökonomie)
Mitarbeiter am Deutschen Staatswörterbuch von J. C. Bluntschli und K. Brater
1877 Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Erlangen aus Anlass seiner 25-jährigen Tätigkeit als Professor in Erlangen
1886 Verleihung der Ehrendoktorwürde von der philosophischen Fakultät der Universität Erlangen

Politisches Engagement

1848–49 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung für den Kreis Saaz, Komotau (Königreich Böhmen)
1869–73 Abgeordneter des Bayerischen Landtags für den Landkreis Ansbach (Mittelfranken)

Quelle: Schaper, Uwe (1990): Franz Makowiczka (1811–1890): Vor 100 Jahren starb der Erlanger Ehrenbürger. In: Erlanger Bausteine zur fränkischen Heimatforschung. Band 38, S. 173–188.

DAS
ARMENWESEN
UND DIE
ARMENGESETZGEBUNG
IN EUROPÄISCHEN STAATEN.

UNTER MITWIRKUNG

DER HERREN

A. BAMMEL (BRAUNSCHWEIG). **M. M. v. BAUMHAUER** (HAAG). **FR. BITZER** (STUTTGART).
M. BLOCK (PARIS). **L. BODIO** (VENEDIG). **V. BOEHMERT** (ZÜRICH). **E. BRUCH** (BERLIN).
A. GRUMRECHT (HARBURG). **P. KOLLMANN** (LÜBECK). **F. KLEINWÄCHTER** (PRAG).
A. LAMMERS (BREMEN). **P. LOTHEISEN** (DARMSTADT). **W. LOTZ** (KASSEL). **F. MAKOWICZKA**
(ERLANGEN). **D. H. MEIER** (FREIBURG I. B.). **J. C. F. NESSMANN** (HAMBURG). **H. RENTZSCH**
(DRESDEN). **A. RINDFLEISCH** (DESSAU). **K. SCHOLZ** (WIESBADEN). **H. SCHWABE** (BERLIN).
W. SEELIG (KIEL). **L. STRACKERJAN** (OLDENBURG). **A. VARRENTAPP** (FRANKFURT A. M.).
O. WACHENHUSEN (BOITZENBURG)

HERAUSGEGEBEN

VON

A. EMMINGHAUS.



BERLIN.

VERLAG VON F. A. HERBIG.

1870.

XVI.**Königreich Bayern.**

Von

Professor Dr. Makowiczka in Erlangen.

I.

Wenn man Hausner's „vergleichende Statistik von Europa“ (Lemberg 1865, 2 Bde.), unter den neuesten statistischen Handbüchern dasjenige, welches über das öffentliche Armenwesen die meisten Zahlenangaben enthält, und überhaupt auf allen Gebieten der Statistik vom Zahlenausdruck den umfassendsten Gebrauch macht, zu Rathe zieht, so nimmt Bayern bezüglich der Zahl der Armen, im Vergleich mit anderen deutschen und ausserdeutschen Staaten, eine überaus günstige Stellung ein. Nach Hausner, der die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Armen in Bayern zu 146000 angiebt, kommt hier auf 32,1 Einwohner 1 Armer, während nach ihm in Frankreich unter 29,4, im Grossherzogthum Hessen unter 23,7, im Königreiche Sachsen unter 22,6, in Grossbritannien unter 22, in Württemberg unter 19,5, in der Schweiz unter 19,4, in Baden unter 16,3, in Kurhessen unter 15, in Belgien sogar unter 7,5, und im Königreiche der Niederlande unter 6,8 Einwohnern sich schon 1 Armer befindet. Unter den mitteleuropäischen Staaten weisen nur Preussen und Oesterreich, wo auf 34,4, beziehungsweise 34,6, Einwohner erst 1 Armer kommt, ein noch günstigeres Verhältniss auf. Allein alle diese, so wie die in dem genannten Buche sonst noch angeführten Zahlen über das Armenwesen besitzen, wie selbst der Verfasser zugesteht, nur einen geringen Werth, weil die öffentliche Armenpflege in den verschiedenen Staaten nichts weniger als gleichförmig geregelt ist, die Beantwortung der Frage, wer als Armer anzusehen ist, sonach verschieden ausfallen muss, und weil ferner, auch unter der Herrschaft ganz gleicher Grundsätze, bei der Erhebung der Armenzahl nicht nur in den verschiedenen Staaten, sondern auch in den einzelnen Landestheilen desselben Staates durchaus nicht mit glei-

cher Genauigkeit vorgegangen wird. Hierzu kommt noch, dass die Grösse der Zahl der Armen, die der öffentlichen Unterstützung anheim fallen, wesentlich von der abermals sehr verschiedenen Extension und Intension der Privatwohlthätigkeit abhängt, indem die öffentliche Armenpflege nur die von dieser zurückgelassenen Lücken auszufüllen hat. Was insbesondere die Angabe Hausner's über die Zahl der Armen in Bayern anlangt, so ist sie viel zu hoch gegriffen. Sie betrug in keinem der drei Jahre 1860—62, auf die Hausner Bezug nimmt, 146000; sie erreichte überhaupt diese Höhe während der letzten beiden Jahrzehnte niemals, wie die weiter unten folgenden, aus amtlichen Quellen geschöpften, Mittheilungen ersehen lassen. Wir nehmen daher von den Daten Hausner's völlig Umgang; ebenso verzichten wir auf eine Vergleichung der Armenzustände Bayerns mit jenen anderer Staaten, zu der es an jeder verlässlichen Grundlage fehlt, und beschränken uns darauf, lediglich zu einer Statistik des bayerischen Armenwesens die Bausteine zusammen zu tragen, wobei wir nur solche Daten berücksichtigen, die in den, vom statistischen Bureau in München herausgegebenen, Beiträgen zur Statistik des Königreiches Bayern*) und in anderen, aus amtlichen Quellen geflossenen, Publikationen enthalten sind, oder durch freundliche Vermittelung des Herrn Ministerial-Assessors Riedel, dem wir hierfür unseren wärmsten Dank aussprechen, und aus dem im Ministerium des Innern angesammelten bezüglich statistischen Materiale mitgetheilt wurden.

Die Zahl der konskribirten auf öffentliche Unterstützung angewiesenen Armen in den einzelnen Kreisen Bayerns und in dem ganzen Königreiche ist für das Jahr 1840, und dann fortlaufend für die Jahre 1848 bis 1867 in nachfolgender Tabelle zusammengestellt: (s. pag. 327.)

Man sieht aus diesen Tabellen, dass, sowohl die absolute, als relative Zahl der konskribirten Armen von 1848 bis 1850 sich etwas verminderte, seit 1851 sich aber wieder hob, und in den Jahren 1854 und 1855 ihren Höhepunkt erreichte, worauf sie bis 1866, wo sie, abgesehen von 1840, den niedrigsten Stand hatte, allmählig wieder herabsank und 1867 abermals, jedoch unmerklich, stieg. Den Schlüssel zu diesen Veränderungen liefern die wechselnden Getreidepreise, mit denen die Zahl der Armen ganz parallel geht. So wie das Brod und mit ihm das Leben theuer wird, mehren sich bald die Schaaren der Hilfsbedürftigen und sie

*) Von 1850 bis 1868 sind 20 Hefte erschienen.

Zahl der konskribirten Armen.

Jahr.	In Ober- bayern.	In Nieder- bayern.	In der Pfalz.	In der Ober- pfalz u. Regensburg.	In Ober- franken.	In Mittel- franken.	In Unter- franken.	In Schwaben u. Neuburg.	Im ganzen Königreich
1840	9852	7608	16471	6064	7444	12615	7023	12786	79863
1847/48	14570	10843	23743	7086	9738	15750	6911	16172	104813
1848/49	13995	10559	22814	6559	9428	15794	6844	15921	101914
1849/50	13809	10405	22114	6629	9147	15744	6662	15644	100154
1850/51	13905	10199	25195	6724	8985	15868	6435	15567	102878
1851/52	13653	10848	28361	7287	9906	16468	6787	15205	108515
1852/53	14072	11306	30317	7411	10359	16529	7279	15433	112706
1853/54	14813	11627	38476	7452	10381	16986	8100	15972	123807
1854/55	15057	11922	36649	7778	10026	17044	8277	15387	122140
1855/56	15124	12039	30364	8203	10154	17348	8172	15160	116564
1856/57	14349	11946	26805	7754	8437	16731	8443	14617	109082
1857/58	13895	12100	23814	7634	8313	16344	8460	13852	104412
1858/59	13121	11230	21879	7470	7752	15770	8254	12992	98468
1859/60	12551	10783	22150	7678	7566	15687	8124	12670	97209
1860/61	12585	10866	21017	7449	7283	15128	8013	12406	94747
1861/62	12118	11039	20370	7547	7034	15008	7977	11885	92978
1862/63	11393	11198	19272	7434	6921	14669	7595	11522	89995
1863/64	11052	10776	18318	7141	6592	14016	7323	10962	86180
1864/65	10861	10710	18105	7214	6504	13979	7040	10421	84834
1865/66	11074	10603	17760	7023	6322	13799	6542	9923	83046
1866/67	12084	11194	17121	7504	6388	14326	7006	10055	85678
Durchsch. der Jahre									
1847/67	13204	11110	24232	7349	8362	15649	7512	13588	101006

Ueber das Verhältniss der Zahl der Armen zu dem jeweiligen Stande der Bevölkerung giebt nachstehende Tabelle Aufschluss:

Auf 10000 Einwohner kommen konskribirte Arme.

Jahr.	In Ober- bayern.	In Nieder- bayern.	In der Pfalz.	In der Ober- pfalz u. Regensburg.	In Ober- franken.	In Mittel- franken.	In Unter- franken.	In Schwaben u. Neuburg.	Im ganzen Königreich.
1840	143	146	289	133	153	246	121	235	183
1847/48	206	199	389	154	195	298	117	289	232
1848/49	197	194	372	140	189	299	116	284	226
1849/50	193	191	359	141	183	298	113	279	222
1850/51	193	187	410	143	180	300	109	277	227
1851/52	187	198	463	155	198	310	114	269	239
1852/53	191	206	496	158	207	310	122	273	247
1853/54	201	211	638	159	208	318	136	283	272
1854/55	203	216	616	165	201	319	140	273	269
1855/56	203	217	517	174	203	325	139	270	257
1856/57	192	214	454	163	168	313	143	259	239
1857/58	184	215	402	160	164	305	142	244	227
1858/59	173	198	368	156	152	293	138	228	213
1859/60	164	189	370	159	148	290	135	221	209
1860/61	163	190	348	154	142	279	133	216	203

Jahr.	In Ober- bayern.	In Nieder- bayern.	In der Pfalz.	In der Ober- pfalz u. Regensburg.	In Ober- franken.	In Mittel- franken.	In Unter- franken.	In Schwaben u. Neubayern.	Im ganzen Königreich.
1861/62	155	192	335	155	136	275	133	206	198
1862/63	142	194	314	155	133	266	125	199	190
1863/64	137	185	296	146	126	252	120	189	181
1864/65	133	183	290	147	123	248	112	179	176
1865/66	135	180	284	143	119	243	105	170	173
1866/67	147	189	274	153	120	250	120	172	178
Durchsch. der Jahre 1847/67	174	197	398	154	164	289	126	239	218

lichten sich eben so rasch wieder, wenn der Brodpreis fällt. Um diese Wirkung genau zu veranschaulichen, fügen wir aus den genannten Jahren die Durchschnittspreise des Roggens auf der Schranne zu Regensburg hier bei:

Jahr.	Jahresdurchschnittspreis des Scheffels Roggen.	Jahr.	Jahresdurchschnittspreis des Scheffels Roggen.
1840:	9 fl. 12 x.	1858:	10 fl. 32 x.
1848:	8 " 52 "	1859:	9 " 47 "
1849:	6 " 40 "	1860:	13 " 48 "
1850:	6 " 28 "	1861:	14 " 45 "
1851:	10 " 48 "	1862:	14 " 31 "
1852:	17 " 8 "	1863:	11 " 18 "
1853:	15 " 43 "	1864:	10 " 37 "
1854:	22 " 14 "	1865:	9 " 57 "
1855:	19 " 44 "	1866:	11 " 59 "
1856:	16 " 3 "	1867:	17 " 56 "
1857:	14 " 14 "		

Vergleicht man die Zahl der konskribirten Armen in den einzelnen Kreisen, so ergiebt sich, dass die Vertheilung derselben eine sehr ungleiche ist. Die Pfalz hatte in den letzten 20 Jahren durchschnittlich weit über dreimal, und Mittelfranken mehr als doppelt so viel konskribirte Arme, wie die Oberpfalz und Unterfranken; noch bedeutender war der Unterschied in der ersten Hälfte jener Periode. Die unverhältnissmässig grosse Armenzahl in jenen beiden Kreisen ist um so auffallender, als die Bewohner derselben in geistiger Regsamkeit, Fleiss, Sparsamkeit und, wie die Statistik der Verbrechen und Vergehen lehrt, auch in sittlicher Beziehung der übrigen Bevölkerung Bayerns durchaus nicht nachstehen, ja sie sogar noch übertreffen. So entfielen von den 243227 Theilnehmern, welche 1865 die bayerischen Sparkassen zählten, nicht weniger als 57366 allein auf Mittelfranken und der Antheil der Letzteren an der gesammten Einlage von 24,357328 fl. in jenem Jahre betrug 3,845992 fl. Worin liegt nun der Grund dieser befremdlichen Erscheinung? Zum Theil dürfte er wohl schon in der

grösseren Dichtigkeit der Bevölkerung, die den Erwerb erschwert und die Gefahr der Arbeitslosigkeit näher rückt, zu suchen sein; denn nach der jüngsten Volkszählung am 3. Dezember 1867 leben in der Pfalz 5806 und in Mittelfranken 4224 Menschen auf der Quadratmeile, dagegen in Unterfranken nur 3849, in der Oberpfalz 2799 und in ganz Bayern 3503. Von noch entscheidenderem Gewichte erscheint aber das stärkere Vorwiegen der städtischen Bevölkerung in den beiden genannten Kreisen, namentlich in Mittelfranken, welches 9 unmittelbare, d. i. unmittelbar unter der Kreisregierung stehende Städte mit über 5000 Einwohnern — darunter 2 (Nürnberg und Fürth) die zusammen über 100000 Einwohner zählen — und ausser ihnen noch 13 weitere Städte mit je mehr als 500 Familien, aufweist. In städtischen Wohnorten ist erfahrungsmässig die Zahl der Armen grösser, die Fürsorge für dieselben lebendiger und deren Aufzeichnung zugleich genauer, als auf dem Lande. In sämtlichen acht Kreisen des Königreiches stellt die städtische Bevölkerung gegenüber der ländlichen verhältnissmässig ein weit stärkeres Kontingent zur Zahl der konskribirten Armen; es ist daher natürlich, dass diese dort höher ist, wo jene einen grösseren Bruchtheil der Gesamtbevölkerung bildet. Als Beleg hierfür dient die folgende Tabelle, in welcher die Zahl der Bevölkerung und der konskribirten Armen in Orten mit 500 Familien nach den Ergebnissen der Zählung im Jahre 1840 verglichen ist:

Kreis.	Bevölkerungszahl.		Prozent-satz.	Zahl der konskri-birten Armen.	Prozent-satz	
Oberbayern.	{	In Orten mit 500 Fa-milien u. darüber.	157840	22,8	3911	39,6
		In Orten unter 500 Familien.	532652	77,2	5941	60,4
		Zusammen	690492	100	9852	100
Niederbayern.	{	In Orten mit 500 Fa-milien u. darüber.	36830	7,6	1793	23,5
		In Orten unter 500 Familien.	485288	92,4	5815	76,5
		Zusammen	522118	100	7608	100
Pfalz.	{	In Orten mit 500 Fa-milien u. darüber.	135416	23,4	4723	28,7
		In Orten unter 500 Familien.	443704	76,6	11748	71,3
		Zusammen	579120	100	16471	100

Emminghaus, Armenpflege.

22

Kreis.	Bevölkerungszahl.		Prozent- satz.	Zahl der konskri- birten Armen.	Pro- zent- satz.
Oberpfalz u. Regensburg.	In Orten mit 500 Fa- milien und darüber.	59880	13,1	1982	32,7
	In Orten unter 500 Familien.	397728	86,9	4082	71,3
	Zusammen	457608	100	6064	100
Oberfranken.	In Orten mit 500 Fa- milien und darüber.	81796	16,8	3644	49
	In Orten unter 500 Familien.	404426	83,2	3800	51
	Zusammen	486222	100	7444	100
Mittelfranken.	In Orten mit 500 Fa- milien und darüber.	142878	27,9	6013	47,7
	In Orten unter 500 Familien.	369059	72,1	6602	52,3
	Zusammen	511937	100	12615	100
Unterfranken.	In Orten mit 500 Fa- milien und darüber.	81512	14,7	2398	34,1
	In Orten unter 500 Familien.	497767	85,3	4625	65,9
	Zusammen	579279	100	7023	100
Schwaben u. Neuburg.	In Orten mit 500 Fa- milien und darüber.	110470	20,5	4966	38,8
	Orten unter 500 Familien.	433731	79,5	7820	61,2
	Zusammen	544201	100	12786	100
Im ganzen Königreich.	In Orten mit 500 Fa- milien und darüber.	806622	18,4	29430	36,8
	In Orten unter 500 Familien.	3,564355	81,6	50433	63,2
	Zusammen	4,370977	100	79863	100

Bei dem grossen Antheil, den die städtische Bevölkerung an der Armenzahl hat, dürfte es nicht unangemessen sein, noch einige Städte, namentlich die grösseren, herauszuheben und in ihnen die Zahl der Armen und ihr Verhältniss zur Bevölkerung gesondert zu betrachten. Wir ziehen hier noch das Zählungsergebniss vom Jahre 1852 heran, um zugleich auch die Bewegung dieser Zahl einigermaassen ersichtlich zu machen. (s. pag. 331.)

Die Hauptstadt München hatte hiernach in den beiden in Betracht gezogenen Jahren verhältnissmässig die wenigsten Armen. Die hohe Armenzahl in den alten Bischofsstädten Bamberg und Passau erklärt sich wohl zumeist aus den dortigen reichen Wohlthätigkeitsstiftungen. Wenn in diesen beiden Städten und

Städte.	1840.			1852.		
	Bevölke- rungs- zahl.	Zahl der konskri- birten Armen.	Prozent- satz der letzteren.	Bevölke- rungs- zahl.	Zahl der konskri- birten Armen.	Prozent- satz der letzteren.
München .	95531	2119	2,2	106715	1935	1,8
Nürnberg .	46824	1567	3,3	53638	2204	4,1
Augsburg .	36809	1530	4,1	39340	925	2,3
Würzburg .	26814	668	2,4	29848	1180	3,9
Regensburg	21942	902	4,1	25898	1304	5
Bamberg .	20863	1373	6,5	20594	935	4,5
Bayreuth .	16660	637	3,8	18640	635	3,4
Fürth . .	14989	716	4,7	16745	466	2,8
Speyer . .	11447	686	5,9	12077	273	2,2
Passau . .	10211	698	6,8	11170	384	3,4

in noch vier anderen unter den genannten die Zahl der Armen im Jahre 1852 gegen 1840 abgenommen hat, so kann der Grund hiervon nicht in allgemeinen wirthschaftlichen Zuständen liegen, da das Jahr 1852, verglichen mit 1840, wie weiter oben dargelegt wurde, in sämmtlichen Kreisen des Landes, mit einziger Ausnahme von Unterfranken, eine nicht unbeträchtliche Vermehrung der Armen aufzeigt. Nürnberg, die zweite Stadt des Königreiches, betreffend, finden wir in einem längeren sehr gründlichen Artikel über das Armenwesen dieser Stadt im fränkischen Courier (Nr. 273, 274, 276 u. 278, Jahrg. 1868), dessen Verfasser offenbar aus officiellen Quellen schöpfte, die Zahl der konskribirten Armen, jedoch ohne Einrechnung der Kinder, noch aus einigen weiteren Jahren verzeichnet, wonach dieselbe 1835/36 1322, 1845/46 1112, 1855/56 1472 und 1865/66 1493 betrug. Ferner entnehmen wir noch einer vor uns liegenden, in tabellarischer Form angefertigten, aktenmässigen Darstellung des Armenwesens in Schweinfurt, welche die Jahre 1834 bis 1868 umfasst, dass dort, obwohl während dieser Zeit die Ansässigmachungen sich verdreifachten und die Bevölkerung von 7169 auf 9748 Seelen, somit um mehr als 36 %, stieg, die Armenzahl, abgesehen von einigen geringen Schwankungen, sich stetig verminderte. In den Jahren 1834—36 hatte Schweinfurt 203 konskribirte Arme, 1840 war ihre Zahl bereits auf 150 gesunken; sie sank dann noch tiefer und bewegte sich 1852—56, wo der Armenstand im ganzen Lande seine höchste Höhe erreichte, zwischen 122 und 130; 1868 war sie 134. Am Beginn jenes 35jährigen Zeitraumes betrugen die konskribirten Armen 2,8 % der Bevölkerung, 1868 bloss noch 1,4 %; ihre Zahl hat sich also um volle 100 % verringert.

Eine Scheidung der Armen nach Alter und Geschlecht

ist in den Publikationen des statistischen Bureaus nicht durchgeführt. Wohl aber geben sie im 1. und 4. Heft für die Jahre 1840 und 1852 Aufschluss über die Vertheilung der Bevölkerung im Ganzen sowohl, als insbesondere auch der Armen nach den politischen und Erwerbsständen. Es werden drei solcher Stände, nämlich: 1. die landwirthschaftliche Bevölkerung, 2. die von Mineralgewinnung, Gewerben, Industrie und Handel Lebenden, und 3. die von Renten, höheren Diensten, Wissenschaft und Kunst Lebenden unterschieden und hiernach auch die Armen, je nach dem sie einem oder dem anderen Stande angehören, in drei Klassen gebracht, wobei noch zu bemerken ist, dass die Dienstboten dem Stande ihrer Dienstgeber, und die Dienstboten der Militärpersonen, da diese nicht mit in die Zählung kommen, der dritten Klasse zugerechnet sind. Wir theilen auf Grund der hier angegebenen Zahlen die Vertheilung der Armen in jene drei Stände nachstehend in Prozentsätzen mit, indem wir, um auch über den Grad der Häufigkeit der Armuth in den einzelnen Ständen sich ein Urtheil bilden zu können, noch das Verhältniss der Zahlen der Armen in jedem Stande zur Gesamtzahl der Angehörigen desselben beisetzen. (s. pag. 333)

Die umstehenden Daten führen zu folgenden Ergebnissen:

1. Die bei weitem grösste Anzahl der Armen fällt auf die beiden ersten Berufsklassen, die Armen aus der dritten bilden nur eine geringe Quote der Gesamtzahl; bloss in Oberbayern nähert sich — offenbar wegen der Hauptstadt München — die Quote aus der dritten Klasse mehr jenen der beiden anderen.

2. Die Armen aus den zwei ersten Klassen stehen sich im Ganzen der Zahl nach fast gleich; nur in der Pfalz überwiegt merklich der Antheil der ersten und in Ober- und Mittelfranken jener der zweiten Klasse.

3. Von 1840 bis 1852 hat sich im Ganzen der Antheil der ersten Klasse an der Armenzahl vermehrt, während sich jener der zweiten und dritten verminderte.

4. Obwohl die dritte Klasse die geringste absolute Zahl der Armen stellt, so kommt bei ihr die Verarmung doch am häufigsten vor; die Verarmungsfälle sind hier nach dem Durchschnitt der beiden verglichenen Jahre mehr als dreimal so zahlreich, als in der ersten Klasse, in der sie am seltensten auftreten. Die zweite Klasse nimmt eine Art von Mittelstellung ein, steht jedoch der dritten näher als der zweiten. Dies erklärt sich einfach daraus, dass die erste Klasse eine beträchtlich grössere, die zweite dagegen einen viel kleineren und die dritte einen noch kleineren

Kreis.	Jahr.	Unter den Armen zählten			Die Armen betrogen		
		I.	II.	III.	I.	II.	III.
		zur land- wirthschaft- lichen Bevöl- kerung.	zu den Bergbau-, Gewerbe und Handeltrei- benden.	zu den von Renten, höheren Diensten etc. Lebenden.	bei der landwirth- schaftlichen Bevölkerung.	bei den Bergbau-, Gewerbe- und Handel- treibenden.	bei den von Renten, höheren Diensten etc. Lebenden.
		Prozent.	Prozent.	Prozent.	Prozent.	Prozent.	Prozent.
Oberbayern.	1840	38,80	36,84	24,36	0,81	1,92	3,49
	1852	38,14	38,84	23,02	0,76	2	3,18
Niederbayern	1840	48,77	42,57	8,66	0,95	2,95	3,13
	1852	43,41	46,13	10,46	0,80	3,80	3,89
Pfalz . . .	1840	55,50	33,64	10,86	2,31	4,08	7,80
	1852	54,70	33,12	12,18	3,31	6,02	10,74
Oberpfalz u. {	1840	32,95	51,42	15,63	0,63	2,83	4,59
Regensburg {	1852	46,45	44,20	9,35	1,12	3,85	3,49
Oberfranken	1840	34,46	59,68	5,86	0,83	3,06	2,22
	1852	43,65	50,50	5,85	1,26	3,48	2,47
Mittelfranken	1840	31,91	58,34	9,75	1,43	4,02	4,09
	1852	36,72	56,22	7,06	1,32	4,25	2,56
Unterfranken	1840	50,73	41,91	7,36	0,81	2,48	2,28
	1852	44,02	42,78	13,20	0,75	2,98	3,78
Schwaben u. {	1840	33,72	50,15	16,13	1,19	4,82	6,81
Neuburg {	1852	40,98	44,77	14,25	1,36	4,88	6,33
Im ganzen {	1840	41,36	45,98	12,71	1,15	3,26	4,51
Königreich {	1852	44,97	43,15	11,88	1,33	3,86	4,40

Bruchtheil der gesammten Bevölkerung bildet, als der Bruchtheil ist, der auf jede von ihnen von der Gesammtzahl der Armen entfällt. Es betrogen nämlich von der gesammten (Zivil-)Bevölkerung in Bayern:

	1840.	1852.
I. Die bei der Landwirthschaft Beschäftigten .	67,86 Proz.	70,62 Proz.
II. Die Bergbau, Gewerbe u. Handeltreibenden	26,57 „	23,29 „
III. Die von Renten, höheren Diensten u. s. w.		
Lebenden	5,57 „	5,72 „

Ueber die Gliederung der Armen nach der Art und dem Grade ihrer Hülfbedürftigkeit sind uns aus den Jahren 1862/63 und 1866/67 folgende auf amtlichen Aufzeichnungen beruhende Angaben zugegangen:

Unter den konskribirten Armen befanden sich

Kreis.	Jahr.	1. Arbeitslose Erwerbs- fähige.	2. Theilweise Erwerbs- fähige.	3. Ganz Er- werbs- unfähige.	4. Werktags- schul- pflichtige.	5. Sonntags- schul- pflichtige.
Oberbayern	1862/63	271	4030	2838	3741	513
	1866/67	340	4438	3097	3675	534
Niederbayern	1862/63	22	4178	3422	3107	469
	1866/67	51	4504	3310	2770	559
Pfalz . . .	1862/63	1309	5441	3201	7225	2097
	1866/67	1075	4933	2742	6542	1829
Oberpfalz .	1862/63	49	2871	2573	1510	421
	1866/67	1	3166	2433	1561	343
Oberfranken	1862/63	21	3157	1526	1847	370
	1866/67	37	3034	1421	1580	316
Mittelfranken	1862/63	294	5810	2613	5213	739
	1866/67	337	5429	2911	4969	680
Unterfranken	1862/63	69	3392	1944	1672	518
	1866/67	78	3137	1826	1545	420
Schwaben .	1862/63	52	4823	2427	3495	725
	1866/67	80	4357	2491	2653	474
Königreich	1862/63	2087	33702	20544	27810	11522
	1866/67	1999	32998	20231	25295	5155

Auffallend gross ist die Zahl der arbeitslosen Erwerbsfähigen in der Pfalz. Die Rubriken 4 und 5 lassen, wenn auch nicht vollständig — da die noch nicht schulpflichtigen Kinder nicht ausgeschieden, sondern in der 3. Rubrik mit begriffen sind — doch zum Theil die Zahl der im jugendlichen Alter stehenden Armen erkennen.

Ein in sittlicher Beziehung sehr bedenklicher und zugleich die Rechtsordnung gefährdender Bestandtheil der Armen sind die Bettler und Vaganten. Sowohl über ihre Zahl, als über ihre Gliederung nach Alter, Geschlecht und Heimath, giebt uns für die Jahre 1835—61 die amtliche Statistik Bayerns*) eingehende Aufschlüsse. Wir lassen hier zuerst die Zahl der aufgegriffenen Bettler und Vaganten nach Kreisen und im ganzen Lande folgen.

*) Im 2., 8. und 16. Heft der vom Königl. statistischen Bureau herausgegebenen Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern, dann in der aus amtlichen Quellen bearbeiteten „Statistik der Bettler und Vaganten im Königreich Bayern von Dr. G. Mayr, München 1865.“

Es wurden in den 26 Jahren von 1835/36 bis 1860/61 aufgegriffen:

In	Bettler.		Vaganten.	
	Im Ganzen.	Im Durchschnitt pro Jahr.	Im Ganzen.	Im Durchschnitt pro Jahr.
Oberbayern	166905	6419	249076	9580
Niederbayern	93612	3600	151489	5826
der Pfalz	268399	10323	207662	7987
der Oberpfalz	108775	4184	152135	5851
Mittelfranken	81801	3146	107606	4138
Oberfranken	105765	4068	106896	4111
Unterfranken	87057	3348	84454	3248
Schwaben und Neuburg .	107751	4144	158161	6083
Im ganzen Königreich	1,020065	39233	1,217479	46826

Die absoluten Zahlen waren in folgenden Jahren folgende:

In	1835/36.		1847/48.		1860/61.	
	Bettler.	Vaganten.	Bettler.	Vaganten.	Bettler.	Vaganten.
Oberbayern	9408	9746	4800	9423	4521	11348
Niederbayern	3141	4812	3672	5220	2555	4913
der Pfalz	3399	5215	9607	6920	9904	5677
der Oberpfalz	3916	4794	3996	6719	2511	3889
Mittelfranken	2664	4134	3340	3860	1890	2013
Oberfranken	4026	6186	3543	3206	1342	1149
Unterfranken	2068	1745	1937	1354	2245	2256
Schwaben und Neuburg	3225	4476	3915	7187	2148	3995
Im ganzen Königreich	31865	40108	34810	43839	27116	35240

Zur vorstehenden Tabelle ist vor Allem zu bemerken, dass in Bayern erfahrungsgemäss die Aufgreifungen von Bettlern und Vaganten mit den zur Anzeige gebrachten Fällen derartiger Handlungen der Zahl nach fast zusammenfallen und erstere daher einen richtigen Schluss auf den Umfang des Bettelns und Vagirens zu lassen. Würde man die Zahl der Aufgegriffenen in den einzelnen Jahren vergleichen, so würde sich zeigen, dass sie sowohl im ganzen Lande, als in den einzelnen Kreisen ziemlich genau den Bewegungen der Zahl der konskribirten Armen und mit dieser den Schwankungen der Getreidepreise folgt. Sie ist am höchsten in den Theuerungsjahren 1846/47 und 1852/53, und am niedrigsten in den auf letztere gefolgtten wohlfeilen Jahren 1858/61. Die Stellung, welche die einzelnen Kreise im Hinblick auf die Zahl der aufgegriffenen Bettler und Vaganten einnehmen, ist jedoch verschieden von jener bezüglich der Zahl der konskribirten Armen. Den ersten Platz

hat allerdings auch hier die Pfalz; ihr zunächst steht aber nicht Mittelfranken, sondern Oberbayern. Mittelfranken finden wir vielmehr mit Unterfranken hier auf der untersten, der günstigsten Stelle. Die Zahl der Vaganten überwiegt im Ganzen jene der Bettler (54 % Vaganten und 46 % Bettler); sie ist am stärksten in Niederbayern (62 % Vaganten, 38 % Bettler) und Oberbayern (60 % Vaganten, 40 % Bettler), und nähert sich mehr der allgemeinen Landesziffer in Schwaben (59 % Vaganten, 41 % Bettler), in der Oberpfalz (58 % Vaganten, 42 % Bettler) und Mittelfranken (57 % Vaganten, 43 % Bettler); fast gleich stehen sich beide Zahlen in Unterfranken (49 % Vaganten, 51 % Bettler), ganz gleich in Oberfranken (50 % Vaganten, 50 % Bettler); bloss in der Pfalz übersteigt die Zahl der Bettler erheblich die der Vaganten (44 % Vaganten, 56 % Bettler).

Das Verhältniss der Zahl der Aufgegriffenen zur Bevölkerung anlangend, so treffen, wenn wir den Jahresdurchschnitt jener 26jährigen Periode zu Grunde legen auf 100000 Einwohner in

	Aufgegriffene Bettler.	Aufgegriffene Vaganten.	Zusammen.
Oberbayern	897	1337	2234
Niederbayern	665	1076	1741
der Pfalz	1738	1345	3083
„ Oberpfalz	898	1275	2155
Oberfranken	820	829	1649
Mittelfranken	600	788	1388
Unterfranken	569	551	1120
Schwaben	746	1096	1842
Im ganzen Königreich .	875	1045	1920

Die drei fränkischen Kreise, namentlich Unter- und Mittelfranken, bieten sonach das günstigste Verhältniss dar, das ungünstigste auch hier wieder die Pfalz.

Die Vertheilung der Aufgegriffenen nach Alter und Geschlecht stellt sich, wie folgt. Es waren in der genannten Periode durchschnittlich in

In	Unter 100 aufgegriffenen Bettlern.			Unter 100 aufgegriffenen Vaganten.		
	Männer.	Weiber.	Kinder unter 14 J.	Männer.	Weiber.	Kinder unter 14 J.
Oberbayern	45	40	15	62	33	5
Niederbayern	42	38	20	56	33	11
der Pfalz	41	31	28	60	22	18
der Oberpfalz	33	54	13	53	41	6
Oberfranken	40	38	22	57	33	10
Mittelfranken	46	39	15	56	38	6
Unterfranken	53	32	15	64	28	8
Schwaben	51	42	7	68	30	2
Im ganzen Königreich .	43	38	19	60	32	8

Die Betheiligung am Betteln und Vagiren war demnach bei den Männern stärker, als bei den Weibern, und bei diesen wieder stärker, als bei den Kindern. Mehr noch, als bei dem Betteln, waren die Männer bei dem Vagiren in der Mehrzahl. Nur in der Oberpfalz überstieg die Zahl der im Betteln aufgegriffenen Weiber jene der Männer. Die meisten bettelnden und vagirenden Kinder finden wir in der Pfalz, die wenigsten in Schwaben.

Ueber das Heimathsverhältniss der aufgegriffenen Bettler und Vaganten liefert die amtliche Statistik nachfolgende Daten:

Von den in der Periode 1835/61 aufgegriffenen Bettlern und Vaganten gehörten an dem Kreise.		Es treffen daher auf 100000 Seelen der Bevölkerung jährlich d. Kreise angehörige Bettler u. Vaganten.
Oberbayern	316919	1701
Niederbayern	197824	1405
Pfalz	406725	2635
Oberpfalz	259492	2143
Oberfranken	232216	1800
Mittelfranken	181897	1333
Unterfranken	142906	934
Schwaben	228113	1580

Was die ausserhalb ihres Heimathskreises im Königreiche aufgegriffenen Bettler und Vaganten betrifft, so nehmen die einzelnen Kreise hiervon nicht im gleichen Verhältnisse Theil. Setzt man die Zahl der in jedem Kreise beheimatheten Bettler und Vaganten gleich 1000, so wurden hiervon in anderen Kreisen des Königreiches aufgegriffen:

Aus Oberbayern	117	Aus Oberfranken	246
„ Niederbayern	206	„ Mittelfranken	289
„ der Pfalz	59	„ Unterfranken	252
„ der Oberpfalz	271	„ Schwaben	249

Wird der Zahl der in jedem Kreise angehörigen Bettler und Vaganten unter den aufgegriffenen die weiter oben angegebene Zahl der in ihm vorgekommenen Aufgreifungen entgegeng gehalten, so ergibt sich, dass in sechs Kreisen die letztere Zahl grösser ist, als die erstere. Am grössten ist der Abstand in Ober- und Niederbayern (24, beziehungsweise 20 %), am geringsten in Mittelfranken (4 %). Nur in der Oberpfalz decken sich nahezu beide Zahlen, und in Oberfranken erhebt sich sogar die erstere um volle 9 % über die letztere. Oberbayern und Niederbayern sind hiernach am meisten von fremden Bettlern und Vaganten überschwemmt; in jenem bildet die Hauptstadt für sie den Anziehungspunkt, in diesem die Fruchtbarkeit des Landes. Hieraus, und nicht etwa aus der dem bayerischen Stamm vor dem fränkischen eigenen stärkeren Wanderlust, erklärt sich auch die unverhältnissmässig grosse Zahl der Vaganten in jenen beiden Kreisen, da die Vaganten grossentheils aus entfernteren Orten kommen. Wie gering

im Gegentheil gerade dort bei dem in Rede stehenden Bevölkerungselement die Wanderlust ist, giebt die zuletzt angeführte Zahlenreihe deutlich zu erkennen, nach welcher von den in Ober- und Niederbayern beheimatheten Bettlern und Vaganten ein viel kleinerer Theil ausserhalb des Heimathskreises aufgegriffen wurde, als von den, den übrigen diesseitsrheinischen Kreisen angehörenden. Wenn in der Pfalz der fragliche Bruchtheil noch bedeutend geringer ist, als in Ober- und Niederbayern, so rührt diß von der geographischen Lage des Kreises her, der durch dazwischen liegende fremde Gebiete vom Hauptkörper des bayerischen Staates getrennt ist. Die Rangordnung der einzelnen Kreise ist mit Rücksicht auf die Zahl ihrer Heimathsangehörigen unter den aufgegriffenen Bettlern und Vaganten im Verhältniss zur Bevölkerung eine andere, wie jene nach der Zahl der in ihnen stattgefundenen Aufgreifungen. Die nächste Stelle nach der Pfalz nimmt hier nicht Oberbayern, sondern die Oberpfalz ein, auf die Oberfranken und nach welchem erst Oberbayern folgt. Unterfranken finden wir auch hier, wie dort, auf dem untersten, das ist günstigsten, Platz. Dass übrigens nicht die Zahl der in einem Kreise aufgegriffenen Bettler und Vaganten, sondern die Zahl seiner heimischen Bettler und Vaganten, gleichviel, wo sie aufgegriffen werden, allein einen richtigen Schluss auf den grösseren oder geringeren Hang seiner Bewohner zum Betteln und Vagiren zulässt, ist von selbst einleuchtend. Jene erstere Zahl deutet nur das Maas der Belästigung des Kreises durch Bettler und Vaganten an. Sie begreift auch die ausländischen Bettler und Vaganten in sich, deren in den letzten Jahren 1835—61 im Ganzen 243174 aufgegriffen wurden. Die Zahl der während dieses Zeitraumes im Auslande aufgegriffenen und von dort eingeschobenen bayerischen Bettler und Vaganten beträgt dagegen bloss 56946.

Quelle: „Das Armenwesen und die Armengesetzgebung in europäischen Staaten“
Sammelwerk, Herausgeber Arwed Emminghaus, Verlag F. A. Herbig, Berlin 1870

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2014			2015		
		Monatsdurchschnitt			Oktober	Nov.	Dez.	Oktober	Nov.	Dez.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 604	12 692	12 844	12 687	12 692	12 692	12 817	12 830	12 844
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹	Anzahl	4 969	5 194	5 428	5 613	3 048	6 254	5 992	3 530	6 455
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,7	4,9	5,1	5,2	2,9	5,8	5,5	3,3	5,9
* Lebendgeborene ²	Anzahl	9 131	9 496	9 855	10 475	8 489	12 116	10 313	9 296	12 746
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,7	9,0	9,3	9,7	8,1	11,2	9,5	8,8	11,7
* Gestorbene ³	Anzahl	10 575	10 344	11 128	10 500	9 887	13 323	10 172	10 428	12 249
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	10,1	9,8	10,5	9,7	9,5	12,4	9,4	9,9	11,2
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	25	26	27	28	22	39	23	32	36
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,7	2,8	2,8	2,7	2,6	3,2	2,2	3,4	2,8
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	13	16	15	22	14	19	17	19	25
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,4	1,6	2	2,1	1,6	1,6	1,6	2,0	2,0
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 444	- 848	-1 194	- 25	-1 398	-1 207	141	- 173	497
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 1,4	- 0,8	- 1,2	0,0	- 1,3	- 1,1	0,1	- 0,2	0,5
* Totgeborene ²	Anzahl	29	31	33	31	27	52	37	25	45
Wanderungen										
(Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	30 527	33 365	39 584	41 110	28 913	25 690	53 424	40 029	37 561
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	20 014	23 008	29 142	26 052	19 479	17 764	37 908	29 786	29 112
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	22 390	25 639	25 920	29 919	22 988	25 412	31 843	26 663	24 636
* darunter in das Ausland	Anzahl	13 050	15 839	15 813	16 473	13 952	17 697	17 574	16 904	16 651
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 514	10 356	10 441	15 058	9 434	7 926	15 516	10 243	8 449
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 340	9 800	10 107	13 466	9 036	7 715	14 269	9 759	7 985
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	8 137	7 726	13 663	11 191	5 925	278	21 581	13 366	12 925
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	43 522	44 525	44 486	52 909	41 985	38 742	51 721	45 893	42 452
		2013	2014	2015	2014		2015			
		Jahresdurchschnitt			Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Arbeitsmarkt ⁵										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	4 960,6	5 065,2	5 188,4	5 146,9	5 090,4	5 126,2	5 184,5	5 280,9	5 233,9
* Frauen	1 000	2 266,6	2 318,1	2 382,4	2 349,5	2 345,9	2 359,5	2 374,4	2 416,2	2 413,4
* Ausländer	1 000	478,9	533,8	597,7	563,4	549,9	572,9	602,4	630,3	620,3
* Teilzeitbeschäftigte ⁷	1 000	1 215,0	1 266,8	1 337,9	1 287,9	1 296,3	1 317,9	1 339,8	1 361,0	1 369,4
* darunter Frauen ⁷	1 000	1 010,6	1 049,6	1 100,5	1 063,8	1 072,6	1 087,4	1 100,2	1 115,9	1 124,2
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	24,4	25,8	27,2	27,8	23,0	26,3	29,3	29,3	24,4
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 667,3	1 697,7	1 721,9	1 727,5	1 697,7	1 707,3	1 720,3	1 750,5	1 721,0
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 390,5	1 414,8	1 433,1	1 431,8	1 424,1	1 427,7	1 426,1	1 446,8	1 439,4
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 320,3	1 343,8	1 362,2	1 360,2	1 353,5	1 357,4	1 355,0	1 375,2	1 368,7
* F Baugewerbe	1 000	276,7	282,9	288,8	295,7	273,7	279,6	294,2	303,7	281,6
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 268,8	3 341,6	3 439,4	3 391,5	3 369,6	3 392,5	3 434,9	3 501,0	3 488,5
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 081,1	1 097,6	1 124,0	1 114,9	1 102,9	1 108,5	1 123,3	1 144,3	1 136,9
* J Information und Kommunikation	1 000	171,6	178,5	187,1	180,4	183,0	184,9	187,3	189,9	189,6
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	188,9	189,4	189,8	190,6	190,4	189,2	188,6	191,1	189,8
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	29,7	30,1	31,6	30,5	30,5	31,2	31,7	32,2	32,4
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienst- leister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	592,8	618,3	647,7	637,0	620,2	630,0	650,8	670,3	659,6
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	1 032,3	1 054,8	1 083,4	1 062,8	1 070,4	1 074,1	1 077,1	1 095,3	1 103,6
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	172,3	172,9	175,7	175,2	172,3	174,5	176,1	177,8	176,5
		2013	2014	2015	2015		2016			
		Jahresdurchschnitt			Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Arbeitslose	1 000	264,8	264,6	256,5	243,7	253,5	242,2	233,9	236,4	249,5
* darunter Frauen	1 000	123,5	123,2	117,7	116,1	121,7	109,7	106,8	109,0	116,3
* Arbeitslosenquote insgesamt ⁸⁻⁹	%	3,8	3,8	3,6	3,4	3,6	3,4	3,2	3,3	3,5
* Frauen	%	3,8	3,7	3,5	3,5	3,6	3,2	3,1	3,2	3,4
* Männer	%	3,9	3,8	3,7	3,4	3,5	3,5	3,3	3,3	3,5
* Ausländer	%	8,8	8,7	8,6	8,1	8,2	8,6	8,3	8,2	8,6
* Jugendliche	%	3,2	3,2	3,1	3,0	3,9	2,8	2,7	3,2	4,1
* Kurzarbeiter ¹⁰	1 000	19,9	17,7	16,2	7,0	4,9
* Gemeldete Stellen ¹¹	1 000	64,4	73,1	87,8	91,7	92,7	105,4	104,6	107,5	110,2

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.

2 Nach der Wohngemeinde der Mutter;
p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;
p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurde bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen aufgenommen und neue Erhebungsinhalte eingeführt.

6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.

7 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.

8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

9 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

10 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.

11 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015		2016			
		Monatsdurchschnitt			Jun	Juli	April	Mai	Jun	Juli
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Anzahl										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ...	1 000	520,7	519,3	511,6	528,7	498,6	471,8	467,0	483,8	454,9
darunter Rinder	1 000	74,1	75,9	77,3	74,8	73,8	75,8	70,0	64,5	59,5
darunter Kälber ²	1 000	1,7	1,6	1,5	1,2	1,1	1,3	1,3	1,2	1,2
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4	0,5	0,4	0,3
Schweine	1 000	436,1	432,9	423,9	444,9	416,4	386,2	386,9	410,1	386,1
Schafe	1 000	9,9	9,8	9,6	8,3	7,6	8,9	9,4	8,4	8,7
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	515,3	514,2	506,8	525,3	495,5	469,5	465,3	482,5	453,8
darunter Rinder	1 000	73,2	75,1	76,5	74,2	73,3	75,4	69,7	64,2	59,3
darunter Kälber ²	1 000	1,5	1,5	1,4	1,1	1,0	1,2	1,3	1,1	1,1
Jungrinder ³	1 000	0,4	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3
Schweine	1 000	432,9	429,9	421,2	443,1	414,8	384,9	386,2	409,5	385,5
Schafe	1 000	8,7	8,6	8,5	7,5	6,8	8,4	8,9	8,1	8,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	343,0	343,9	344,1	346,9	342,6	346,3	345,0	345,3	341,4
darunter Kälber ²	kg	109,7	112,5	108,4	109,5	107,5	108,9	110,0	117,9	113,1
Jungrinder ³	kg	177,0	183,3	177,9	158,5	179,2	197,9	175,4	184,7	180,9
Schweine	kg	95,4	95,8	96,0	95,3	94,4	97,1	96,4	95,6	94,5
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ..	1 000 t	67,3	67,7	67,5	68,5	64,8	63,9	61,6	61,6	57,0
darunter Rinder	1 000 t	25,4	26,0	26,6	25,9	25,3	26,2	24,1	22,3	20,3
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	41,6	41,5	40,7	42,4	39,3	37,5	37,3	39,2	36,5
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) ..	1 000 t	66,7	67,2	67,0	68,2	64,5	63,7	61,5	61,5	56,9
darunter Rinder	1 000 t	25,2	25,8	26,4	25,7	25,1	26,1	24,0	22,2	20,3
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	41,3	41,2	40,4	42,2	39,2	37,4	37,2	39,1	36,4
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	3 964	4 730	5 091	5 070	5 063	5 218	5 223	5 225	5 236
Legehennenbestand ⁶	1 000	3 472	4 153	4 499	4 200	3 837	3 518	3 482	3 363	3 447
Konsumeier ⁶	1 000	86 782	101 881	114 059	110 774	102 117	80 290	84 973	83 220	85 312
Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	13,4	14,5	13,7	7,4	7,8	14,9	14,6	16,3	15,0
Getreideanlieferungen ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	5,3	4,5	3,9	2,1	14,8	2,1	2,1	1,8	3,7
Weizen	1 000 t	53,1	39,3	33,7	26,9	52,1	30,5	30,0	30,2r	26,7
Gerste	1 000 t	12,6	7,2	8,9	9,6	31,8	8,5	8,8r	8,4r	19,0
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	0,6	0,3	0,3	0,1	0,4	0,4	0,3	0,4	0,3
Vermahlung von Getreide ^{8,9}										
Getreide insgesamt	1 000 t	107,4	104,5	106,9	107,0	108,5	113,8	106,4	111,7	107,3
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,5	11,1	11,9	11,5	12,1	11,5	10,3	11,5	10,4
Weizen und -gemenge	1 000 t	95,9	93,4	95,0	95,4	96,4	102,3	96,1	100,2	96,9
Vorräte in zweiter Hand ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	40,5	45,5	51,2	29,1	56,8	31,0	28,1	24,4	25,4
Weizen	1 000 t	439,6	467,9	490,3	264,6	440,3	395,6r	378,3r	343,5r	269,2
Gerste	1 000 t	219,0	256,9	332,1	211,3	370,9	236,7r	214,8	227,6r	379,4
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	8,7	6,7	6,5	3,5	4,5	7,2	6,6	6,2	6,7
Mais	1 000 t	76,0	52,4	63,2	61,2	34,1	61,0r	51,4	54,8r	35,2
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 859	1 928	...	2 364	2 635r	2 119	2 250	2 387	2 228
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	115	115	...	196r	237r	149	182	171	181
11 bis 13	1 000 hl	1 718	1 776	...	2 133	2 363	1 919	2 023	2 192	2 027
14 oder darüber	1 000 hl	26	35	...	35	35	51	45	24	20
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	370	383	...	570	588	504	516	642	542
dav. in EU-Länder	1 000 hl	230	236	...	341	350	285	316	417	346
in Drittländer	1 000 hl	140	147	...	230	238	219	200	225	196

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygiene-recht im Besitz einer Zulassung sind.

8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015		2016			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbeanmeldungen ²	1 000	10,8	10,5	10,2	10,0	10,2	10,2	8,7	9,7	...
* Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,3	9,4	9,2	8,3	9,1	7,9	7,0	8,1	...
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 874	3 830	3 911	3 921	3 921	3 981	3 975	3 974	3 973
* Beschäftigte	1 000	1 095	1 111	1 135	1 131	1 136	1 146	1 147	1 149	1 153
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	374	386	388	386	388	391	390	391	392
Investitionsgüterproduzenten	1 000	525	526	542	541	542	548	549	549	549
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	35	35	36	36	36	37	37	37	37
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	159	162	166	166	168	169	169	171	173
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	140 284	142 141	146 141	145 707	158 486	153 618	136 873	156 495	150 008
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 438	4 651	4 885	5 203	5 317	5 018	5 244	5 406	5 600
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	26 935	26 190	27 327	28 177	29 270	28 761	26 374	29 987	27 000
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	6 827	7 223	7 416	7 862	8 004	7 665	7 294	8 066	7 403
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	15 427	14 315	15 358	15 722	16 325	16 624	14 716	17 286	15 079
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	3 120	3 208	3 221	3 279	3 479	3 144	3 135	3 326	3 225
* Energie	Mill. €
* darunter Auslandsumsatz	Mill. €	14 546	13 795	14 717	15 086	15 647	15 678	14 337	15 925	14 620
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2010 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung										
von Steinen und Erden	%	105,8	109,4	112,8	117,3	122,5	120,6	109,9	126,4	113,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	96,8	94,2	91,2	104,1	112,7	102,6	100,9	122,1	115,2
Verarbeitendes Gewerbe	%	105,8	109,4	112,9	117,4	122,5	120,7	109,9	126,4	113,6
Vorleistungsgüterproduzenten	%	104,5	108,3	109,8	115,9	120,2	118,4	109,9	121,8	113,1
Investitionsgüterproduzenten	%	107,3	111,5	116,5	120,5	125,3	125,1	111,1	131,9	114,8
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	104,7	106,8	108,0	112,2	118,8	110,3	108,3	117,3	111,5
Energie	%
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2010 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt										
Inland	%	110,5	118,0	118,3	126,2	122,5	118,3	116,8	132,9	117,3
Ausland	%	104,3	106,5	110,0	111,1	122,4	115,8	105,0	121,3	110,0
Vorleistungsgüterproduzenten	%	114,6	125,4	123,7	135,9	122,6	120,0	124,4	140,5	122,1
Investitionsgüterproduzenten	%	105,8	109,6	114,1	123,9	115,4	117,4	115,1	127,4	113,2
Gebrauchsgüterproduzenten	%	113,1	122,4	120,6	128,4	125,5	119,4	118,8	136,8	119,8
Verbrauchsgüterproduzenten	%	94,9	98,6	100,8	101,2	106,3	104,9	88,9	105,8	91,9
Verbrauchsgüterproduzenten	%	105,5	108,8	116,8	113,8	131,7	113,3	108,8	115,8	116,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen. Aufgrund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte ab dem Jahr 2014 mit den vorhergehenden Zeiträumen nicht vergleichbar.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015		2016				
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Baugewerbe ¹											
Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²											
Tätige Personen im Bauhauptgewerbe ³	Anzahl	139 246	141 005	140 750	143 965	143 425	141 734	142 754	143 174	143 815	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 374	13 951	13 658	16 140	17 270	15 477	14 197	16 855	15 708	
dav. für Wohnungsbauten	1 000	6 050	6 326	6 124	7 334	7 792	6 975	6 433	7 577	7 027	
gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	3 724	3 892	3 851	4 345	4 565	4 291	3 801	4 513	4 172	
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 601	3 733	3 684	4 462	4 913	4 211	3 963	4 765	4 508	
Entgelte	Mill. €	338,3	357,0	364,9	386,6	395,8	376,8	387,9	399,3	390,6	
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 611,0	1 678,4	1 690,9	1 812,9	2 055,8	1 684,4	1 716,4	2 068,5	2 074,4	
dav. Wohnungsbau	Mill. €	629,1	640,2	667,4	697,7	822,0	712,5	700,7	848,0	855,6	
gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	524,6	582,6	565,3	605,7	644,2	552,8	542,5	643,9	634,0	
öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	457,4	455,5	458,1	509,5	589,6	419,1	473,2	576,6	584,8	
Messzahlen (2010 = 100)											
Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	118,4	123,1	132,4	148,7	160,4	170,1	140,4	190,7	136,3	
davon Wohnungsbau	Messzahl	125,2	130,5	154,9	154,5	144,3	192,7	153,4	191,2	162,9	
gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	116,8	126,8	127,2	149,3	118,9	145,5	125,9	205,3	119,3	
öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	115,7	114,2	123,3	144,3	217,0	182,5	147,9	174,4	137,5	
darunter Straßenbau	Messzahl	127,1	126,7	125,9	178,7	80,9	264,1	164,9	225,0	158,5	
Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ^{5, 6}											
Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	59 121	59 700	61 479	61 099	.	.	.	62 536	.	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 065	6 034	6 246	18 545	.	.	.	19 282	.	
Entgelte	Mill. €	148,8	153,3	161,0	475,0	.	.	.	501,3	.	
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	621,1	635,4	632,0	1 717,1	.	.	.	1 926,7	.	
Energie- und Wasserversorgung											
Betriebe	Anzahl	253	247	257	256	256	276	276	275	275	
Beschäftigte	Anzahl	29 734	29 587	29 461	29 339	29 223	29 353	29 323	29 319	29 273	
Geleistete Arbeitsstunden ⁷	1000	3 556	3 534	3 560	3 520	3 908	3 780	3 270	3 819	3 586	
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	128	129	130	127	123	149	123	132	126	
Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸ ..	Mill. kWh	5 595,1	5 300,8	4 919,6	5 225,9	2 765,4	4 046,8	4 468,9	4 835,0	.	
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸ ...	Mill. kWh	5 303,8	5 017,3	4 654,1	4 941,7	2 614,0	3 837,7	4 236,1	4 603,6	.	
dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	490,3	430,3	467,6	284,6	239,5	533,1	414,1	352,5	.	
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸ ..	Mill. kWh	1 058,3	939,7	1 037,5	594,9	528,2	1 059,6	861,4	661,2	.	
Handwerk (Messzahlen) ⁹											
Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 = 100)	Messzahl	.	.	.	101,0	.	.	.	101,9	.	
Umsatz ¹⁰ (VjD 2009 = 100) (ohne Umsatzsteuer)	Messzahl	.	.	.	110,4	.	.	.	117,8	.	
Bautätigkeit und Wohnungswesen											
Baugenehmigungen											
Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 980	1 995	2 116	2 304	2 298	2 467	2 433	2 443	2 059	
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 733	1 744	1 852	2 023	2 063	2 096	2 085	2 125	1 760	
Umbauter Raum	1 000 m³	2 611	2 648	2 771	3 093	2 788	3 381	3 314	3 444	2 817	
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	776	818	898	1 006	906	1 128	1 122	1 166	957	
Wohnfläche ¹²	1 000 m²	453	459	483	536	478	594	584	596	498	
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	709	665	648	781	705	789	729	779	641	
Umbauter Raum	1 000 m³	4 265	4 041	4 020	4 722	4 401	4 591	3 604	4 593	3 082	
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	559	550	614	636	514	729	581	783	534	
Nutzfläche	1 000 m²	619	576	590	666	610	672	553	719	462	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	4 677	4 897	5 138	5 556	4 839	6 592	6 204	7 084	5 579	
Wohnräume ¹³ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	19 747	19 966	21 200	23 197	21 228	25 917	25 372	25 637	21 960	
		2013	2014	2015 ¹⁴	2015 ¹⁴		2016 ¹⁴				
		Monatsdurchschnitt			Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Handel und Gastgewerbe											
Außenhandel											
Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁵	Mill. €	12 280,3	12 542,5	13 438,0	12 827,1	13 568,0	14 178,6	13 597,0	13 204,1	14 147,7	
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	639,5	645,5	740,4	697,2	635,3	737,1	697,2	751,0	721,8	
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	10 688,8	10 983,6	12 022,0	11 196,5	11 956,5	12 356,6	11 814,9	11 420,3	12 315,8	
davon Rohstoffe	Mill. €	1 578,6	1 319,2	1 009,9	1 055,5	1 140,6	804,7	799,1	725,5	727,1	
Halbwaren	Mill. €	523,8	497,9	516,3	502,1	525,8	452,9	486,4	484,6	445,6	
Fertigwaren	Mill. €	8 586,3	9 166,5	10 495,8	9 638,9	10 290,1	11 098,9	10 529,4	10 210,1	11 143,1	
davon Vorerzeugnisse	Mill. €	954,2	805,8	827,2	803,8	852,0	836,0	807,7	782,4	837,1	
Enderzeugnisse	Mill. €	7 632,1	8 360,7	9 668,5	8 835,1	9 438,1	10 262,9	9 721,7	9 427,7	10 306,0	

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Nach den Ergebnissen der Ergänzungserhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015 ¹	2015 ¹		2016 ¹			
		Monatsdurchschnitt			Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ² aus										
* Europa ³	Mill. €	8 394,2	8 745,1	9 247,6	8 847,0	9 220,6	10 105,3	9 767,6	9 343,7	9 936,1
* dar. aus EU-Ländern ⁴ insgesamt	Mill. €	7 112,3	7 497,8	8 018,8	7 657,8	7 981,2	8 753,3	8 513,4	8 230,7	8 835,3
dar. aus Belgien	Mill. €	327,0	309,7	298,4	281,3	299,1	348,4	313,9	288,2	341,9
Bulgarien	Mill. €	31,6	35,2	38,2	33,3	38,9	42,7	43,8	40,4	42,0
Dänemark	Mill. €	59,3	61,5	58,5	62,5	60,9	61,7	59,5	58,4	64,2
Finnland	Mill. €	37,4	40,8	40,7	40,0	36,6	40,1	43,7	37,7	38,9
Frankreich	Mill. €	515,4	526,4	525,4	500,8	540,5	538,4	538,2	544,2	576,7
Griechenland	Mill. €	24,1	25,4	32,1	33,8	33,4	38,0	35,1	30,3	41,0
Irland	Mill. €	163,2	118,6	108,0	94,7	119,1	95,0	105,5	81,6	89,6
Italien	Mill. €	859,5	869,1	876,5	855,7	892,7	988,5	891,7	964,4	970,9
Luxemburg	Mill. €	20,1	21,0	24,2	23,7	26,6	26,2	25,3	23,7	27,3
Niederlande	Mill. €	625,4	662,1	711,4	666,4	727,6	775,8	679,6	697,2	790,2
Österreich	Mill. €	1 261,2	1 253,7	1 236,1	1 193,7	1 216,6	1 339,2	1 294,7	1 223,0	1 312,9
Polen	Mill. €	402,2	472,7	729,4	682,0	702,8	816,0	803,5	751,9	789,2
Portugal	Mill. €	63,6	67,0	75,1	70,7	81,8	84,1	85,7	75,8	91,0
Rumänien	Mill. €	169,3	220,8	236,1	227,6	241,4	264,9	245,8	238,8	254,0
Schweden	Mill. €	130,8	114,1	103,2	98,0	98,7	118,3	110,0	104,1	127,7
Slowakei	Mill. €	238,8	247,6	286,8	236,4	285,0	357,4	346,1	353,7	382,3
Slowenien	Mill. €	81,6	84,2	85,9	81,7	84,4	100,0	95,8	91,5	98,8
Spanien	Mill. €	299,3	318,5	349,1	381,2	322,8	332,6	394,0	352,3	351,9
Tschechische Republik	Mill. €	817,0	878,7	956,9	863,4	887,5	1 147,7	1 093,6	1 009,2	1 110,7
Ungarn	Mill. €	484,2	633,2	709,8	695,7	746,1	682,0	789,6	693,2	781,9
Vereinigtes Königreich	Mill. €	444,8	475,0	464,1	452,7	470,0	473,6	437,4	480,5	472,4
Russische Föderation	Mill. €	599,7	535,8	462,3	507,2	471,2	469,6	413,7	318,0	269,1
* Afrika ³	Mill. €	513,2	372,9	264,9	229,4	296,1	175,8	176,7	136,9	222,4
dar. aus Südafrika	Mill. €	41,6	36,7	38,4	25,5	32,1	38,1	35,0	27,5	69,5
* Amerika	Mill. €	925,9	962,8	1 169,6	1 124,1	1 157,2	1 307,5	1 154,6	1 140,3	1 145,4
darunter aus den USA	Mill. €	768,2	815,9	1 005,7	975,2	1 009,4	1 136,7	960,4	966,1	985,4
* Asien ³	Mill. €	2 435,2	2 450,9	2 745,4	2 617,0	2 884,1	2 575,5	2 480,9	2 573,4	2 832,0
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	942,4	991,4	1 230,7	1 117,8	1 206,0	1 148,1	1 013,0	1 093,6	1 237,4
Japan	Mill. €	246,9	240,4	240,4	219,0	240,4	284,9	267,2	249,6	289,6
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	11,8	10,9	10,4	9,7	9,9	14,5	17,2	9,8	11,8
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁵	Mill. €	14 085,3	14 118,4	14 910,8	14 161,9	15 377,5	16 049,3	16 097,9	14 341,2	16 641,5
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	692,0	711,1	726,6	726,2	775,8	762,4	692,1	737,7	752,3
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	12 870,1	12 896,5	13 807,4	12 870,5	13 985,8	14 659,6	14 791,8	13 026,6	15 259,6
* davon Rohstoffe	Mill. €	73,2	76,5	81,7	81,7	72,9	77,0	81,2	79,4	71,5
* Halbwaren	Mill. €	565,9	549,0	529,1	542,6	579,2	499,5	527,5	499,7	540,4
* Fertigwaren	Mill. €	12 231,0	12 271,0	13 196,7	12 246,2	13 333,7	14 083,2	14 183,1	12 447,5	14 647,8
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	995,8	988,7	1 035,1	991,1	1 088,5	1 082,9	1 055,3	1 010,2	1 090,3
* Enderzeugnisse	Mill. €	11 235,2	11 282,3	12 161,6	11 255,1	12 245,2	13 000,3	13 127,8	11 437,3	13 557,5
darunter ² nach										
* Europa ³	Mill. €	8 793,5	8 751,1	9 342,3	9 197,4	9 804,0	10 201,3	10 302,4	9 358,0	10 602,8
* dar. in EU-Länder ⁴ insgesamt	Mill. €	7 511,1	7 543,5	8 245,6	8 149,0	8 609,7	8 995,4	9 080,4	8 212,4	9 331,9
dar. nach Belgien	Mill. €	569,0	405,1	406,9	392,4	413,2	486,8	485,4	426,4	454,4
Bulgarien	Mill. €	29,4	30,7	37,4	35,0	33,1	38,5	35,2	38,7	38,4
Dänemark	Mill. €	115,0	115,8	120,9	118,3	135,5	144,9	130,4	124,1	141,4
Finnland	Mill. €	99,7	95,9	101,5	94,1	106,9	106,6	111,9	101,3	108,7
Frankreich	Mill. €	990,1	961,1	1 016,5	927,0	1 074,9	1 091,7	1 116,6	986,7	1 152,3
Griechenland	Mill. €	47,1	43,6	42,6	46,0	44,4	51,7	47,2	44,0	43,4
Irland	Mill. €	59,6	57,0	58,9	54,6	55,1	66,5	65,1	58,5	61,9
Italien	Mill. €	875,2	860,5	906,1	937,0	949,2	1 036,6	1 024,8	946,0	1 070,1
Luxemburg	Mill. €	39,0	38,1	39,6	42,3	40,4	50,4	58,5	42,9	44,6
Niederlande	Mill. €	476,1	485,4	508,6	483,9	553,8	570,0	538,6	500,8	559,1
Österreich	Mill. €	1 117,8	1 086,4	1 153,8	1 143,2	1 220,8	1 251,9	1 313,2	1 150,4	1 351,2
Polen	Mill. €	377,4	429,7	494,8	483,3	486,9	552,9	549,7	501,5	579,3
Portugal	Mill. €	84,3	91,1	96,5	113,4	98,3	120,6	109,5	119,9	114,8
Rumänien	Mill. €	129,2	142,7	155,3	148,0	153,1	191,2	184,5	173,5	184,8
Schweden	Mill. €	255,0	270,5	297,5	327,7	369,4	316,4	373,7	272,5	319,4
Slowakei	Mill. €	158,7	157,9	177,4	178,5	191,5	186,0	190,8	183,6	199,1
Slowenien	Mill. €	54,0	55,3	60,8	62,9	61,9	66,1	65,4	61,8	65,1
Spanien	Mill. €	359,0	375,7	420,7	440,8	458,5	487,9	472,8	467,0	492,1
Tschechische Republik	Mill. €	444,0	464,4	498,7	480,0	508,9	543,9	542,3	519,5	574,3
Ungarn	Mill. €	214,1	226,6	261,4	260,9	258,4	271,1	290,5	259,9	311,8
Vereinigtes Königreich	Mill. €	929,3	1 059,0	1 289,8	1 275,4	1 299,5	1 237,2	1 263,3	1 126,5	1 356,5
Russische Föderation	Mill. €	365,5	316,5	210,1	178,6	235,3	208,9	204,0	209,5	230,3
* Afrika ³	Mill. €	255,4	243,9	236,3	223,5	237,8	242,1	242,7	220,1	246,7
dar. nach Südafrika	Mill. €	116,9	94,1	95,0	92,1	97,2	87,4	79,1	82,4	92,3
* Amerika	Mill. €	2 121,7	2 127,6	2 411,3	2 105,6	2 389,4	2 353,0	2 380,6	1 984,4	2 484,1
darunter in die USA	Mill. €	1 577,0	1 644,0	1 897,2	1 612,6	1 833,8	1 805,5	1 853,2	1 507,1	1 931,6
* Asien ³	Mill. €	2 776,4	2 863,1	2 779,6	2 509,2	2 808,3	3 097,0	2 977,5	2 637,6	3 141,9
darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	1 292,1	1 371,6	1 202,5	1 125,2	1 234,5	1 347,5	1 308,0	1 163,4	1 341,5
nach Japan	Mill. €	295,2	271,5	276,2	220,5	256,2	306,6	296,6	238,5	307,7
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	138,3	132,6	139,9	126,2	138,0	155,8	194,7	141,1	166,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

- 1 Die Monatergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
- 2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
- 3 Ceuta und Melilla werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Afrika zugeordnet. Georgien, Armenien,

Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Asien zugeordnet.
⁴ EU 27. Ab Juli 2013 28.
⁵ Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014 ¹	2015 ¹	2015 ¹		2016 ¹			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Großhandel (2010 ± 100) ^{2, 3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	105,2	106,3	107,9	112,4	114,6	107,7	104,0	114,9	.
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	98,6	101,0	103,5	106,9	108,5	104,9	100,2	110,4	.
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	108,3	109,2	110,2	110,1	110,1	110,1	110,3	110,2	.
Einzelhandel (2010 ± 100) ^{2, 5}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	110,0	112,4	116,4	112,8	118,9	120,7	116,1	116,9	117,0
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁶	%	111,7	114,0	117,2	115,8	121,7	120,0	117,1	117,9	121,3
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	108,6	108,9	112,6	115,9	127,1	120,7	121,2	125,4	126,0
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	110,0	118,9	126,1	121,1	133,4	134,2	126,6	132,2	133,4
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	110,5	113,9	119,6	116,3	124,2	128,7	122,4	122,1	122,6
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	124,2	128,7	137,4	123,2	128,6	133,5	127,5	133,3	119,8
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	105,0	106,8	110,5	106,7	113,4	113,2	108,9	110,4	110,9
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	105,2	106,3	107,2	106,6	106,7	107,7	107,6	107,6	107,3
Kfz-Handel (2010 ± 100) ^{2, 7}										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	%	102,0	104,6	112,7	120,1	124,1	134,0	118,8	132,6	.
* Index der Umsätze im Kfz-Handel real ⁴	%	99,8	102,2	109,2	116,5	120,2	128,7	114,1	127,2	.
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	%	113,0	113,6	114,2	113,1	112,9	115,8	115,9	115,8	.
Gastgewerbe (2010 ± 100) ²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	114,4	118,0	122,6	127,7	142,6	125,0	131,6	129,6	143,6
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	118,9	123,0	128,7	138,7	148,8	133,7	139,7	140,8	152,5
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	104,6	137,2	169,2	170,6	186,9	380,9	380,3	399,6	421,1
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	110,2	114,0	117,1	118,4	136,2	116,4	126,5	118,6	135,6
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	110,5	114,1	117,1	117,8	136,4	115,5	125,5	117,4	135,2
Kantinen und Caterer	%	116,8	118,4	125,3	129,4	140,0	138,6	124,9	140,4	137,9
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	108,0	109,0	110,6	114,9	128,9	111,0	116,2	114,3	126,9
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	105,0	107,0	108,1	111,6	112,7	107,2	111,1	112,1	113,4
Fremdenverkehr ⁸										
* Gästeankünfte	1 000	2 634	2 706	2 850	3 247	3 954	2 667	3 231	3 270	4 121
* darunter Auslandsgäste	1 000	631	660	711	793	1 163	660	707	798	1 129
* Gästeübernachtungen	1 000	7 013	7 102	7 342	8 295	10 076	6 407	8 405	8 108	10 413
* darunter Auslandsgäste	1 000	1 327	1 381	1 463	1 553	2 331	1 375	1 450	1 576	2 217
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	57 316	58 711	60 725	70 068	69 584	76 699	66 148	76 765	67 273
darunter Krafträder ¹⁰	Anzahl	2 934	3 161	3 377	4 750	4 761	7 219	4 636	5 362	4 232
* Personenkraftwagen und sonstige „M1“-Fahrzeuge	Anzahl	48 962	50 141	51 721	59 071	58 787	62 678	55 375	64 189	57 005
* Lastkraftwagen	Anzahl	3 603	3 631	3 820	4 393	3 880	4 564	4 057	5 176	4 171
Zugmaschinen	Anzahl	1 459	1 432	1 442	1 506	1 744	1 823	1 413	1 531	1 457
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	242	234	245	258	338	277	261	380	310
Beförderte Personen im Schienen- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse) ¹¹	1 000	105 933	107 580	107 659	321 093	.	.	.	331 667	.
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	92 138	92 963	93 086	276 951	.	.	.	282 242	.
private Unternehmen	1 000	13 795	14 617	14 574	44 142	.	.	.	49 425	.
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹²	Anzahl	31 040	30 748	32 594	32 643	37 952	34 038	34 018	33 528	...
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 318	4 377	4 486	5 313	6 742	4 314	4 953	4 876	...
mit nur Sachschaden	Anzahl	26 722	26 371	28 108	27 330	31 210	29 724	29 065	28 652	...
* Getötete Personen ¹³	Anzahl	57	52	51	51	73	53	58	41	...
* Verletzte Personen	Anzahl	5 731	5 795	5 930	6 852	8 577	5 693	6 466	6 222	...
Luftverkehr Fluggäste										
Flughafen München Ankunft	1 000	1 606	1 652	1 706	1 922	1 952	1 709	1 849	1 931	...
Abgang	1 000	1 603	1 646	1 699	1 819	1 973	1 664	1 837	1 916	...
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	137	135	140	171	157	121	156	158	...
Abgang	1 000	137	135	140	159	173	121	166	162	...
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	35	31	36	45	44	43	48	45	...
Abgang	1 000	35	31	36	42	47	43	49	43	...
Eisenbahnverkehr ¹⁴										
Güterempfang	1 000 t	2 460	2 273	2 387	2 424	2 636	2 527	2 410	2 567	...
Güterversand	1 000 t	1 970	1 904	2 052	2 137	2 450	2 128	2 109	2 280	...
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang insgesamt	1 000 t	415	444	361	374	481	207	407	361	...
davon auf dem Main	1 000 t	218	210	190	198	217	125	233	226	...
auf der Donau	1 000 t	197	234	171	175	264	82	173	135	...
* Güterversand insgesamt	1 000 t	230	274	254	279	389	124	253	279	...
davon auf dem Main	1 000 t	161	172	154	166	196	105	168	208	...
auf der Donau	1 000 t	69	102	100	113	193	20	85	71	...

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

¹ Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

² Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden (ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.

³ Einschließlich Handelsvermittlung.

⁴ Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe und Großhandel in Preisen von 2010.

⁵ Einschließlich Tankstellen.

⁶ In Verkaufsräumen.

⁷ sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

⁸ Abschnidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

⁹ Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

¹⁰ Einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

¹¹ Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.

¹² Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

¹³ Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

¹⁴ Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015		2016			
		Monatsdurchschnitt ¹			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ^{2, 3}										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	470 253	462 351	480 758	478 785	.	.	.	496 845	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	413 783	410 140	423 243	420 321	.	.	.	438 205	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	58 005	51 100	51 091	51 737	.	.	.	49 755	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵ ..	Mill. €	50 216	45 752	46 695	46 208	.	.	.	46 270	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	7 789	5 348	4 397	5 529	.	.	.	3 485	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	58 885	59 317	61 419	61 316	.	.	.	65 458	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵ ..	Mill. €	56 357	57 358	59 465	59 329	.	.	.	63 754	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	2 528	1 959	1 954	1 987	.	.	.	1 704	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	353 364	351 933	368 248	365 732	.	.	.	381 632	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵ ..	Mill. €	319 971	318 906	335 294	332 715	.	.	.	349 526	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	33 393	33 028	32 955	33 017	.	.	.	32 106	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	574 598	572 073r	582 467	580 151	.	.	.	604 114	.
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	450 479	450 183	462 238	459 791	.	.	.	485 198	.
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	419 195	423 349	431 304	428 004	.	.	.	449 711	.
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	31 284	26 833	30 935	31 787	.	.	.	35 487	.
Spareinlagen	Mill. €	124 119	121 890r	120 229	120 360	.	.	.	118 916	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	49 206	48 126	47 043	47 127	.	.	.	46 080	.
bei Kreditbanken	Mill. €	30 017	27 944	26 967	27 152	.	.	.	26 229	.
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 294	1 284	1 214	1 121	1 291	1 189	1 085	1 347	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	96	93	102	91	111	80	84	104	...
davon Unternehmen	Anzahl	252	246	266	266	348	198	223	242	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	65	64	71	66	81	63	60	74	...
Verbraucher	Anzahl	756	741	674	629	663	696	608	797	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	1	1	1	2	–	2	2	–	...
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	248	245	226	189	224	256	214	257	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	20	16	16	12	14	9	12	13	...
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	38	52	48	37	56	39	40	51	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	9	13	14	11	16	6	10	17	...
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	391 681	351 715	295 993	189 865	252 953	174 773	234 608	244 282	...
davon Unternehmen	1 000 €	286 485	255 439	192 203	118 534	166 306	74 572	148 948	161 975	...
Verbraucher	1 000 €	43 629	41 057	34 902	34 312	33 368	48 381	37 700	36 878	...
ehemals selbstständig Tätige	1 000 €	48 358	46 981	51 312	32 209	43 180	41 151	39 741	40 313	...
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	13 209	8 238	17 576	4 811	10 100	10 669	8 221	5 116	...
Öffentliche Sozialleistungen										
(Daten der Bundesanstalt für Arbeit)										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	133,1	132,5	127,9	111,6	114,8	120,6	112,6	107,5	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I ¹²	Mill. €	151,3	152,9	151,9	137,8	131,7	226,0	191,0	179,2	174,5
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) ¹³										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	233,5r	234,1r	235,3r	236,6r	235,4r	243,9	244,1
Personen in Bedarfsgemeinschaften	1 000	432,5r	436,1r	440,9r	443,0r	441,5r	454,4	454,9
darunter erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	295,0r	296,3r	299,8r	302,2r	301,1r	310,4	310,8
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	107,8r	111,7r	113,6r	113,7r	113,6r	115,3	115,7
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [*]										
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	4 663,9	4 941,4	5 226,6	8 326,7	4 878,9	3 625,2	4 610,0	9 074,7	4 589,9
davon Lohnsteuer	Mill. €	3 054,6	3 230,5	3 437,8	3 634,5	3 535,9	3 466,4	3 628,2	3 659,9	3 648,9
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	768,3	813,8	881,1	2 531,0	– 56,4	303,3	234,4	2 546,3	0,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	371,6	355,8	395,5	750,5	1 246,5	210,6	460,1	1 408,2	862,1
Abgeltungsteuer	Mill. €	122,8	107,9	110,7	75,2	107,7	45,1	36,2	42,4	45,5
Körperschaftsteuer	Mill. €	346,6	433,4	401,5	1 335,5	45,2	– 400,2	251,1	1 417,9	33,0
Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 905,1	2 065,9	2 110,0	1 999,8	2 128,4	2 014,5	2 264,8	2 145,6	2 295,6
Einfuhrumsatzsteuer [*]	Mill. €
Bundessteuern [*]										
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €
darunter Mineralölsteuer	Mill. €
Solidaritätszuschlag	Mill. €
Landessteuern										
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	89,8	113,1	130,8	99,1	109,4	245,6	128,3	128,8	132,1
Grunderwerbsteuer	Mill. €	112,2	118,8	130,9	131,4	142,4	137,0	131,6	150,5	141,4
Biersteuer	Mill. €	12,3	12,9	13,1	13,7	13,0	12,7	13,4	14,7	14,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Nachweis erst ab 2002 möglich.

12 ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

13 Daten nach Revision und Wartezeit von drei Monaten.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015		2016			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern ^{1, 2, 3}	Mill. €	830,4	861,6	888,0	2 968,3	.	.	.	2 917,1	.
darunter Grundsteuer A	Mill. €	7,0	7,0	7,1	23,7	.	.	.	24,0	.
Grundsteuer B	Mill. €	135,4	137,7	139,6	489,7	.	.	.	500,8	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	683,8	712,5	736,9	2 179,8	.	.	.	2 377,5	.
Steuereinnahmen des Bundes [*]	Mill. €
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 835,3	1 953,5	2 074,8	3 516,8	1 990,6	1 349,0	1 603,7	3 863,9	1 825,0
Anteil an den Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6}	Mill. €	26,5	27,8	27,8	0,0	94,3	90,9	0,0	0,0	92,6
Steuereinnahmen des Landes [*]	Mill. €
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 796,6	1 912,8	2 038,2	3 516,8	1 990,6	1 349,0	1 473,4	3 863,9	1 825,0
Anteil an den Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6, 7}	Mill. €	99,8	104,5	104,4	0,2	326,0	322,4	19,4	0,0	329,2
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{2, 3, 4}	Mill. €	1 257,9	1 321,9	1 401,5	4 534,2	.	.	.	4 505,0	.
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4, 8}	Mill. €	506,9	540,1	579,6	872,4	471,6	503,4	393,8	867,2	486,1
Anteil an den Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €	51,3	52,7	63,5	188,3	.	.	.	193,4	.
Gewerbesteuer (netto) ^{1, 9}	Mill. €	558,4	580,2	603,3	2 063,2	.	.	.	1 944,8	.
Verdienste		2014	2015	2014	2015	2016				
		Jahreswert	2. Vj.	3. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	
* Bruttonomonsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten										
Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	4 118	4 217	3 673	3 687	3 778	3 788	3 833	3 878	...
männlich	€	4 392	4 496	3 891	3 909	3 998	4 010	4 044	4 095	...
weiblich	€	3 454	3 540	3 141	3 147	3 241	3 248	3 312	3 338	...
Leistungsgruppe ¹²	€	7 973	8 275	6 749	6 779	6 961	6 967	6 927	7 013	...
Leistungsgruppe ²¹²	€	4 842	5 045	4 302	4 330	4 499	4 511	4 493	4 544	...
Leistungsgruppe ³¹²	€	3 285	3 353	2 997	3 039	3 103	3 115	3 100	3 154	...
Leistungsgruppe ⁴¹²	€	2 701	2 793	2 509	2 549	2 608	2 616	2 568	2 605	...
Leistungsgruppe ⁵¹²	€	2 177	2 206	2 062	2 054	2 104	2 091	2 162	2 188	...
Produzierendes Gewerbe	€	4 340	4 428	3 843	3 832	3 917	3 925	3 965	4 021	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 408	3 532	3 147	3 176	3 306	3 297	3 289	3 342	...
Verarbeitendes Gewerbe	€	4 547	4 632	3 986	3 954	4 049	4 059	4 112	4 157	...
Energieversorgung	€	4 629	5 069	4 141	4 144	4 517	4 559	4 516	4 543	...
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	3 399	3 447	3 138	3 174	3 222	3 260	3 231	3 241	...
Baugewerbe	€	3 327	3 336	3 141	3 237	3 212	3 196	3 104	3 293	...
Dienstleistungsbereich	€	3 962	4 070	3 556	3 583	3 681	3 691	3 743	3 778	...
Handel; Instandhaltung, u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	4 069	4 066	3 516	3 559	3 579	3 567	3 576	3 661	...
Verkehr und Lagerei	€	3 106	3 237	2 881	2 891	3 032	3 026	2 927	2 990	...
Gastgewerbe	€	2 394	2 439	2 292	2 282	2 323	2 370	2 354	2 367	...
Information und Kommunikation	€	5 414	(6 153)	4 797	4 727	5 239	5 297	5 060	5 107	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	5 575	(6 274)	4 567	4 589	4 809	4 864	4 853	4 830	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	4 533	4 417	3 953	3 970	3 895	3 974	4 121	4 222	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	5 142	5 391	4 478	4 492	4 640	4 643	4 752	4 741	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	2 429	2 501	2 326	2 321	2 401	2 402	2 548	2 568	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	3 630	3 711	3 395	3 485	3 556	3 518	3 552	3 583	...
Erziehung und Unterricht	€	4 415	4 505	4 165	4 200	4 352	4 268	4 266	4 319	...
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 749	3 805	3 520	3 532	3 577	3 594	3 597	3 628	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	3 723	3 952	3 379	3 449	3 637	3 660	3 676	3 675	...
Preise		2011	2012	2013	2014	2015	2015	2016		
		Durchschnitt ¹³					August	Juni	Juli	August
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)										
Gesamtindex	%	102,1	104,3	105,8	106,6	107,0	107,3	107,6	107,8	107,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	102,8	106,0	109,6	110,7	112,3	111,1	112,9	113,0	112,2
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	102,0	105,5	108,0	110,3	113,6	114,4	117,1	117,1	117,2
Bekleidung und Schuhe	%	101,7	104,6	106,2	107,9	109,4	108,2	107,6	104,1	106,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	103,1	105,5	107,5	108,3	108,0	108,0	108,4	108,3	108,3
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	100,4	101,2	102,4	102,8	103,9	104,0	104,6	104,2	104,2
Gesundheitspflege	%	100,5	103,1	98,7	100,7	103,1	103,4	104,5	104,7	104,7
Verkehr	%	104,9	108,2	108,2	108,2	106,2	106,9	106,2	106,0	105,1
Nachrichtenübermittlung	%	96,5	94,8	93,4	92,3	91,2	90,9	90,2	90,2	90,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	99,5	100,6	103,2	104,4	104,7	107,4	104,7	108,5	108,9
Bildungswesen	%	100,9	102,8	97,3	76,8	78,5	78,3	80,2	80,2	80,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	100,4	102,5	105,2	108,1	111,0	111,4	112,9	113,1	113,2
Andere Waren und Dienstleistungen	%	101,5	102,8	104,2	106,1	107,6	107,4	109,8	109,7	109,9
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	100,9	102,5	103,6	104,9	106,2	107,4	107,2	108,8	108,9
Nettokaltmiete	%	101,4	102,7	104,0	105,6	107,2	107,3	108,8	108,9	109,1

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

- 1 Vj. Kassenstatistik.
2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

- 4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).
5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
7 Einschl. Erhöhungsbetrag.
8 Einschl. Zinsabschlag.
9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.
10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

- 11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.
12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.
13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2014	2015	2015	2016			
		Durchschnitt ¹					Nov.	Februar	Mai	August	
Noch: Preise											
Preisindex für Bauwerke ² (2010 ± 100)											
Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	102,8	105,5	107,8	110,0	111,6	112,0	112,9	113,7	114,2	
davon Rohbauarbeiten	%	103,2	106,0	107,9	109,8	110,8	111,0	111,8	112,8	113,4	
Ausbauarbeiten	%	102,5	105,0	107,7	110,3	112,4	112,9	113,8	114,4	114,9	
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	101,3	102,5	103,8	105,9	106,8	106,9	108,0	108,7	109,0	
Bürogebäude	%	102,9	105,4	107,6	109,9	111,6	112,1	112,8	113,6	114,1	
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	103,2	105,6	107,6	109,7	111,2	111,6	112,3	113,1	113,7	
Straßenbau	%	102,3	105,5	107,8	109,2	109,2	109,2	109,3	109,1	110,4	
							2015		2016		
							2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	
Baulandpreise je m²											
Baureifes Land	€	206,57	225,40	223,59	234,86	235,17	228,64	239,98	226,62	238,82	
Rohbauland	€	39,61	46,96	59,72	50,19	50,93	34,39	80,26	35,27	71,04	
Sonstiges Bauland	€	42,56	57,33	61,06	67,30	68,30	60,50	74,33	70,99	74,67	

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2011	2012	2013	2014	2015	2015	2016		
		Durchschnitt ¹					August	Juni	Juli	August
Verbraucherpreisindex (2010 ± 100)										
Gesamtindex	%	102,1	104,1	105,7	106,6	106,9	107,2	107,3	107,6	107,6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	102,8	106,3	110,4	111,5	112,3	111,6	112,7	113,0	112,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	101,8	104,8	107,0	110,3	113,4	114,3	116,3	116,4	116,5
Bekleidung und Schuhe	%	101,2	103,3	104,4	105,5	106,3	104,5	105,5	101,9	103,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	103,1	105,4	107,5	108,4	108,0	107,9	107,9	107,9	107,9
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	100,4	101,1	102,1	102,5	103,2	103,2	103,8	103,5	103,5
Gesundheitspflege	%	100,7	103,2	99,4	101,4	103,4	103,7	105,0	105,3	105,4
Verkehr	%	104,5	107,7	107,5	107,3	105,5	106,3	105,5	105,3	104,7
Nachrichtenübermittlung	%	96,5	94,8	93,4	92,3	91,2	90,9	90,2	90,2	90,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	99,7	100,6	103,1	104,4	105,0	107,8	105,1	109,2	109,3
Bildungswesen	%	99,6	94,0	95,1	93,1	92,8	92,5	94,4	94,4	94,6
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	101,5	103,6	106,0	108,2	111,0	111,3	113,4	113,4	113,5
Andere Waren und Dienstleistungen	%	101,6	102,6	104,3	106,1	107,2	107,1	109,2	109,2	109,4
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2010 ± 100)	%	106,4	108,7	105,9	103,6	100,9	100,3	97,8	97,9	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2010 ± 100)	%	103,3	104,9	104,3	104,0	104,9	104,9	103,9	104,1	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2010 ± 100)	%	105,3	107,0	106,9	105,8	103,9	103,9	102,1	102,3	102,2
Vorleistungsgüterproduzenten	%	105,6	105,8	104,6	103,5	102,3	102,6	100,9	101,1	101,0
Investitionsgüterproduzenten	%	101,2	102,2	103,0	103,5	104,2	104,3	104,8	104,8	104,9
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	103,5	106,3	108,4	109,0	108,1	108,1	108,2	108,7	108,9
Gebrauchsgüterproduzenten	%	101,7	103,3	104,3	105,7	107,1	107,3	108,5	108,5	108,6
Verbrauchsgüterproduzenten	%	103,8	106,8	109,0	109,5	108,3	108,2	108,2	108,7	109,0
Energie	%	109,7	113,0	112,0	108,5	102,6	102,3	97,1	97,1	96,7
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2010 ± 100)	%	113,4	119,4	120,7	111,1	107,0p	102,7p	106,4p	109,9p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	115,8	126,4	120,2	103,7	114,3p	106,5p	122,6p	127,8p	...
Tierische Erzeugung	%	111,8	114,9	121,1	115,9	102,1	100,3p	95,9p	98,3p	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2010 ± 100)	%	105,8	108,0	107,4	106,1	104,8	105,1	104,3	104,5	103,8
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	104,9	107,7	111,5	111,8	112,9	113,8	114,2	115,5	114,6
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	%	114,2	121,3	115,8	110,2	95,0	95,7	89,2	87,7	84,2
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2010 ± 100)	%	101,6	103,3	104,4	105,0	105,3	105,0	105,7	105,4	105,4
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	102,0	104,6	107,2	108,3	108,8	108,3	109,1	109,0	108,9
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	102,3	105,7	108,8	110,1	111,8	111,7	113,4	113,6	113,3
Kraftfahrzeughandel	%	101,2	101,9	101,8	102,1	103,0	103,0	104,2	104,3	104,3

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

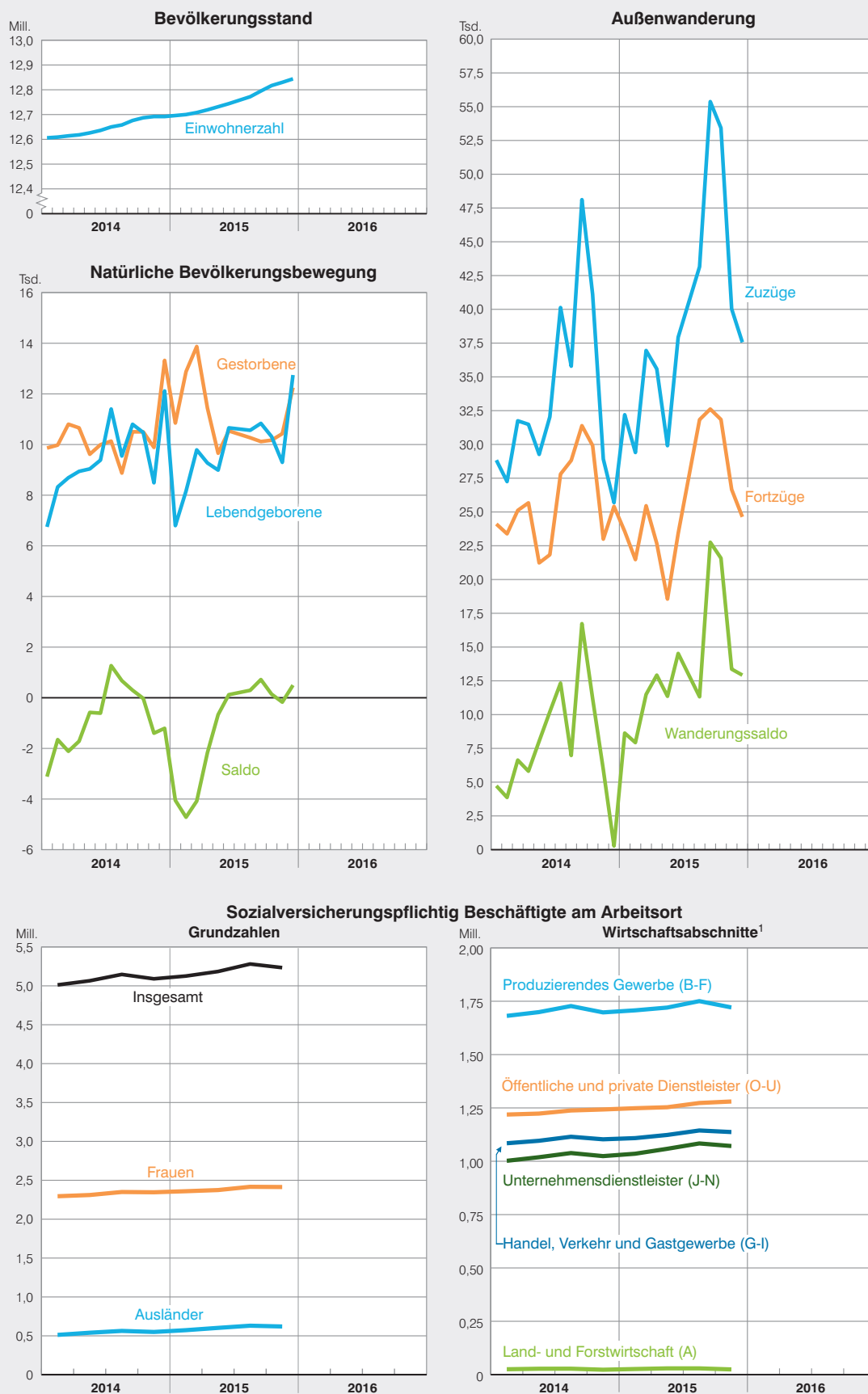
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

2 Einschl. Mehrwertsteuer.

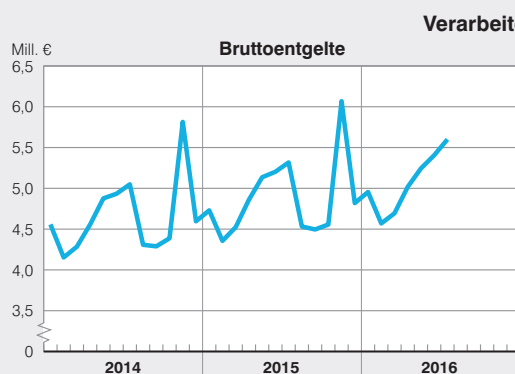
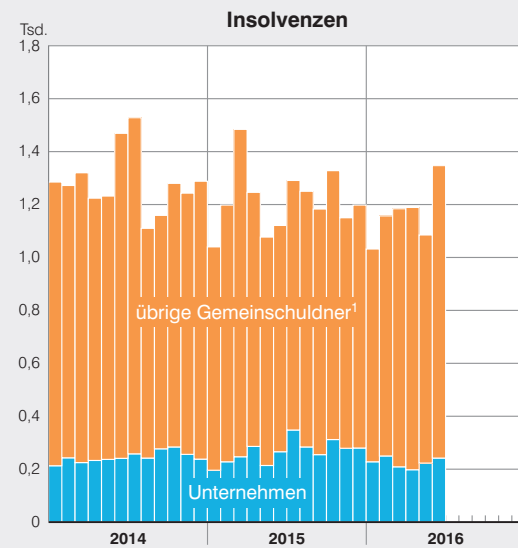
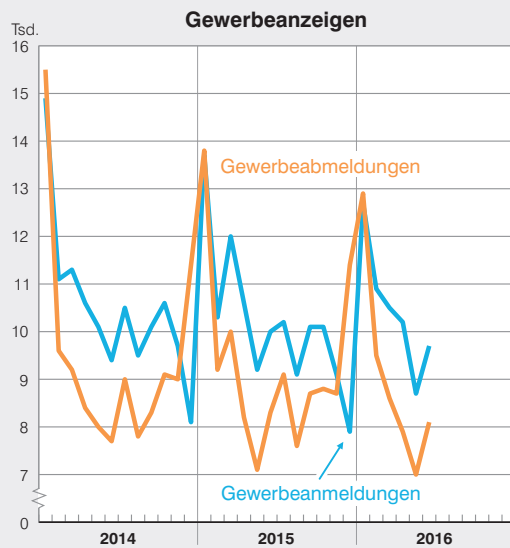
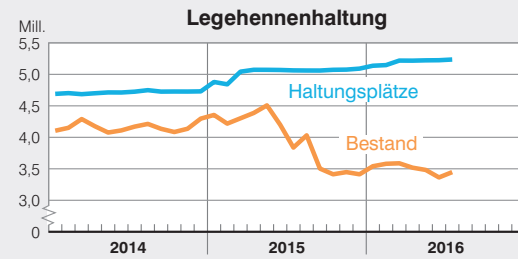
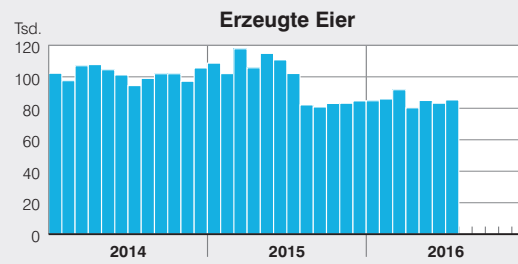
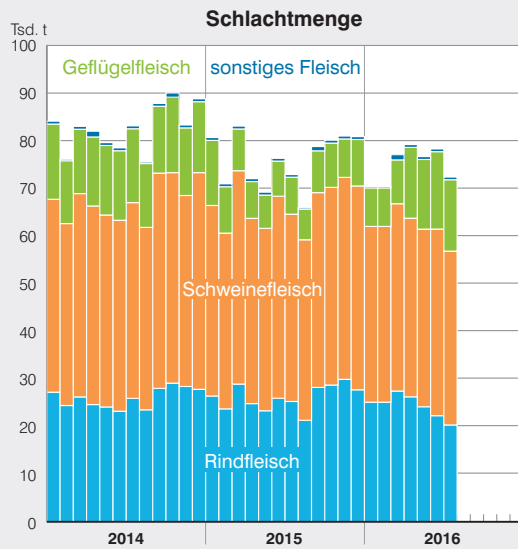
3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

4 Ohne Mehrwertsteuer.

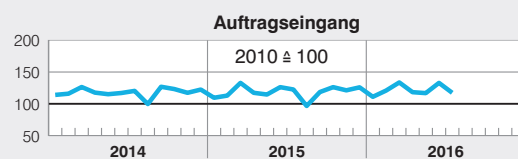
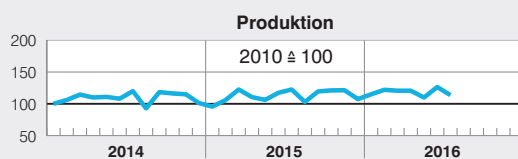
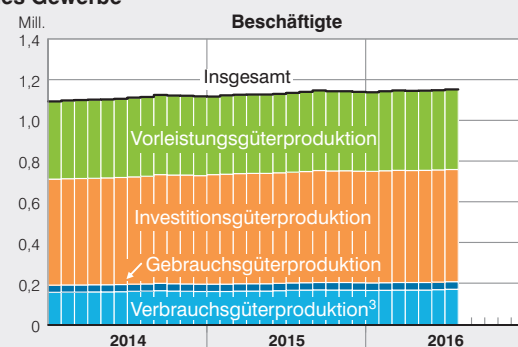
Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel



¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).



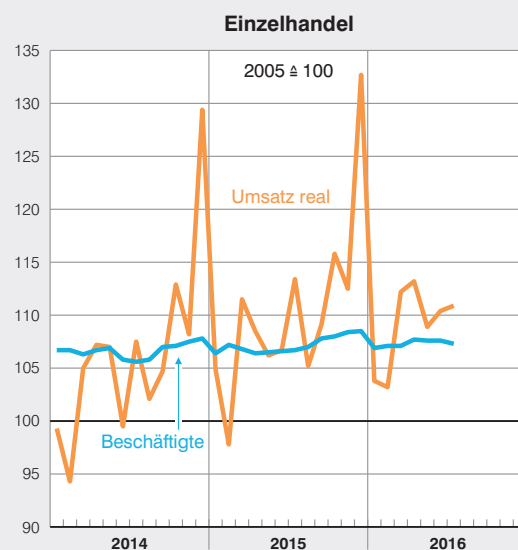
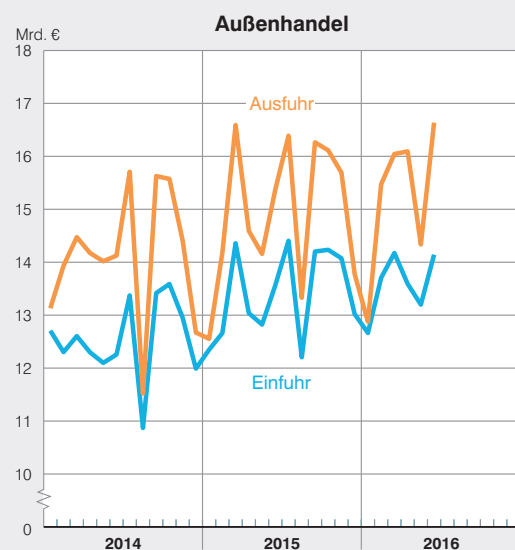
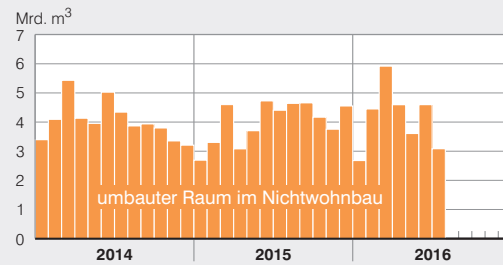
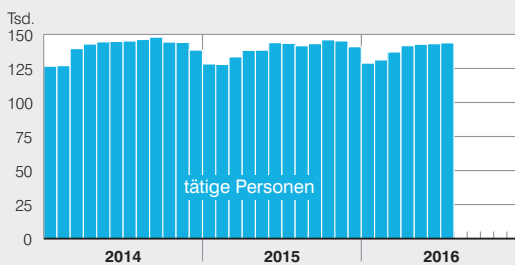
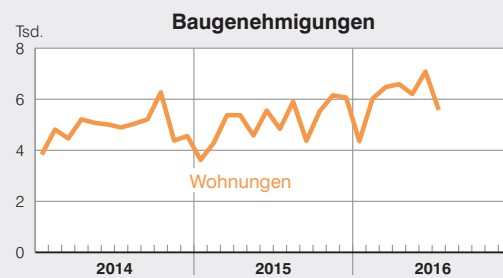
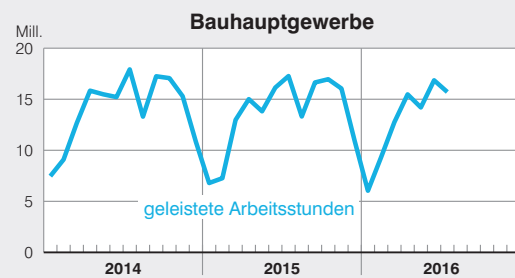
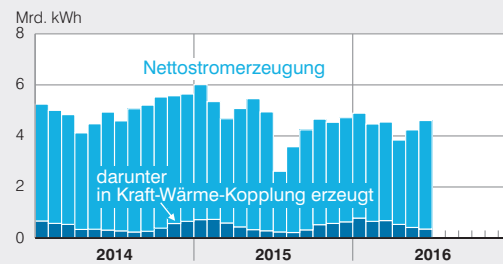
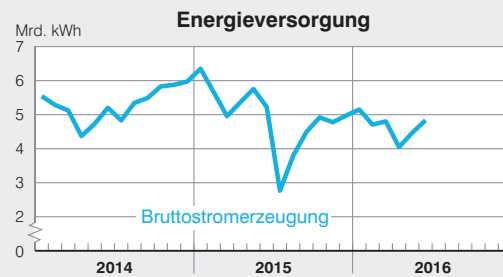
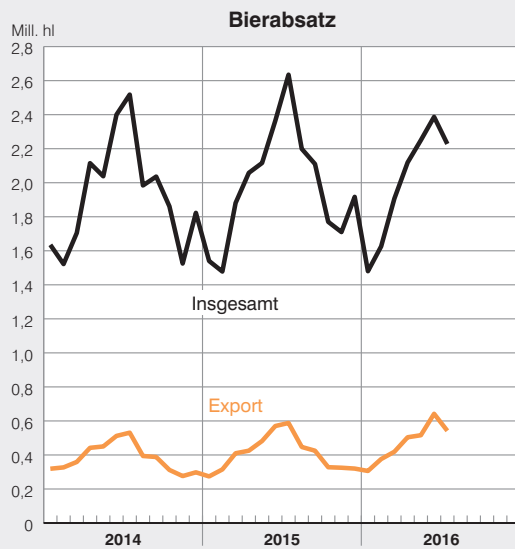
Verarbeitendes Gewerbe²

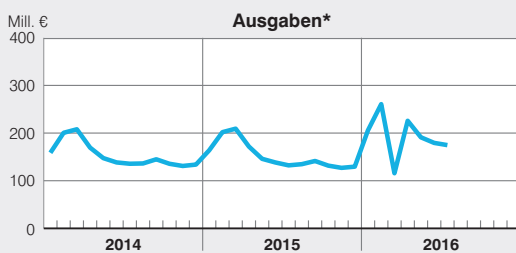
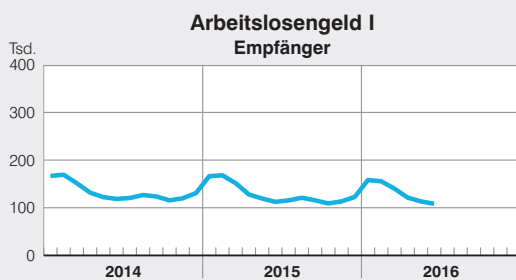
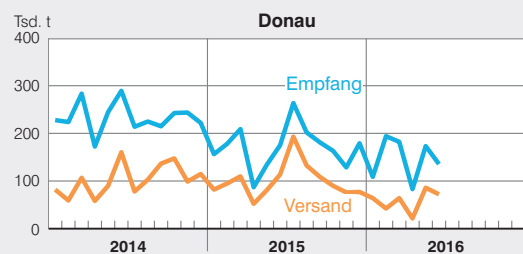
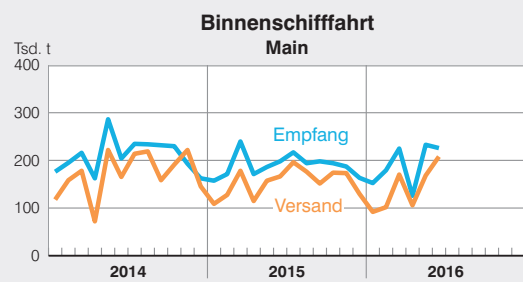
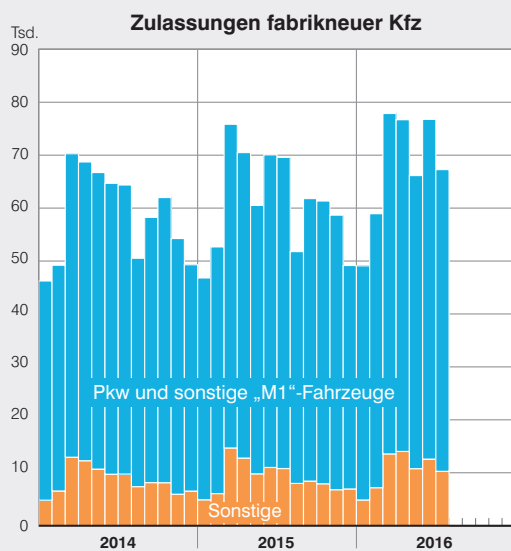
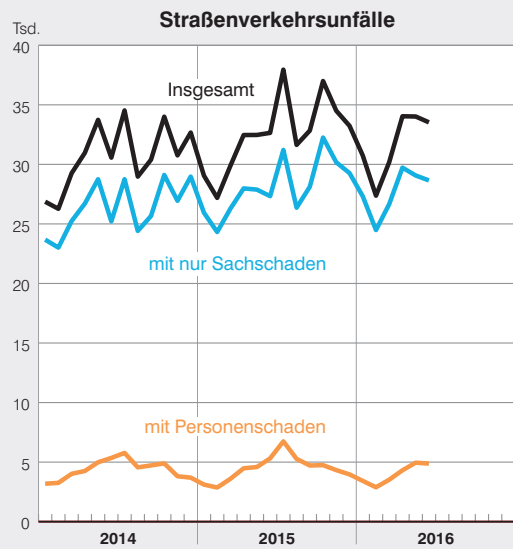
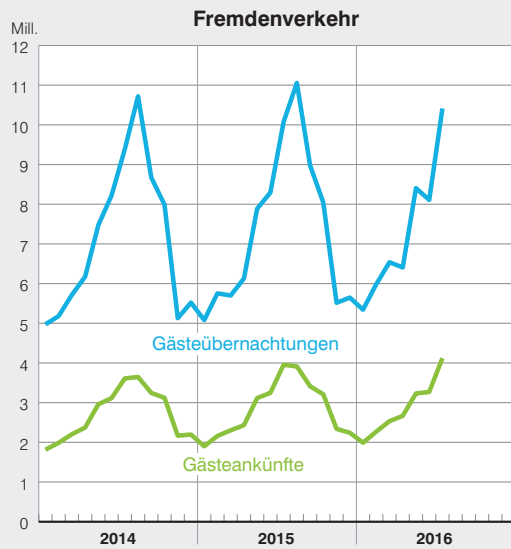


¹ Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.

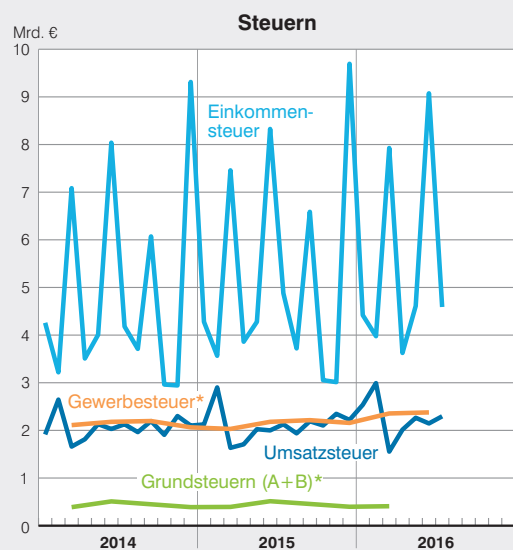
² Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.

³ Einschließlich Energie.



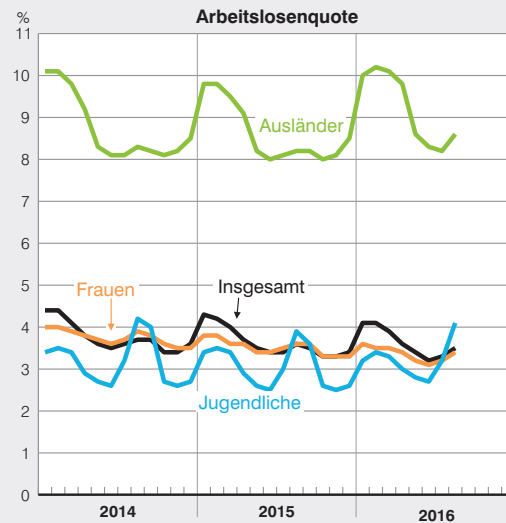
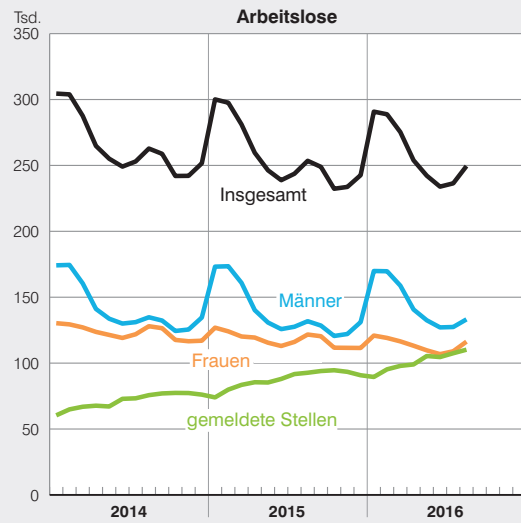


* ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

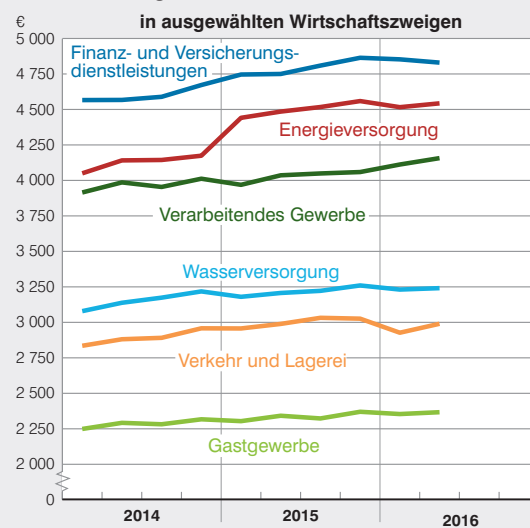
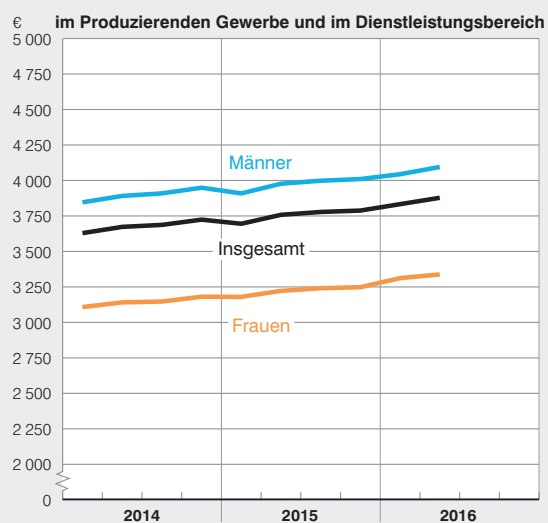


* Quartalswerte.

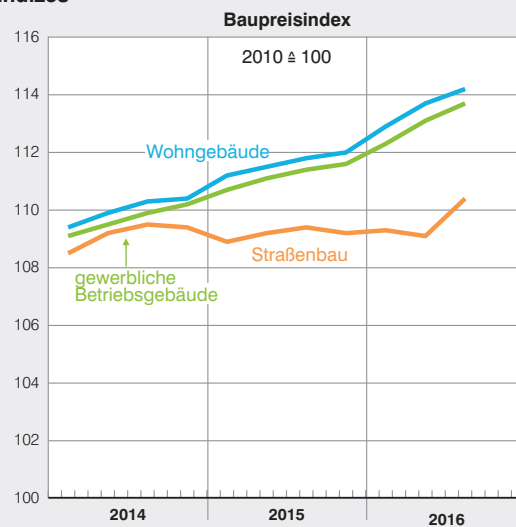
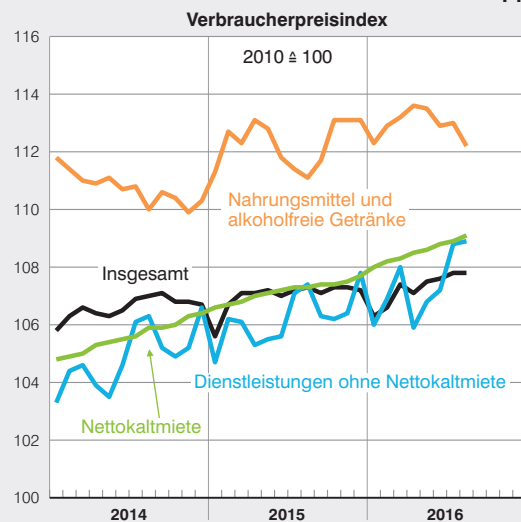
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Statistische Berichte

Bevölkerungsstand

- Bevölkerungsstand und -bewegung in den Gemeinden Bayerns, Stand: 31. Dezember 2012, Basis: Zensus 2011
- Bevölkerungsstand und -bewegung in den Gemeinden Bayerns, Stand: 31. Dezember 2013, Basis: Zensus 2011
- Altersstruktur der Bevölkerung Bayerns, Stand: 31. Dezember 2015, Basis: Zensus 2011
- Bevölkerung in den Gemeinden Bayerns nach Altersgruppen und Geschlecht, Stand: 31. Dezember 2015 Basis: Zensus 2011

Erwerbstätigkeit

- Haushalte und Familien in Bayern 2015 – Teil IV der Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebung 2015
- Struktur der Bevölkerung und der Haushalte in Bayern 2015 Regionalergebnisse des Mikrozensus – Teil V der Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebung 2015
- Erwerbstätige nach Berufen in Bayern 2015 Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebung 2015

Allgemeinbildenden Schulen

- Grundschulen sowie Mittel-/Hauptschulen in Bayern Stand: 1. Oktober 2015
- Förderzentren und Schulen für Kranke in Bayern Stand: 1. Oktober 2015

Rechtspflege

- Bewährungshilfestatistik in Bayern 2015 Unterstellungen am 31. Dezember und beendete Bewährungsaufsichten im Laufe des Jahres

Tierische Erzeugung

- Erzeugung in Aquakulturbetrieben in Bayern 2015

Gewerbeanzeigen

- Gewerbeanzeigen in Bayern im Juni 2016

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Juni 2016 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juni 2016 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), Basisjahr 2010
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Juni 2016, Basisjahr 2010

Baugewerbe

- Bauhauptgewerbe in Bayern im Juni 2016

Handwerk

- Handwerk in Bayern 2015 – Endgültige Ergebnisse der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung zum zulassungspflichtigen Handwerk

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im Juni 2016

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Mai 2016

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Juni 2016
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im April 2016
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im Mai 2016
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juni 2016
- Tourismus in Bayern im Juni 2016
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Mai 2016
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Juni 2016

Straßen- und Schienenverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Mai 2016 – Ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats

Schiffsverkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern im Mai 2016

Sozialhilfe

- Sozialhilfe in Bayern 2015, Teil 2: Empfänger

Preise- und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern im Juli 2016 sowie Jahreswerte von 2013 bis 2015 mit tiefgegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen
- Verbraucherpreisindex für Bayern – Monatliche Indexwerte von Januar 2011 bis Juli 2016 (mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen)
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im Juli 2016
- Kaufwerte für Bauland in Bayern 1. Vierteljahr 2016
- Kaufwerte für Bauland in Bayern 2015
- Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke in Bayern 2015

Laufende Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte

- Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern in Bayern – Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte 2015

Querschnittsveröffentlichungen

- STATISTIK kommunal 2015 Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten für alle Regionaleinheiten Bayerns

Verzeichnisse

- Grundschulen sowie Mittel-/Hauptschulen in Bayern Stand: 1. Oktober 2015
- Förderzentren und Schulen für Kranke in Bayern Stand: 1. Oktober 2015

Gemeinschaftsveröffentlichungen

- Hebesätze der Realsteuern 2015

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis ist im Internet als Datei verfügbar, kann aber auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Kostenlos

ist der Download der meisten Veröffentlichungen, z.B. von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).

Kostenpflichtig

sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (z.B. von Verzeichnissen, von Beiträgen, vom Jahrbuch).

Newsletter Veröffentlichungen

Die Themenbereiche können individuell ausgewählt werden. Über Neuerscheinungen wird aktuell informiert.

Webshop



Alle Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

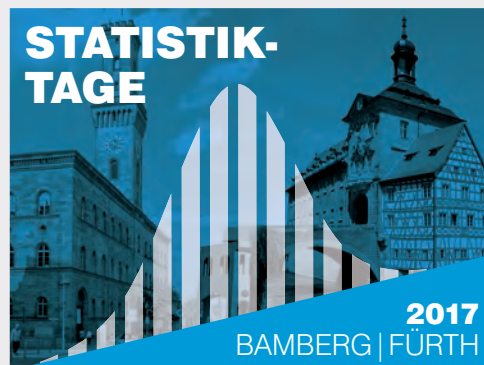
Vorankündigung

6. StatistikTage Bamberg | Fürth 2017

Die Otto-Friedrich-Universität Bamberg und das Bayerische Landesamt für Statistik organisieren im Rahmen des Statistik Netzwerks Bayern voraussichtlich am 27. und 28. Juli 2017 zum sechsten Mal die StatistikTage Bamberg | Fürth.

Das vorläufige Tagungsthema in 2017 lautet „**Wohnen in Deutschland. zwischen Engpass und Leerstand**“. Experten der amtlichen Statistik und der empirischen Forschung präsentieren die Ergebnisse ihrer Arbeiten und stellen sie zur interdisziplinären Diskussion.

Die Tagungsteilnahme ist kostenlos. Um vorherige Anmeldung über das Onlineformular wird gebeten.



Weitere Informationen zu den StatistikTagen finden Sie unter www.statistik.bayern.de



Impressionen von den StatistikTagen 2016

Bayerisches Landesamt für Statistik – Tagungsbüro, Nürnberger Straße 95, 90762 Fürth
Telefon 0911 98208-218 | Telefax 0911 98208-131 | statistiktage@statistik.bayern.de